

**Zeitschrift:** Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Staatskanzlei des Kantons Bern  
**Band:** 9 (1839)  
  
**Rubrik:** Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 29.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Gesetze, Dekrete**  
und  
**Verordnungen**  
**der Republik Bern.**

---

**Achter Band.**

**Jahrgang 1859.**





**Nachricht an die Regierungsbeamten und das Publikum:** Da die Herausgabe und Vertheilung dieser Gesetzesammlung (wie im Jahr 1838) bogenweise geschieht, so wird Jedermann ersucht, zu den einzelnen Bogen möglichste Sorge zu tragen, indem dieselben nicht immer ergänzt werden könnten.

**Nachricht an den Buchbinder:** Mit dem letzten Bogen dieses Bandes erscheint ein besonderer Titel, so daß dieses bloß einstweilige Titelblatt dennzumal wegzuschneiden ist.

---

## Nachtrag vom Jahr 1838.

---

### B e s c h l u ß

des

Regierungsrathes, betreffend die Klosterspenden.

---

Bedel an das Departement des Innern.

Nachdem sich der Regierungsrath aus Ihrem Vor- 7. März 1838.  
trage vom 6. Februar von der Nothwendigkeit überzeugt,  
in Gewärtigung einer allgemeinen Reform des Armen-  
wesens vorläufig in Hinsicht auf die Klosterspenden einige  
veränderte Einrichtungen zu treffen, hat derselbe provi-  
sorisch Nachstehendes verordnet:

1. Eine Spende darf höchstens auf einen Betrag  
von fünfundzwanzig Franken ansteigen.

2. Der Amtsschaffner übersendet vierteljährlich den  
Betrag der Spende einer Kommission, bestehend aus dem  
betreffenden Pfarrer und zwei durch den Regierungsstat-  
halter zu ernennenden Vorgesetzten oder Beamteten der  
Kirchgemeinde.

3. Diese Kommission verwendet die Spende für  
Hauszins, Kleidung, Befuerung, Schulbücher und  
dergleichen zum Besten der Besteuernten.

7. März 1838. 4. Die Armenkommission des Departements des Innern ist bei der Vertheilung der Spenden an keine Gemeinde gebunden, sondern sie kann sich von jeder Gemeinde Vorschläge vorlegen lassen.

5. Diese Grundsätze sind auf die Klöster Münchenbuchsee und Fraubrunnen sofort, auf die übrigen Klöster allmählig bei sich erzeigender Veranlassung anzuwenden.

Hiervon werden Sie, Zit., zu Ihrem Verhalt in Kenntniß gesetzt.

(Infolge besonderer Weisung des Regierungsrathes vom 10. April 1839 in die Gesetzesammlung aufgenommen.)

## V e r o r d n u n g ,

betreffend

den Transport von Reisenden und Waaren über  
den Gemmiberg.

Der Regierungsrath der Republik Bern,  
in Betrachtung

18. Juli 1838. Daß die Verordnung über den Transport von Reisenden und Waaren über den Gemmiberg vom 14. Juli 1819 Bestimmungen enthält, die mit den durch die §§. 9 und 16 ausgesprochenen Grundsätzen der Staatsverfas-

fung nicht im Einklang stehen, und daß es demnach 18. Juli  
nothwendig wird, diese Verordnung einer Revision zu 1838.  
unterwerfen,

auf angehörten Vortrag der Polizeisektion des Justiz-  
und Polizeidepartements,

beschließt:

1. Es steht Jedermann frei, sich mit dem Trans-  
port von Reisenden und Waaren über den Gemmiberg  
zu beschäftigen. Jedoch wird gegen die Staatsbürger  
von Wallis das Gegenrecht vorbehalten, wenn die hiesigen  
Staatsbürger auf dem Gebiete dem Kantons Wallis, im  
Transport der Reisenden, oder sonst, beschränkt werden  
sollten.

2. In Hinsicht der Preise rücksichtlich des Trans-  
portes der Reisenden und ihres Gepäcks, für Träger,  
Pferde und Maulthiere, wird in dem angehängten Tarif  
das Maximum dessen festgesetzt, was von den Reisenden  
verlangt werden darf. Jede Ueberschreitung dieser Tarif-  
ansätze soll, auf die Klage des Reisenden, das erste Mal  
mit einer Buße von Fr. 10, das zweite und die ferneren  
Male mit doppelter Buße belegt werden.

3. Klagen über erlittene üble Behandlung oder Ueber-  
forderungen können die Reisenden bei dem Regierungs-  
statthalteramt oder Richteramt Frutigen anbringen, oder  
zu Händen des Lektern dem Landjäger oder Grenzinspektor  
im Randersteg schriftlich eingeben, welcher Angestellte ver-  
pflichtet ist, dergleichen Eingaben unverzüglich an Behörde  
gelangen zu lassen.

4. Personen, welche sich mit dem Transport von  
Reisenden und deren Gepäck beschäftigen und wegen Ueber-  
schreitung des Maximums der Preise, oder wegen sonstiger

18. Juli 1838. übler Behandlung der Reisenden, wiederholt gegründete Klagen veranlassen, soll vom Regierungsstatthalteramt oder vom Richteramt Frutigen bis auf ein Jahr lang dieses Gewerbe verboten werden, bei der im §. 3 festgesetzten doppelten Buße, im Fall der Widerhandlung gegen ein solches Verbot. Für Knechte oder Angestellte haften diejenigen, auf deren Rechnung der Transport der Reisenden und ihres Gepäcks stattfindet.

5. Das Regierungsstatthalteramt und das Richteramt Frutigen werden angewiesen, die desorts eingelangten Klagen mit möglichster Beförderung zu erledigen, und die Reisenden gegen ungerechte Behandlung zu schützen, so wie auch der Polizeisektion des Justiz- und Polizeidepartements beförderlichen Rapport zu erstatten, wenn beim Transport von Reisenden ihrem Gepäck und Waaren bedeutende Unordnungen vorfallen sollten.

6. Für die Abnahme, sichere Aufbewahrung und Expedition der Waaren, soll das Regierungsstatthalteramt Frutigen den Grenzünspektor oder sonst Jemanden bestellen, der dafür von jedem Centner Kaufmannsgut bis auf höchstens Bk. 2 zu beziehen hat. Für jeden Schaden, der durch seine Nachlässigkeit oder Verschulden entsteht, ist er verantwortlich.

7. Von den fallenden Bußen kommt die Hälfte dem Schulfond der Bäueri Randersteg, und die andere Hälfte dem Verleider zu. Wenn der Verleider seinen Bußenantheil nicht bezieht, so fällt seine Hälfte der Buße ebenfalls jenem Schulfond zu.

8. Die gegenwärtige Verordnung, wodurch diejenige vom 14. Juli 1819 aufgehoben wird, soll den betreffenden Behörden und Beamten zur Vollziehung zugestellt

in den Wirthshäusern sowohl in deutscher als französischer Sprache angeschlagen, und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden. 18. Juli 1838.

Bern, den 18. Juli 1838.

Der Schultheiß,  
**Tscharner.**

Der erste Rathsschreiber,  
**J. F. Stapfer.**

### T a r i f.

	Bk.
<b>A. Die Träger für Reisende können fordern:</b>	
Bis Baden . . . . .	40
„ Dauben . . . . .	25
„ Schwarenbach . . . . .	20
„ Winteregg . . . . .	15
Findet die Abreise von Randersteg später als 6 Uhr Morgens statt, so soll bis Baden . . . . .	50
gefordert werden dürfen.	
Für ein Kind von sechs Jahren wird ein Träger, für eine erwachsene Person vier Träger, und für eine schwere Person bis sechs Träger genommen.	
<b>B. Die Träger für Gepäck können fordern, für Gepäck bis Pfund 80 Gewicht:</b>	
Bis Baden . . . . .	40
„ Dauben . . . . .	20
„ Schwarenbach . . . . .	15
„ Winteregg . . . . .	10

18. Juli 1838. C. Für Pferde und Maulthiere darf gefordert werden, wenn die Abreise von Kandersteg spätestens um 6 Uhr stattfindet, für ein Pferd oder Maulthier sammt einem Mann:

Bis Baden . . . . .	60
„ Dauben . . . . .	40
„ Schwarenbach . . . . .	25
„ Winteregg . . . . .	15

Wenn aber die Abreise von Kandersteg nach 6 Uhr erfolgt, für ein Pferd oder Maulthier sammt einem Mann:

Bis Baden . . . . .	80
„ Dauben . . . . .	50

Träger und Thiere werden aus diesen Beträgen unterhalten.

**B e s c h l u ß**  
über  
die Modifikation der leberbergischen Zollordnung.

Der Regierungsrath der Republik Bern

In Vollziehung des Tagsatzungsbeschlusses vom 19. 1. Februar  
Heumonath 1838, betreffend die Modifikation des Tarifs. 1839.  
der Zollordnung für den Leberberg vom 20. Sept. 1820,  
auf den Vortrag des Finanzdepartements

verordnet:

1. Von nun an sollen auf den leberbergischen Zoll-  
stätten die bisher von Lebensmitteln und Landesprodukten,  
wie z. B. von Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten, von  
Holz und Baumaterialien aller Art nach andern Kan-  
tonen erhobenen Durchgangs- und Ausfuhrzölle nicht  
mehr bezogen werden.

Diese Gegenstände sind, wenn sie nach den Kantonen  
Basel, Solothurn, Neuenburg oder nach andern Kan-  
tonen durch- oder ausgeführt werden, fortan von jeder  
Zollabgabe auf den leberbergischen Zollstätten befreit.

2. Die Führer dergleichen Gegenstände bleiben fer-  
nerhin verpflichtet, sich unter Abgabe ihrer Papiere über  
den Halt und die Bestimmung ihrer Ladungen auf den  
betreffenden Zollstätten gehörig auszuweisen, und sind  
nur denn von der Entrichtung bemeldter Zollgebühren  
befreit, wenn die Bescheinigung, daß ihre Ladung aus-  
schließlich für die schweizerischen Kantone und nicht für  
andere Staaten bestimmt ist, vollständig und richtig erfun-  
den worden.



1. Februar  
1839.

3. Die bisherigen Zollansätze für die Einfuhr, den Transit und die Ausfuhr nach andern Staaten, so wie die übrigen diesem Beschlusse nicht widersprechenden Vorschriften der Zollordnung für den Leberberg vom 20. September 1820 bleiben fortwährend in Kraft.

4. Das Finanzdepartement ist mit der Vollziehung dieser Verordnung beauftragt, die gehörig bekannt gemacht, und der Gesetzesammlung einverleibt werden soll.

Gegeben in Bern, den 1. Februar 1839.

Namens des Regierungsrathes,

Der Schultheiß,

**C. N e u h a u s.**

Der zweite Rathschreiber,

**M. v. Stürler.**

## **Freizügigkeitsvertrag**

zwischen

der Eidgenossenschaft und dem Herzogthum  
Sachsen-Altenburg.

### **Eidgenössische Erklärung.**

13. Februar  
1839.

Der eidgenössische Vorort ist Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft mit der herzoglich-sachsen-altenburgischen Staatsregierung in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Herzogthum Sachsen-Altenburg oder umgekehrt aus dem

Herzogthum Sachsen-Altenburg in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögens unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein. Es soll dabei kein Unterschied gemacht werden, ob das Vermögen durch Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden. Nur im Falle die Auswanderung von Angehörigen des einen der beiden kontrahirenden Staaten auf das Gebiet des andern ohne die vorschriftsmäßige obrigkeitliche Erlaubniß und förmliche Auswanderungsbewilligung stattgefunden hätte, werden die Bestimmungen gegenwärtiger Uebereinkunft weder auf das bei solcher unbefugten Auswanderung bereits vorhandene Vermögen noch auf später erfolgenden Erblass ihre Anwendung finden.

13. Februar  
1839.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten, bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls

13. Februar 1839. oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige, im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der herzoglich-sachsen-altenburgischen Staatsregierung zwei Mal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Luzern, den dreizehnten August eintausend achthundert acht und dreißig (1838).

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,  
als eidgenössischer Vorort,  
in deren Namen,  
Der Schultheiß,

(L. S.)

**J. Kopp.**

Der eidgenössische Kanzler,  
**Am Rhyn.**

Für getreue Abschrift,  
der eidgenössische Kanzler,  
**Am Rhyn.**

## Herzoglich=sachsen=altenburgische Erklärung.

Die herzoglich=sachsen=altenburgische Staatsregierung 13. Februar  
ist durch das unterzeichnete, hiezu beauftragte geheime 1839.  
Ministerium mit dem kompetenten eidgenössischen Vorort,  
als Organ der schweizerischen Eidgenossenschaft in Hin-  
sicht einer wechselseitigen, allgemeinen Freizügigkeit über  
nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem  
aus dem Herzogthum Sachsen-Altenburg in die schwei-  
zerische Eidgenossenschaft oder umgekehrt aus der schwei-  
zerischen Eidgenossenschaft in das Herzogthum Sachsen-  
Altenburg gehenden Vermögen, unter was immer für  
einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden  
Staaten gänzlich aufgehoben sein. Es soll dabei kein  
Unterschied gemacht werden, ob das Vermögen durch  
Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft  
oder auf andere Weise ausgezogen worden. Nur im  
Falle die Auswanderung von Angehörigen des einen der  
beiden kontrahirenden Staaten auf das Gebiet des andern  
ohne die vorschriftsmäßige obrigkeitliche Erlaubniß und  
förmliche Auswanderungsbewilligung stattgefunden hätte,  
werden die Bestimmungen gegenwärtiger Uebereinkunft  
weder auf das bei solcher unbefugter Auswanderung  
bereits vorhandene Vermögen, noch auf später anfallende  
Erbschaften ihre Anwendung finden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen  
oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten, bei  
Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen  
eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten,  
und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unter-

13. Februar 1839. thanen ohne Rücksicht auf Vermögensexportation entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige, im Namen der herzoglich-sachsen-altenburgischen Staatsregierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft zwei Mal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Altenburg, den 15. Dezember 1837.

Herzoglich-sächsisches geheimes Ministerium,  
(L. S.) **Edler von Braun.**

Für getreue Abschrift,  
der eidgenössische Kanzler,  
**Am Rhyn.**

---

## **Beschluß**

### **des Regierungsrathes.**

---

**Der Regierungsrath der Republik Bern**  
**verordnet:**

Die vorstehenden, unter'm 14. Jenner 1839 zu Wien 13. Februar  
durch die gegenseitigen Bevollmächtigten ausgetauschten 1839.  
urkundlichen Erklärungen über die Einführung eines  
freien Vermögenszuges zwischen der schweizerischen Eid-  
genossenschaft und dem Herzogthum Sachsen-Altenburg  
zu denen der Große Rath unter'm 28. Februar 1838  
seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an in dem  
ganzen Gebiete der Republik in Vollziehung treten, und  
zu Jedermanns Verhalt in die Gesetzesammlung einge-  
rückt werden.

Bern, den 13. Februar 1839.

Namens des Regierungsrathes,  
Der Schultheiß,  
**C. N e u h a u s.**

Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

---

## K r e i s s c h r e i b e n

an

sämmliche Kreiskommandanten und Regierungsstatthalter, betreffend die Erlaubnißscheine zum Reisen für Militärpflichtige.

Z i t.

21. Februar 1839. Durch den Artikel 73 der Militärverfassung vom 14. Christmonat 1835 ist vorgeschrieben, daß keinem Auszöger oder Landwehrmanne ein Paß oder andere zum Reisen erforderliche Schriften ertheilt werden sollen, es sei dann, derselbe könne durch einen Erlaubnißschein nachweisen, daß er die vorschristmäßige Bewilligung vom Oberstmilizinspektor erhalten und Waffen und Montur entweder abgeliefert oder dafür Bürgschaft geleistet habe.

Diese Bedingung zu Erhaltung von Reiseschriften wurde durch den Artikel 6 der Paßverordnung vom 23. Merz 1838 auf sämmliche im militärpflichtigen Alter stehende Individuen ohne Unterschied ausgedehnt.

Um nun die Erfüllung dieser Vorschrift für alle diejenigen zu erleichtern, welche noch keinem militärisch organisirten Korps einverleibt sind, haben wir beschlossen, die Instruktoren in den Stammquartieren zu ermächtigen, der bei keiner Waffengattung der Miliz eingetheilten Mannschaft, nämlich den Postläufern, Führern und Arbeitern und den noch nicht instruirten Rekruten, welche somit noch keinerlei Militäreffekten vom Staate empfangen, von sich aus Zeugnisse zu Erhaltung von Schriften, um



sich außer dem Kanton zu begeben, ertheilen zu dürfen, 21. Februar  
und zwar unentgeltlich. 1839.

Sie erhalten zu dem Ende beiliegend eine Anzahl gedruckter Formularzeugnisse für diese uneingetheilte und noch nicht ausgerüstete Mannschaft, mit der Weisung, sich in vorkommenden Fällen darnach zu richten.

Zugleich wird ausdrücklich bemerkt, daß die Vorschriften über Urlaubsbewilligungen an Auszügler, Reservisten und Landwehrmänner andurch in keiner Beziehung irgend eine Veränderung erleiden.

Bern, den 21. Februar 1839.

Namens des Regierungsrathes,  
Der Schultheiß,  
**C. N e u h a u s.**  
Der zweite Rathsschreiber,  
**Stürler.**



**Staats-Budget**  
der  
Republik Bern für das Jahr 1839.

**Einnahmen.**

**I. Aktivrestanz früherer Jahre.**

	Fr.	Fr.	Fr.
Als zur Verwendung disponible Summe wird hier angesetzt die als Ueberschuß des Einnehmens gegen die Ausgaben, infolge der abgeschlossenen Bücher und nach der dem Großen Rathe vorgelegten Standesrechnung pro 1837 sich erzeigende Vermehrung des Staatsvermögens von			<u>92093</u>

**II. Eigenthümliche Einkünfte.**

**A. Von Staatsdomainen.**

**1. Von den Waldungen:**

Erlös von zu verkaufendem Holz und Lohrinde, von Holzrechtabgaben, Lehenzinsen, Holzausfuhrgebühren u.f.w. 174398

Ueber diese Summe aus liefern noch die Staatswaldungen zum Dienst und Bedarf der Staatsverwaltung in natura nach mäßigem Preisanschlag:

a. Für Beheizung der oberamtlichen Audienzlokalien . . . Fr. 1360

b. Brenn- und Nutzholz an Pächter von Staatsdomainen . . . „ 4600

Uebertrag Fr. 5960 174398

## E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	Fr. 5960	174398	
c. Brennholz zu Pfarrholzpensionen . . . . .	„ 8400		
d. Zu Bannwartenbesoldungen . . . . .	Fr. 1400		
e. In die obrigkeitlichen Pfründereien . . . . .	„ 1600		
f. An Armenholz u. Steuern, bis auf eine Summe von . . . . .	„ 33600		
		<u>49560</u>	
Roh-Ertrag der Waldungen		223958	
Abzug der Ausgaben:			
Besoldungen: des Forstmeisters (fällt weg).			
der sechs Oberförster . . . . .	Fr. 7800		
des Forstsekretärs . . . . .	„ 1200		
sechs Unterförster, 9 Gemeindsförster, 1 Inspektor, 1 Adjunkt und 3 alte Unterförster im Jura . . . . .	„ 10195		
fünf Unterförster im alten Kanton . . . . .	„ 2500		
sämmtliche Bannwarte (nebst Fr. 1400 in natura) . . . . .	„ 14500		
		<u>Fr. 36195</u>	
Reisekosten der Forstbeamten und Kommittirten . . . . .	„ 5900		
Forstschule Fr. 6000 wird als noch nicht errichtet nicht ausgesetzt.			
Uebertrag	Fr. 42095	223958	

## E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	Fr. 42095	223958	
Holzaufrüstungskosten, Kul- turen, Marchungen, Kantonnements, Grund- steuer, Büreaufkosten, Unvorhergesehenes . „	42707		
		84802	
			139156
2. Von Pachtzinsen und Ertrag der übrigen Liegenschaften:			
a. Von den Schloßgütern und übrigen obrigkeitlichen Liegenschaften und Ge- bäuden, nach den bestehenden Pacht- verträgen und nach Durchschnitten	98030		
b. Von den Pfarrgütern, nach den da- herigen Etats . . . . .	37725		
		135755	
Abzug der Administrativkosten:			
a. Bearbeitung der Domainen, Neben u. s. w., Verpachtungs- und Auf- sichtskosten . . . . .	Fr. 3000		
b. Brenn- und Nutzholz für die Staatsdomainen und für Pächter derselben . „	4600		
		7600	
			128155
			267311
B. Von Lehengefällen und Zehnten.			
1. Von Primizen und Gemeindsbeiträ- gen für die Geistlichkeit . . . . .		7591	
2. Von Bodenzinsen, nach Abzug der durch das Gesetz vom 22. Dez. 1832 bestimmten Prozente . . . . .		100000	
Uebertrag	Fr.	107591	267311

## E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	107591	267311
3. Von Ehrschätzen . . . . .	.	3000	
4. Von Zehnten: berechnet nach dem Durchschnittsertrag der letzten vier Jahre, und mit den durch das Ge- setz vom 22. Dezember 1832 bewil- ligten Abzügen . . . . .	.	178000	
		<u>288591</u>	
C. Grundsteuer im Leberberg: nach dem Dekret vom 29. Dezember 1819	.	160171	
Als Bezugs- und Verwaltungskosten werden hier abgezogen:			
a. Für Besoldung des Grundsteuerdirek- tors, nach dem Dekret vom 6. Mai 1835 . . . . .	1400		
Für dessen Büreaufkosten und Gehül- fen, Reisen, Druckkosten u. s. w.	1200		
b. Für Besoldung der sieben Grund- steueraufseher . . . . .	2560		
c. Für Besoldung des Ingenieur-Veri- fikateur des Kadasters . . . . .	400		
	<u>5560</u>		
Reiner Ertrag der Grundsteuer, mit Inbegriff desjenigen, was der Staat selbst von seinen Liegenschaften und Waldungen beiträgt . . . . .		<u>154611</u>	
D. Fischereizinse: nach den bestehen- den Pachtverträgen . . . . .			2600
E. Jagdpatente: nach dem Ertrag der letzten Jahre . . . . .			<u>11000</u>
Uebertrag Fr.	.		724113

## E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	724113

## F. Kapitalzinse:

1. Ausländischer Zinsrodel: von dem im Ausland angelegten Kapital wird der Zinsertrag, nach Abzug von Fr. 2200 für Bezugskosten, abgeworfen circa . . . . . 303040
2. Inländischer Zinsrodel:  
 Von Fr. 498891 zu 4 Prozent,  
 Fr. 2250 zu 3½ Prozent, Fr. 97764  
 zu 3 Prozent, Fr. 71250 zu 2 Pro-  
 zent und Fr. 28226 ohne Zins an-  
 gelegten Kapitalien, nach Abzug von  
 Fr. 800 Verwaltungskosten . . . . . 23360
3. Von der Salzhandlung: Zins des darin liegenden fixen Kapitals von Fr. 600000 zu 4 Prozent . . . . . 24000
4. Von der Pulverhandlung: Zins des darin liegenden Kapitals von circa Fr. 103000 zu 4 Prozent . . . . . 4120
5. Von der Kantonalbank wird hier der Sahreszins zu 4 Prozent angesetzt, von einem gegenwärtig darin liegenden Kapital von Fr. 2300000 mit Zins auf Fr. 150000 in zirkulierenden Bankscheinen . . . . . 92000  
 Gewinn auf circa Fr. 800000 Depo-  
 sitengeldern zu 1 Prozent . . . . . 8000  
 Muthmaßlicher Gewinn auf dem Wech-  
 selfkonto . . . . . 5000

Uebertrag	Fr. 111000	354520	724113
-----------	------------	--------	--------

**E i n n e h m e n.**

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	111000	354520	724113
Nach Abzug der Verwaltungskosten:			
Besoldung des Direktors Fr. 3000,			
des Kassiers Fr. 2000    Fr. 5000			
Der Angestellten, Sekre-			
tär, Commis, Kopisten,			
Abwart . . . . . „ 4500			
Büreaufkosten, Bücher,			
Druckkosten u. s. w. „ 1500			
	<u>11000</u>		
		100000	
6. Von der Staatsapothek: Zins			
zu 4 Prozent von dem darin lie-			
genden Kapital von Fr. 14000 . . . . .		560	
		<u>455080</u>	
NB. Der Zins für ihr Lokal ist mit			
Fr. 400 hievon unter den Pacht-			
zinsen angeführt.			
G. Lösung von verkauften Ef-			
fekten . . . . .			1000
H. Amtsblatt: muthmaßlicher Ueber-			
schuß der Einnahmen über die			
Kosten . . . . .			1200
J. Erstattungen von Gefangenschafts-			
und Judizialkosten, Vorschüssen,			
u. s. w. . . . .			8000
Summe von eigenthümlichen Einkünften		<u>1189393</u>	

**III. Regalien.****A. Salzhandlung.**

Von einem Verkauf von circa Cent-		
ner 135000 Salz zu 7½ Rappen . . . . .	1012500	
Uebertrag Fr. . . . .	<u>1012500</u>	

## E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	1012500	
Abzüge:			
a. Zins zu 4 Prozent von dem in der Handlung liegenden Kapital von Fr. 600000, siehe hievor bei den Kapitalzinsen	24000		
b. Ankauf von circa Centnern 135000 Schweizer-, französisches und deutsches Salz	498715		
c. Sämmtliche Besoldungen, Provisionen und Kosten der Centralverwaltung	30760		
Darunter: Verwalter mit Fr. 2000; zwei Commis mit Fr. 1500 und 1000; die acht Faktoren mit Fr. 200 und Ein- und Ausgangsprovisionen; und als Entschädigung an die Stadt Biel für das dortige Salzregal Fr. 4000.			
d. Fuhrlohne in die Magazine und von da in's Innere und in die Bütten	80000		
e. Auswägerlohne zu 5 Prozent von der Verkaufssumme von Fr. 1012500	50625		
f. Vergütungen an die Auswäger für Baarzahlung	6400		
		690500	
		<u>322000</u>	
B. Pulverhandlung. Gewinn über den hievor angelegten Kapitalzins aus			7880
C. Postverwaltung. Reiner Ertrag derselben, muthmaßlich			180000
Uebertrag Fr.	.	.	<u>509880</u>

## E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	509880
Unter den als Ausgaben in Abzug gebrachten Besoldungen befinden sich: der Postdirektor für Besoldung, nebst freier Wohnung, für Fr. 2400; der Sekretär mit Fr. 1200; ferner nebst Fr. 15000 für Materialanschaffungen und Fr. 25000 für Unterhalt, noch Fr. 8000 für die Fußbotendienste.			
<b>D. Bergwerke.</b>			
Einnehmen: von Bergzehnten, Gru- benlosung, Bergwerksabgaben, Torf- stecherei . . . . .	3630		
vom Dachschieferverkauf . . . . .	9220		
	<u>12850</u>		
Ausgeben: Besoldung des Bergbau- Inspektors . . . . .	1500		
Für Aufsichts-, Reise- und Ausbeu- tungskosten . . . . .	2015		
Für die Dachschieferanstalt: Fuhr- und Schifflöhne, Fabrikations- und Büreaufkosten . . . . .	8321		
	<u>11836</u>		
<b>E. Zölle, Straßen-, Brücken- und Lizenzgelder, brutto . . . . .</b>			<b>1014</b>
		200000	
Abzüge: Besoldung des Zollsekretärs Fr. 1200; und der übrigen Zoll- beamten . . . . .	32700		
Kosten der Zollstätte, Kaufhäuser, Vergütungen, Büreaufkosten . . . . .	7100		
	<u>39800</u>		
		<u>160200</u>	
<b>Summe von Staatsregalien . . . . .</b>			<b>671094</b>



## E i n n e h m e n.

## IV. Staatsabgaben.

	Fr.	Fr.	Fr.
A. Kanzleiemolumente, nach dem Durchschnitt der letzten Jahre . . . . .	.	.	15000
B. Stempeltaxe: Einnahme, brutto . . . . .	.	74200	
Auslagen: Ankauf von Papier, Werkzeug, Löhnung der Arbeiter . . . . .	8200		
Besoldung des Direktors Fr. 1200, Provisionen der Unterverkäufer, Büreaufkosten . . . . .	4200		
	<u>          </u>	12400	
		<u>          </u>	61800
C. Ohmgeld: brutto, ungefähr . . . . .	.	333000	
Abzüge: Besoldung des Ohmgeld- und Zollverwalters . . . . .	2000		
Besoldung des Ohmgeldsekretärs . . . . .	1200		
„ der Ohmgeldinspektoren . . . . .	7740		
Büreaufkosten, Kopistenlöhne, Drucksachen, Reisen . . . . .	2060		
	<u>          </u>	13000	
		<u>          </u>	320000
D. Wirthschaftsabgaben und Gewerbspatente: nach dem Ertrag im Jahre 1838 für Erstere, und nach Durchschnitten für Letztere . . . . .	.	.	110000
E. Militärdispensationsgebühren: durchschnittlich ungefähr . . . . .	.	.	7600
F. Gerichtsgebühren . . . . .	.	.	14500
G. Handänderungsgebühren . . . . .	.	.	63700
H. Bußen und Konfiskationen . . . . .	.	.	10000
Summe von Staatsabgaben . . . . .	.	.	<u>602600</u>

### Zusammenzug des Einnehmens.

	Fr.
I. Aktivrestanz früherer Jahre . . . . .	92093
II. Eigenthümliche Einkünfte . . . . .	1189393
III. Regalien . . . . .	671094
IV. Staatsabgaben . . . . .	602600
	<u>          </u>
Summe muthmaßlichen Einnehmens	Fr. 2555180
	<u>          </u>

### A u s g e b e n.

#### I. Beiträge zur eidgenössischen Bundeskassa.

Laut Beschluß der hohen Tagsatzung vom 31. August 1838 sollen die eidgenössischen Stände für das Rechnungsjahr 1839 an die eidgenössische Centralkassa  $\frac{1}{7}$  des Geldkontingents bezahlen; für den Stand Bern beträgt dieser  $\frac{1}{7}$  nach der neuen Skala . . . . .

21218

Ferner wird der Stand Bern zu bezahlen haben: seinen kontingentmäßigen Antheil zu den gewöhnlichen Centralmilitärausgaben von circa Fr. 20000 mit . . . . .

4197

Summe für Beiträge zur eidg. Bundeskassa

25415

#### II. Der Große Rath.

A. Der Landammann: nach dem Beschluß des Großen Rathes vom 29. März 1833 . . . . .

2000

B. Entschädigungen und Reisegelder: mit Inbegriff derjenigen für die Sechszehner und Departementalmitglieder, nach dem Voranschlag der Kommission

20000

Summe für den Großen Rath

22000

## A u s g e b e n.

### III. Verwaltungsbehörden.

A. Regierungsrath.	Fr.	Fr.	Fr.
1. Gehalte: des HgHrn. Schultheissen .	.	5000	
der 16 Regierungsräthe zu Fr. 3000	.	48000	
Zulagen, zu Fr. 200 an die Herren Präsidenten der Departemente, mit Ausnahme des diplomatischen Depar- tements, und mit Inbegriff der zwei Zulagen im Justizdepartement, für die getrennten Sektionen des Justiz- und Polizeifaches, und mit derjenigen des als Centralpolizeidirektor funk- tionirenden Mitglieds des Regierungs- rathes, 8 Zulagen	.	1600	
		<hr/>	54600
2. Kredit des Regierungsrathes: zu außerordentlichen Unterstützungen und Steuern an Gemeinden und Partiku- laren, Aufmunterungen von gemein- nützigen Unternehmungen zc.	.	.	30000
3. Sechszehnerkollegium: für die an das- selbe, dessen Kanzleibeamten und die Ammänner auszutheilenden Sechszeh- nerpfennige, für 38 Stück zu Fr. 13	.	.	494
4. Staatskanzlei:			
a. Besoldungen: Staatschreiber mit freier Wohnung	.	2400	
zwei Rathsschreiber zu Fr. 2400 und Fr. 1600	.	4000	
zwei französische Sekretärs und Ueber- seher zu Fr. 2000 und Fr. 1500	.	3500	
	<hr/>	<hr/>	
Uebertrag Fr.	9900		85094

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	9900		85094
zwei Substituten zu Fr. 1200 und Fr. 1000	2200		
Archivar und Registrator	1200		
Konzipient der Großrathsverhandlungen	1600		
	<u>14900</u>		
b. Kopistenlöhne, Druckkosten, Einbände, Schreib- und Büreaumaterial		18700	
c. Uebersetzung der Gesetze und Dekrete und Druck derselben		2000	
		<u>35600</u>	
5. Gesandtschafts-, Deputations- und Reisekosten			4000
6. Ammänner, Standesweibel und Awar: zwei Ammänner zu Fr. 1000; vier Standesweibel und zwei Kanzleiläufer zu Fr. 600		5600	
Amtskleidungsvergütung an die Standesweibel und Kanzleiläufer, laut Beschluß des Regierungsraths vom 18. Oktober 1832, zu Fr. 40		240	
		<u>5840</u>	
7. Bedienung und Unterhalt des Rathhauses			2500
Summe für den Regierungsrath			<u>133034</u>
<b>B. Verwaltungskosten auf den Aemtern.</b>			
1. Regierungsstatthalter und Amtsverweser:			
a. Besoldungen:			
I. Klasse. 1 zu Fr. 3000	3000		
II. „ 6 „ „ 2400	14400		
Uebertrag Fr.	17400		

## A u s g e b e n.

		Fr.	Fr.	Fr.
	Uebertrag	17400		
III. Klasse.	6 zu Fr. 2000 . . .	12000		
IV. „	13 „ „ 1600 . . .	20800		
V. „	2 „ „ 1200 . . .	2400		
		<u>52600</u>		
b.	Zulagen an Amtsverweser: an die Amtsverweser von Neuenstadt und Lauffen, insof. Dekrets vom 6. Mai 1833 zu Fr. 400 . . .		800	
c.	Kanzleikosten: muthmaßlich . . .		4000	
d.	Behözungskosten: Beheizung der Au- dienz- und Wartzimmer der Regie- rungsstatthalter und Amtsgerichte für circa 325 Klafter Holz . . .	1360		
	für Fuhr- und Aufrüstlohn circa . . .	1240		
		<u>2600</u>		
e.	Miethzinse für Audienzlokalien: zu Oberhasle, Sanen und Biel . . .		275	
			<u>60275</u>	
2.	Amts-schreiber: Besoldung derselben nach dem Dekret vom 13. Dez. 1838.			
a.	An die Amtsschreiber des alten Kan- tons, mit Courtelary, Münster und Biel . . . . .	12050		
b.	Besoldung des Sekretärs für das Po- lizeifach bei dem Regierungsstatthalter von Bern, laut Beschluß des Regie- rungs-raths vom 1. Juni 1835 . . .	1000		
c.	An die Amts- und Amtsgerichts- schreiber von Pruntrut, Delsberg, Freibergen und Lauffen . . . . .	6940		
		<u>19990</u>		
	Uebertrag Fr. . . . .		19990	60275

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	19990	60275
d. Miethzinse für Kanzleilokalien: an die Amtsschreiber von Oberhasle, Sanen und Biel . . . . .	.	220	20210

## 3. Unterstatthalter:

Nach dem Dekret vom 12. Mai 1834 erhalten dieselben im ganzen Kanton eine Besoldung nach der Bevölkerung ihrer Bezirke, nach der Volkszählung von 1831, und zwar für die ersten 500 Seelen Fr. 50 als Minimum, und für jedes 100 Seelen mehr Fr. 5 bis aus ein Maximum von Fr. 600.

Es erfordern demnach die 198 Unterstatthalter nach den §§. 3 und 6 des erwähnten Dekrets eine Besoldungssumme, laut Etat, von . . . . .

23805

## 4. Amtsweibel. Besoldungen:

I. Klasse.	1	zu Fr.	160	.	.	.	.	160
II.	6	"	112	.	.	.	.	672
III.	6	"	96	.	.	.	.	576
IV.	13	"	80	.	.	.	.	1040
V.	2	"	64	.	.	.	.	128
VI.	2	"	50	.	.	.	.	100
								<u>2676</u>

Summe für Verwaltungskosten auf den Aemtern 106966

## C. Diplomatisches Departement.

Für Kanzleikosten und Unvorhergesehenes, wie letztes Jahr . . . . .

1000

Summe für das diplomatische Departement 1000

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
<b>D. Departement des Innern.</b>			
<b>1. Kanzleikosten:</b>			
a. Besoldungen: des ersten Sekretärs .	1600		
„ zweiten „ .	1200		
„ dritten „ .	1000		
	<u>3800</u>		
b. Büreaufkosten: Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial .		6000	
		<u>9800</u>	
<b>2. Armenwesen:</b>			
a. Direkte Armenunterstützungen: eigentliche Verpflegungen, Kostgelder, Pensionen, Steuern, poliklinische Anstalt	13650		
Steuern und Bewilligungen in Holz aus den Staatswaldungen .	33600		
Zuschuß für Einrichtung einer Armenanstalt zu Pruntrut: zufolge Dekrets des Großen Rathes vom 26. Hornung 1838 die bewilligten .	10000		
	<u>57250</u>		
b. Landsaßen:			
Besoldung des Almosners .	1200		
Büreaufkosten .	1100		
Unterstützungen, Verpflegungen, Kostgelder u. s. w. .	15000		
Einbürgerung von Landsaßen .	2000		
Für die Landsaßenerziehungsanstalten:			
zu Rüeggisberg für Mädchen .	6000		
zu Köniz für Knaben .	7000		
	<u>32300</u>		
c. Für Pfründen und Spenden aus Klosterschaffnereien Fr. 31400 und in Holz Fr. 1600 .		33000	
Uebertrag Fr. .		<u>122550</u>	9800

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	122550	9800
d. Fixe Steuern an Gemeinden und Ar- mengüter:			
1) Im Kanton: an verschiedene Ge- meinden und Korporationen	6000		
2) Außer dem Kanton: Unterstützung der Waldenser	300		
	<u>6300</u>		
		<u>128850</u>	
3. Pensionen:			
a. Civileibgedinge: im alten Kanton an 6 Pensionirte	2340		
im Leberberg an 4 Pensionirte	1169		
	<u>3509</u>		
b. Militärpensionen: im alten Kanton, an Nachgelassene von Umgekommenen und an Verwundete aus den Feldzü- gen von 1798 bis 1815; an verschie- dene ausgediente Militärs und ehe- malige Schweizergarde-Soldaten	6232		
Im Leberberg: an 75 Pensionirte	9676		
	<u>15908</u>		
		<u>19417</u>	
4. Sanitätsanstalten:			
a. Ordentlicher Kredit: für die Impf- anstalten	2500		
Für wissenschaftliche Arbeiten, Medi- zinalordnung und Pharmacopoe	2100		
Für Vorkehren gegen ansteckende Krank- heiten, Unterstützungen etc.	1700		
Besoldung des Sekretärs des Sanitäts- kollegii	100		
	<u>6400</u>		
Uebertrag Fr.	.	6400	158067



## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	6400	158067
b. Entbindungsanstalten, Hebammen = schule . . . . .	.	7400	
c. Nothfallstuben auf dem Lande; nach dem Beschluß des Großen Rathes vom 3. Juli 1835 . . . . .	.	10000	
d. Spital zu Pruntrut: durchschnittlich	.	4000	
		<u>          </u>	27800
5. Handel und Industrie: für Hebung verschiedener Zweige der Landesin- dustrie . . . . .	.	.	5500
6. Viehzucht:			
a. Pferdezucht: Prämien auf 10 Pferde- zeichnungen . . . . .	.	4600	
Reisefkosten und übrige Kosten der Pferdezeichnungen . . . . .	.	1000	
Prämien an junge Hufschmiede . . . . .	.	150	
		<u>          </u>	5750
b. Hornviehzucht: Prämien an den 6 ordentlichen Viehschauen . . . . .	4900		
Reise- und übrige Kosten . . . . .	850		
	<u>          </u>	5750	
		<u>          </u>	11500
7. Unvorhergesehenes . . . . .	.	.	3000
Summe für das Departement des Innern	.	.	<u>205867</u>

## E. Justizdepartement.

1. Verwaltungs- und Kanzleikosten:		
a. Befoldungen: des ersten Sekretärs . . . . .	1800	
des Sekretärs der Justizsektion . . . . .	1200	
„ „ „ Polizeisektion . . . . .	1500	
	<u>          </u>	4500
Uebertrag Fr. . . . .	.	4500

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag		4500	
b. Kredit der Justizsektion für Rechtsgutachten und Rappörte von Rechtsgelehrten . . . . .		1500	
c. Materiale: Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial: Für das Departement im Allgemeinen und die Justizsektion, mit Inbegriff der Büreaufkosten des Staatsanwalts	4200		
Für die Polizeisektion, wie im letzten Jahr . . . . .	2000		
	<hr/>	6200	
		<hr/>	12200
2. Für Arbeiten im Fach der Gesetzgebung: Sitzungsgelder und Reisekosten der Mitglieder der Gesetzgebungskommission, Redaktionen, Büreaufkosten . . . . .			6000
3. Departementalkassa: für die Ausgaben des Justiz- und Polizeidepartements in den Amtsbezirken: Für Brandanstalten, Schußgelder und Jagdpolizei, vermischte Polizeisachen, Kriminal- und Judizialkosten, Gefangenschaftskosten . . . . .			33900
4. Polizeisektion:			
a. Centralpolizeidirektion:			
Besoldungen: Centralpolizeidirektor, Zulage an das dieser Stelle vorstehende Mitglied des Regierungsraths, siehe bei den übrigen Zulagen der Departementspräsidenten.			
Uebertrag Fr.			<hr/> 52100

— — —  
A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	52100
Adjunkt des Centralpolizeidirektors, mit Fr. 400 Wohnungsschadniss . . .	Fr. 2000		
Sekretär Fr. 1200; Substitut Fr. 1000 . . .	„ 2200		
	<u>4200</u>		
Centralpolizeikassa: Gefangenschaftskosten, Entdeckung und Einbringung von Verbrechern, allgemeine Sicherheits-, Personal- und Fremdenpolizei . . .	Fr. 16000		
Kanzleikosten, Unvorhergesehenes zc. . .	„ 3950		
	<u>19950</u>		
		<u>24150</u>	

Nota. Hieran wird sie zu beziehen haben an Einnahmen ungefähr Fr. 7000, welche hievor im Einnehmen angelegt sind, so daß der Zuschuß aus der Standeskassa sich auf Fr. 17150, mit Inbegriff der Besoldungen, beschränkt.

b. Landjägercorps:

Besoldung des Kommandanten Fr. 1600, und Sold für 1 Offizier und 234 Mann, nebst Invalidengehalten, Handgeldern, Prämien . . .	77795		
Einquartirung . . .	14000		
Montirung . . .	4867		
Bewaffnung, ärztliche Versorgung, Inspektionen, Büreaufkosten zc. . .	3338		
	<u>100000</u>		
Uebertrag Fr.	.	124150	52100

— — — — —  
A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	124150	52100
c. Stadtpolizeidirektion. Besoldung:			
des Direktors Fr. 1600, Haus-			
zins Fr. 250 . . . . .	Fr. 1850		
des Sekretärs Fr. 1000; Sub-			
stitut Fr. 600 . . . . .	„ 1600		
	<u>3450</u>		
Sold, Kleidung und Bewaffnung der			
15 Stadtgendarmen . . . . .	7855		
Kanzleikosten, Befeuerung und Beleuch-			
tung der Wacht- und Arrestzimmer	<u>2050</u>		
		13355	
Nota. Hieran wird sie an muthmaßlichen			
Einnahmen circa Fr. 3600 zu bezie-			
hen haben, welche hievor im Ein-			
nehmen angesetzt und von der obigen			
Summe bei den Zuschüssen der Stan-			
deskassa abzurechnen sind.			
d. Einbürgerung der Heimathlosen . . . . .		2000	
e. Zuchtanstalten:			
Zu Bern: Kosten im Ganzen mit Inbe-			
griff der Besoldungen: des Direktors			
Fr. 2000; des Buchhalters Fr. 1600;			
des Substituten Fr. 600; des Arzts			
und Wundarzts Fr. 800 u. s. w. . . . .	66000		
Abzug: muthmaßlicher Verdienst, Kost-			
gelder u. s. w. . . . .	<u>21000</u>		
	45000		
Zu Pruntrut: Kosten mit In-			
begriff der Besoldungen: des			
Direktors Fr. 700; der			
Uebertrag Fr.	<u>45000</u>	<u>139505</u>	<u>52100</u>

# Ausgaben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	45000	139505	52100
Geistlichen Fr. 150; des Schullehrers Fr. 500 . Fr. 11360			
Abzug muthmaßlichen Ein- nehmens an Verdienst ic. „ 5100			
	<u>6260</u>		
		<u>51260</u>	
f. Einführung der neuen Maße und Gewichte.			
Wirkliche Ausgaben:			
Befoldung des Inspektors für Maß und Gewicht . . . . .	1000		
Kosten für Anschaffung von Probe- maßen und Gewichten, der Eichungs- geräthschaften, Maß- und Gewicht- festungen, Aufbewahrung und Besor- gung des Verkaufs der Verkehrsmaße und Gewichte . . . . .	<u>3000</u>		
		<u>4000</u>	
5. Unvorhergesehenes: nach den Spezial- eingaben für beide Sektionen . . . .			<u>194765</u>
			<u>3500</u>
Summe für das Justizdepartement . . . .			<u>250365</u>

## F. Finanzdepartement.

### 1. Kanzleikosten:

#### a. Sekretariat des Departements:

##### Befoldungen:

des ersten Sekretärs Fr. 1600

„ zweiten „ „ 1000

2600

Büreaukosten: Kopistenlöhne, Druck-  
kosten, Schreibmaterial, Abwart . . . .

4000

6600

Uebertrag Fr. .

6600

# Ausgaben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag		6600	
b. Buchhalterei und Hauptkassa:			
Besoldungen:			
Standesbuchhalter	Fr. 2000		
Buchhalterei-Substitut	„ 1200		
Standeskassier	„ 1800		
	<u>5000</u>		
Büreaufkosten: Revisoren,			
Controleurs, Zahlmeister,			
Kopisten . . . . .	Fr. 10000		
Büreaumaterial, Drucksachen, Bücher . . . . .	„ 2250		
Befeurung, Beleuchtung	„ 300		
Abwart und Unterhalt des Gebäudes . . . . .	„ 450		
	<u>13000</u>		
c. Lehenskommissariat:		18000	
Besoldungen:			
Oberlehenskommissär	Fr. 1600		
Unterlehenskommissär	„ 800		
	<u>2400</u>		
Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial . . . . .	3000		
	<u>5400</u>		
		<u>30000</u>	
2. Gehalte der Amtsschaffner . . . . .			21300
3. Abgang und Beforgung der Getreide- und Weinvorräthe . . . . .			2000
4. Vermessungen, Vereinigungen, Marchungen . . . . .			3000
5. Prozeß- und Betreibungskosten: durchschnittlich . . . . .			1000
6. Dominiallasten und Abgaben . . . . .			2500
Summe für das Finanzdepartement . . . . .			<u>59800</u>

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
<b>G. Erziehungsdepartement.</b>			
1. Kanzleikosten:			
a. Besoldungen: des ersten Sekretärs .	1600		
„ zweiten „ .	1200		
„ Offiziäls .	300		
	<u>3100</u>		
b. Materiale: Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial, Reisekosten und Kosten der Prüfungskommission für die Kandidaten zum heiligen Predigtamte . . . . .		7000	
		<u>10100</u>	
2. Besoldung der protestantischen Geistlichkeit:			
a. Dotationssumme zu Besoldung der protestantischen Geistlichkeit, nach dem Dekret vom 18. Dezember 1824 .		303000	
b. Seither dazu gekommene Vermehrungen, nach Abzug der durch Aufhebung geistlicher Stellen eingetretenen Verminderungen . . . . .		<u>7600</u>	
Betrag der Dotationssumme auf 1. Jenner 1839 . . . . .		310600	
c. Zahlungen neben der Dotation: Holz- und Hauszinsvergütungen in Geld .		<u>2693</u>	
		313293	
Abzug für muthmaßliche Ersparnisse durch Vacanzen und auf dem Besoldungsüberschußfond . . . . .		<u>1693</u>	
		311600	
d. Holzpensionen in Natur an Pfarrer und Helfer . . . . .		<u>8400</u>	
		320000	
Uebertrag Fr. . . . .		<u>330100</u>	

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	330100
3. Besoldung der katholischen Geistlichkeit:			
a. Beiträge zur Besoldung des Hochw. Herrn Bischofs von Basel, und Gehalte der bernischen Domherren	.	4664	
b. Katholischer Gottesdienst in der Hauptstadt	.	2400	
c. Besoldung der katholischen Geistlichkeit im Leberberg	.	50870	
d. Pensionen an die fürstbischöflichen Kapitularen und Beamten	.	8351	
e. Geistlichkeitspensionen im Leberberg	.	3294	
		<hr/>	69579
4. Verschiedene Lieferungen zum Dienste der Kirche, theils urbarisirt, theils auf alter Uebung beruhend:			
a. Lieferungen an Kommunionbrod und Wein	.	900	
b. Beischüsse an Küsterbesoldungen	.	200	
c. Beischüsse an Kollaturen und äußere Geistliche, mit Inbegriff der Beiträge an die reformirten Gemeinden in Luzern, Solothurn und Freiburg	.	4050	
d. Beischüsse an geistliche Korporationen und Kirchengüter	.	150	
		<hr/>	5300
5. Lehranstalten:			
a. Hochschule:			
Besoldungen	.	68100	
als: Theologische Fakultät:			
3 ordentliche, 4 außerordentliche Professoren	.	Fr. 10900	
Uebertrag	Fr. 10900	68100	404979



## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	Fr. 10900	68100	404979
Juristische Fakultät:			
3 ordentliche, 4 außerordentliche Professoren . . . „	13400		
Medizinische Fakultät:			
3 ordentliche, 10 außerordentliche Professoren . . . „	18500		
Philosophische Fakultät:			
5 ordentliche, 11 außerordentliche Professoren . . . „	23100		
Besoldung des Rektors . . . „	200		
Für Honorirung von Dozenten . . . „	1800		
Besoldung des Pedells . . . „	200		
	<u>Fr. 68100</u>		
Subsidiaranstalten . . . . .		14822	
als: Bibliotheken . . . . .	Fr. 2500		
Physikalisches Kabinet und chemisches Laboratorium . . . „	1200		
Poliklinische Anstalt . . . . .	600		
Zoologische, mineralogische und botanische Sammlung, botanischer Garten . . . . .	1200		
Sammlung chirurgischer Instrumente . . . . .	250		
Anatomie und Thierarzneischule . . . . .	2712		
Kunstanstalten . . . . .	500		
Stipendia, Wohnungsentschädigungen an Pädagogen, Reisegelder, Prämien, Un-			
Uebertrag	Fr. 8962	82922	404979

A u s g e b e n.			Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag			Fr. 8962	82922	404979
terhalt und Verwaltungs-					
kosten	.	.	5860		
			<u>Fr. 14822</u>		
				82922	
Abzug muthmaßlicher Einnahmen	.		2820		
Summe für die Hochschule				<u>80102</u>	
b. Höheres Gymnasium:					
Besoldungen: an 12 Lehrer von Fr. 200					
bis Fr. 1800	.	.	9980		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen	.		1300		
			<u></u>	8680	
c. Progymnasium:					
Besoldungen: an 10 Lehrer, den Direk-					
tor und den Konrektor	.	.	13950		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen	.		3200		
			<u></u>	10750	
d. Industrieschule:					
Besoldungen an 9 Lehrer	.	.	8670		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen	.		1400		
			<u></u>	7270	
e. Elementarschule:					
Besoldungen der 5 Lehrer	.	.	4700		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen	.		3000		
			<u></u>	1700	
f. Subsidiaranstalten für die Gymnasien					
und Schulen	.	.		5800	
g. Progymnasien, Sekundarschulen und					
Armenenerziehungsanstalten:					
Gewohnte Beischüsse: Gymnasium zu					
Biel	.	.	5025		
Kollegium zu Pruntrut	.	.	4725		
			<u></u>		
Uebertrag	Fr.		9750	114302	404979

# Ausgeben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	9750	114302	404979
Kollegium zu Delsberg . . . . .	1350		
Sekundarschule in Thun . . . . .	2850		
	<u>13950</u>		
Beiträge an 16 bestehende Sekundar- schulen . . . . .	17000		
Für Beiträge an noch zu errichtende Sekundarschulen . . . . .	10000		
Beitrag an die Armenenerziehungsanstalt des Amtes Trachselwald . . . . .	1000		
	<u>41950</u>		
h. Beischüsse an Schulmeisterbesoldungen: theils urbarisirt, theils nach alter Uebung . . . . .	1300		
i. Primarschulen: Verbesserung und Unterstützung der- selben . . . . .	192300		
als: Leibgedinge und außerordentliche Un- terstützungen an Schullehrer . . . . .	6000		
Unterstützungen an Schulen, Schul- lehrer- und Volksbibliotheken, Sän- gervereine etc. . . . .	8000		
Mädchen-, Primar- und Arbeits- schulen, Kleinkinderschulen . . . . .	12000		
Zuschüsse an Lehrerbefoldungen . . . . .	150000		
Schulhausbausteuern . . . . .	10000		
Schulkommissariate . . . . .	5300		
Belohnungen für besondere Schuldienst- leistungen, Lehrmittel u. s. w. . . . .	1000		
	<u>192300</u>		
Uebertrag Fr. . . . .		349852	404979

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	349852	404979
k. Schullehrerbildung:			
Normalanstalt zu Münchenbuchsee	30000		
„ im Sura	18000		
Für Fortbildungs- und Wiederholungs-			
kurse	4000		
Bildung von Primarlehrerinnen: für			
die Anstalt zu Niederbipp	3200		
1. Taubstummenanstalten:		55200	
Taubstummenanstalt für Knaben zu			
Frienisberg	9322		
Nota. Die Zinse von dem durch die			
Direktion der früher bestandenen			
Taubstummenprivatanstalt an die			
Regierung übergebenen und dem			
Staatszinsrodel beigelegten Vermö-			
gen derselben von Fr. 3582. 61, her-			
rührend von Vergabungen und Dona-			
tionen, sind hievor bei den übrigen			
Staatskapitalzinsen angesetzt.			
Anstalt für Bildung taubstummer			
Mädchen	1500		
		10822	
			415874
Summe für das Erziehungsdepartement	.	.	820853

## H. Militärdepartement.

1. Kanzlei und Verwaltungsbehörden:	
a. Militärkanzlei:	
Besoldungen: des Sekretärs	1600
des Abwärters, mit Wohnungsent-	
schädniß	480
Uebertrag Fr.	2080

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	2080		
Büreaufkosten: Kopistenlöhne, Druckkosten, Büreaumaterial etc.	1600		
		3680	
<b>b. Oberstmilizininspektor:</b>			
Besoldungen: des Oberstmilizininspektors, mit Fouragerationen	4657		
des ersten Sekretärs	1600		
„ zweiten „	1000		
„ Bureauabwärters	365		
	7622		
Materiale: Kopistenlöhne, Druckkosten, Büreaumaterial etc.	4000		
		11622	
<b>c. Kriegskommissariat:</b>			
Besoldungen: des Kriegskommissärs	1600		
des Adjunkten	1200		
„ Fourage- und des Holzmagazinaufsehers und Abwärters zu Bk. 10 täglich	1095		
	3895		
Büreaufkosten	800		
Besorgung des Kleidungsmagazins: Aufsicht, Tagelöhne, Effekten	550		
		5245	
<b>d. Zeughausverwaltung:</b>			
Besoldungen: des Zeughausaufsehers, nebst freier Wohnung	1200		
des Adjunkten	800		
Uebertrag Fr.	2000	20547	

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	2000	20547	
des Buchhalters Fr. 200, nebst Fr. 250			
Wohnungsentschädigung . . . . .	450		
	<u>2450</u>		
Büreaufkosten . . . . .	200		
	<u>2650</u>		
e. Oberfeldarzt: Besoldung desselben . . . . .		400	
f. Kreisbehörden: den 8 Kreiskommandanten . . . . .	3500		
den 22 Kreisadjutanten . . . . .	2875		
„ 153 Instruktoren in den Stammquartieren . . . . .	4540		
	<u>10915</u>		
g. Kriegsgerichte: Kosten für dieselben . . . . .		400	
		<u>34912</u>	
2. Formation, Kleidung und Bewaffnung der Miliztruppen:			
a. Organisations- und Ergänzungsmusterungen . . . . .		1200	
b. Kleidung: für 51 Artillerie-, 68 Train-, 28 reitende Jäger-, 170 Scharfschützen- und 1500 Infanterierekruten . . . . .	51669		
Zwischmittel, Reparaturen . . . . .	2370		
Equipementsentschädigungen an zu Offiziers beförderte Unteroffiziers . . . . .	560		
	<u>54599</u>		
c. Bewaffnung: Scharfschützenarmaturvergütungen:			
180 Vergütungen zu Fr. 60 nach neuem Reglement, und 100 zu Fr. 10 . . . . .	11800		
Kosten der Stukkerprüfungskommission: Taggelder, Munition etc. . . . .	200		
	<u>12000</u>		
Uebertrag Fr. . . . .		67799	34912

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	67799	34912
d. Rüstung: für 28 Reiter-Pferdeequi- pements . . . . .	.	2520	
e. Prämien für Kavalleriepferde . . .	.	200	
		<hr/>	70519
3. Unterricht der Truppen:			
a. Eidgenössische Militärschule . . .	.	3500	
b. Theoretische Militärschule: Anschaffung von Werken in die Militärbibliothek .	.	300	
c. Reitschule: Besoldung des Stallmei- sters Fr. 2500, Unterhalt der Reit- schule Fr. 200 . . . . .	.	2700	
d. Praktische Militärschule:			
1) Besoldung des Instruktionsadjutanten zu Fr. 4 per Tag . . . . .	1460		
2) Besoldung außerordentlicher Instru- toren; mit Fechtunterricht . . .	900		
3) Instruktionskorps:			
Sold und Verpflegung nebst Fourage für 10 Pferde	Fr. 18000		
Kleidung und Rüstung	„ 1690		
Pferdeankauf, Beschlag und medizinische Versorgung etc.	„ 875		
	<hr/>	20565	
4) Zur Instruktion einzuberu- fende Truppen:			
Cadetten und Offiziers für die neu zu bildenden Bataillons, 40 Mann . . . . .	Fr. 2628		
Depot: 32 Mann Instru- toren und Frater, 30 Tam- buren und Trompeter . . .	„ 2811		
Uebertrag	Fr. 5439	22925	6500 105431

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag Fr. 5439	22925	6500	105431
Rekruten: 2153 Mann aller Waffen und Remonte reiten- der Jäger . . . . „ 68986			
	74425		
5) Wiederholungskurse:			
Artillerie: 4 Kompagnien, mit Train, 2 zu 1 Monat und 2 zu 11 Tagen, die Marschtage inbegriffen . Fr.	9292		
1 Parfkompagnie: für 17 Tage „	1364		
Reitende Jäger: 1 Kompag- nie, 16 Tage . . . . „	2106		
Scharffschützen: 2 Kompag- nien, 17 Tage . . . . „	2550		
Infanterie: 1 Bataillon, 15 Tage . . . . . „	8445		
	23757		
6) Uebungslager, nach §. 131 der Mili- tärverfassung . . . . .	30900		
7) Munitionsverbrauch und Pferdemie- then zum Exerzieren . . . . .	14700		
8) Ausbesserung an Waffen, Rüstung, Pferdebeschläg, Pachtzinse u. s. w. . . . .	5000		
	171707		
e. Uebungsmusterungen: Scharffschützen- munitionsvergütungen . . . . .	2800		
f. Schießprämien, Steuern und Ehren- gaben an Amtsschützengesellschaften . . . . .	8000		
	189007		
4. Garnisonsdienst in der Hauptstadt:			
a. Garnisonsmusik: Besoldungen und übrige Kosten . . . . .	1040		
	1040		
Uebertrag Fr. . . . .	1040	294438	



## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	1040	294438
b. Kasernenamt: Besoldungen, Materielles, Feurung, Licht, Effekten . . .	.	9733	
Als Vermehrung der Kosten ist in dieser Summe begriffen die Anschaffung von 200 Leintüchern und 200 Bettdecken und 50 Matratzen für Fr. 4600.			
c. Wachtposten, Militärgebäude . . .	.	1000	
d. Gesundheitspflege: Garnisonsspital und Besorgung kranker Pferde . . .	.	5200	
		<hr/>	16973
5. Verschiedenartige Militärausgaben, Unvorhergesehenes . . . . .	.	.	4000
6. Zeughaus:			
a. Ordentlicher Unterhalt der Anstalt und Vorräthe . . . . .	.	10370	
b. Vermehrung der Vorräthe, neue Anschaffungen:			
Munition . . . . .	560		
Grobes Geschütz: für das Umgießen von 4 Vierundzwanzigpfünderhaubitzgeschützröhren . . . . .	1600		
Fuhrwesen: für 4 Vierundzwanzigpfünderhaubitzlaffeten . . . . .	2800		
Waffen: für Säbel für Kavallerie, Artillerie, Infanterie und kleinen Stab für 50 Stutzer und 200 Weidmesser für Scharfschützen . . . . .	5240		
Lederzeug: Baudriers, Kuppel, Bajonetscheiden u. s. w. . . . .	3959		
Verschiedene Ausrüstungsgegenstände . . . . .	2033		
	<hr/>	20822	
		<hr/>	31192
Uebertrag Fr. . . . .	.	.	346603

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	346603
c. Von dem vom Großen Rathe am 25. September 1838 erteilten Kredit für Anschaffung von 2000 Infanterieperkussionsgewehren und anderer Gegenstände, wird der Saldo von Fr. 49000 hienach bei den außerordentlichen Ausgaben angelegt.			
Summe für das Militärdepartement	.	.	<u>346603</u>

J. Baudepartement.

1. Verwaltungs- und Kanzleikosten:		
a. Besoldungen: des ersten Sekretärs	1800	
des zweiten Sekretärs	1000	
„ Rechnungsführers	1800	
„ Ingenieurs für den Hochbau	2000	
der zwei Obergeringenieurs für Straßen- und Wasserbau: vacant.		
der vier Bezirksingenieurs zu Fr. 2400		
und acht Inspektoren zu Fr. 800	16000	
Besoldung außerordentlicher Ingenieurs, mit Inbegriff des provisorischen Hochbauadjunkten	4800	
	<u>27400</u>	
b. Materiale: Kopistenlöhne, Bureau-material, Druckkosten, Abwart	10500	
c. Technisches Bureau: Instrumente, Modelle, Bücher	2000	
d. Inspektionsreisen, Marchungen, Pläne, Devise, Reisekosten, und Taggelder der Departementsmitglieder	2500	
Uebertrag Fr.	2500	39900

## A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	2500	39900	
Reisekosten der ordentlichen Beamten .	3000		
Zeichnungen und Pläne . . . . .	8000		
	<u>          </u>	13500	
		<u>53400</u>	

Statt dieser von dem Baudepartement verlangten Ansätze hat der Große Rath für die Rubrik 1 eine Totalsumme angewiesen von . . . . . 45000

## 2. Hochbau und Schanzabtragung:

a. Gewöhnlicher Unterhalt der Civil-, Pfrund- und Kirchengebäude, Gefangenschaften und Dominialgegenstände	85000		
Reparation der Kasernen Nr. 1 und 2, von den bewilligten Fr. 45000 pro 1839	30000		
	<u>          </u>	115000	

## b. Neubauten, bereits bewilligte:

Pfarrhaus zu Oberbalm, von den am 29. Nov. 1838 bewilligten Fr. 18500	10000		
Zollhaus zu Roggwyl . . . . .	3000		
Landjägerwohnungen: zu Huttwyl und Boncourt . . . . .	4000		
Nebengebäude am Pfarrhause zu G'steig bei Saanen . . . . .	1650		
Heimischwand, Pfrundofenhaus . . . . .	1000		
	<u>          </u>	19650	

Nota. Mit der Beendigung des Pfarrhausbaues zu G'steig ist der Fall eingetreten, von der Landschaft Saanen die ihr zu bezahlen auffallende Hälfte der zu diesem Baue angewiesenen Summe von Fr. 14000 zu beziehen;

Uebertrag Fr.	19650	115000	45000
---------------	-------	--------	-------

A u s g a b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	19650	115000	45000
das Finanzdepartement hat demnach den Auftrag erhalten, den Bezug dieser Summe anzuordnen, und solche wird nun hier auf Rechnung des für Neubauten angesetzten Betrags abgezogen mit	7000		
		12650	
Die Kredite für den Kirchenbau zu Hasle und den Pfarrhausbau zu Sonvillers, siehe hienach bei den außerordentlichen Ausgaben.			
c. Brandassuranzbeiträge für die Staatsgebäude		4000	
d. Abtragung der Schanzen in Bern pro 1839, statt der geforderten Fr. 20000		10000	
			141650
3. Straßenbau:			
a. Gewöhnlicher Dienst: Besoldung der Wegmeister, Materialfahren, Kunstarbeiten	160000		
b. Für Ankauf von Griengruben	2500		
c. Für Unterhalt der Brücken	9000		
		171500	
d. Neue Straßenanlagen und Verbesserungen: bereits bewilligte.			
Verbesserung der Grimsel- und Sustenpässe	1000		
		1000	
Nota. Die übrigen Straßenneubauten erscheinen hienach unter den außerordentlichen Ausgaben.			
e. Brückenbauten: für folgende neue Brücken:			
Rothachenbrücke bei Kiesen Fr. 16000	16000		
Uebertrag Fr. 16000		172500	186650

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	Fr. 16000	172500	186650
Zollbrücke bei Lauperswyl	„ 50000		
Sinnebrücke zu Thun	„ 15000		
Haslebrücke	„ 50000		
Schüpbachbrücke	„ 25000		
Zusammen	Fr. 156000		

wird pro 1839 eine Enblocsumme angewiesen von Fr. 88000 welche hienach bei den außerordentlichen Ausgaben verzeigt wird.

———— 172500

4. Wasserbau:

a. Gewöhnlicher Schwellenbau:

Unterhalt der obrigkeitl. Schwellen, Steuern, Besoldung der Schwellenmeister etc. . . . . 10000

b. Neue Wasserbauten:

Steuern zu den Wasserbauten an der Aare zwischen Thun und Bern . 10000  
 Steuern zu den Wasserbauten an der Sulz bei Mühlenen . . . . 2000  
 Steuern zu den Wasserbauten an der Lüttschinen . . . . . 1000  
 Steuern zu den Wasserbauten an der Aare im Oberhasle . . . . 3000  
 Steuern zu den Wasserbauten am Alp-  
 bach daselbst . . . . . 1000  
 Steuern zu den Wasserbauten im Lenk-  
 thale und bei Grubenwald . . . 5000

Uebertrag Fr. 22000 10000 359150

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	22000	10000	359150
Steuern zu den Wasserbauten an der Sense zwischen Neueneck und Döris- haus . . . . .	5000		
Steuern zu den Wasserbauten an der Sane zwischen Laupen und Gümnenen	6000		
Steuern zu den Wasserbauten an der Aare zwischen Narberg und Büren	3000		
Wasserbauten bei den obigen neu zu erbauenden Brücken . . . . .	4000		
Reparationen an der Bihl . . . . .	1000		
Reparationen am Scheußkanal . . . . .	4000		
	<u>45000</u>		

Da einige dieser Ansätze höher steigen  
als die frühern Bewilligungen, und  
wie früher so auch in diesem Jahr,  
nicht alle Arbeiten werden zur Aus-  
führung gelangen können, so wird  
dafür eine Enblocsumme hier ausge-  
setzt von . . . . .

30000

Dazu kommen dann ferner:

Für die Wasserbauten an der Mühlau  
bei Narberg und für die Markkorrek-  
tionsarbeiten zwischen dem Schützenfahr  
und Elfenau, zusammen Fr. 22371,  
welche hienach bei den außerordent-  
lichen Ausgaben verzeigt werden.

40000

Summe für das Baudepartement . . . . .

399150

A u s g e b e n.

IV. **Gerichtsbehörden.**

	Fr.	Fr.	Fr.
<b>A. Obergericht.</b>			
1. Gehalte: des HgHrn. Präsidenten des Obergerichts . . . . .	3000		
der 10 Oerrichter zu Fr. 2800 . . . . .	28000		
für die 4 Suppleanten, Sitzungsgelder . . . . .	2000		
	<u>33000</u>		
2. Kanzleikosten:			
a. Besoldungen: des Oberge- richtsschreibers, nach dem Dekret vom 8. Mai 1838 Fr. 2000			
der 2 Kommissionschreiber zu Fr. 1400 und Fr. 1000 „ 2400			
des Staatsanwalts . . . „ 2500			
dessen Substitut . . . „ 1600			
des Offizials, mit Fr. 40 Amts- kleidungsvergütung . . . „ 640			
	<u>9140</u>		
b. Materiale: Kopistenlöhne, Druckko- sten, Schreib- und Büreaumaterial, inbegriffen Fr. 100 für die juridische Bibliothek . . . . .	7300		
	<u>16440</u>		
<b>B. Gerichtsbehörden in den Amts- bezirken.</b>			49440
1. Amtsgerichtspräsidenten:			
I. Klasse. 1 zu Bern zu Fr. 2400 . . . . .	2400		
Dessen Adjunkt, laut Beschluß des Regierungsraths vom 7. Merz 1835 . . . . .	1400		
Für den Untersuchungsrichter des Amtsbezirks Bern . . . . .	1600		
Für dessen Sekretär . . . . .	1000		
	<u>6400</u>		
Uebertrag Fr. . . . .	6400		49440

# Ausgaben.

		Fr.	Fr.	Fr.
	Uebertrag	6400		49440
II. Klasse.	6 zu Fr. 2000 . .	12000		
III. „	5 zu „ 1800 . .	9000		
IV. „	14 zu „ 1400 . .	19600		
V. „	4 zu „ 1000 . .	4000		
		<u>51000</u>		
Miethzinse für die Gerichtslokalien zu				
	Biel, Sanen und Oberhasle . .	290		
	Kanzleikosten: muthmaßlich . .	2000		
		<u>53290</u>		
2. Amtsgerichte:				
I. Klasse.	1 Amtsgericht, zu Bern,			
	zu Fr. 800 per Richter . .	3200		
	Dem als Friedensrichter funktio-			
	nirenden Amtsrichter . .	300		
II. Klasse.	1 Amtsgericht, zu Prun-			
	trut, zu Fr. 400 per Richter . .	1600		
III. Klasse.	10 Amtsgerichte zu Fr. 300			
	per Richter . . . .	12000		
IV. Klasse.	14 Amtsgerichte zu Fr. 250			
	per Richter . . . .	14000		
V. Klasse.	4 Amtsgerichte zu Fr. 150			
	per Richter . . . .	2400		
	Taggelder zu Fr. 4 an die Amtsge-			
	richtsuppleanten . . . .	1600		
		<u>35100</u>		
3. Amtsgerichtsschreiber:				
Miethzinse für die Büreaulokalitäten zu				
Wangen, Konolfingen, Sanen, Ober-				
hasle, Biel, Erlach, Neuenstadt, Thun				
und Laupen . . . . .				
			535	
	Uebertrag Fr.		<u>88925</u>	49440



### A u s g e b e n.

				Fr.	Fr.	Fr.
			Uebertrag	.	88925	49440
4. Amtsgerichtsweibel:						
I. Klasse.	1 zu	Fr. 150	.	.	150	
II. „	6 zu	„ 80	.	.	480	
III. „	5 zu	„ 70	.	.	350	
IV. „	14 zu	„ 60	.	.	840	
V. „	4 zu	„ 50	.	.	200	
					<u>2020</u>	
						<u>90945</u>
Summe für Gerichtsbehörden					Fr.	<u>140385</u>

### Zusammenzug des Ausgebens.

		Fr.	Fr.
I. Beiträge zur eidgenössischen Bundeskassa	.	.	25415
II. Für den Großen Rath	.	.	22000
III. Für die Verwaltungsbehörden:			
A. Für den Regierungsrath	.	.	133034
B. „ Verwaltungskosten auf den Aemtern	.	.	106966
C. „ das diplomatische Departement	.	.	1000
D. „ „ Departement des Innern	.	.	205867
E. „ „ Justizdepartement	.	.	250365
F. „ „ Finanzdepartement	.	.	59800
G. „ „ Erziehungsdepartement	.	.	820853
H. „ „ Militärdepartement	.	.	346603
J. „ „ Baudepartement	.	.	399150
			<u>2323638</u>
IV. Für Gerichtsbehörden	.	.	<u>140385</u>
Summe des muthmaßlichen ordentlichen Ausgebens	Fr.		<u>2511438</u>

## Außerordentliche Ausgaben.

Militärdepartement.	Fr.	Fr.	Fr.
Saldo des Kredits vom 25. September 1838 zu Anschaffung von 2000 Perkussions-Infanteriegewehren und anderer Gegenstände . . . . .			49000
<b>Baudepartement.</b>			
Hochbau: für die neue Kirche zu Hasle im Grund, Kredit vom 5. Mai 1835	6000		
für ein neues Pfarrhaus zu Sonvillers	8000		
	<u>        </u>	14000	
<b>Straßenbau:</b>			
Straße von Zweisimmen nach Sanen:			
Rest des Kredits . . . . .	25754		
Für die neue Brücke über den Simmengraben . . . . .	10000		
Lyf-Hindelbankstraße, für 1839 . . . . .	60000		
Für die Pichoupstraße bis Undervilier	21000		
Korrektion am Buchrein in Eggimyl und Verbesserung der Straße bis zur Bubeneibrücke . . . . .	17000		
Rest des Kredits für die Brücken-, Straßen- und Wasserarbeiten am Schwarzwasser . . . . .	8000		
Rest des Kredits für die Melchnau-Langenthalstraße . . . . .	7902		
Vollendung der Bielerseestraße . . . . .	127000		
Neue Straße von Münster nach St. Joseph, Creminestraße . . . . .	40000		
Für in 1839 auszuführende neue Brückenbauten . . . . .	88000		
	<u>        </u>	404656	
Uebertrag Fr. . . . .		418656	49000

---

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	418656	49000
Wasserbau:			
Wasserbauten an der Mühlau bei Nar-			
berg: Saldo des Kredits	.	10232	
Markkorrektur zwischen dem Schützen-			
fahr bis Elfenau, ebenso	.	12139	
		<u>22371</u>	
			<u>441027</u>
	Summe Fr.		<u>490027</u>

---

### B i l a n z.

---

	Fr.
Summe der muthmaßlichen Einnahmen	2555180
„ „ „ ordentlichen Aus-	
gaben	2511438
Muthmaßlicher Ueberschuß der Einnahmen	Fr. 43742
Außerordentliche Ausgaben	490027
Ueberschuß der Ausgaben	<u>Fr. 446285</u>

---

Also beschlossen von dem Großen Rathe am 28. Februar,  
1., 2., 4., 5., 6. und 8. März 1839.

Der Landammann:

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber:

**Hünertwadel.**

---

---

**G e s e t z**  
über  
die Sekundarschulen.

---

Der Große Rath der Republik Bern,

In Betrachtung, daß es, nachdem das Primarschulgesetz die Grundlage des öffentlichen Unterrichts festgestellt hat, in der Pflicht des Staates liegt, auch die Errichtung von Anstalten zu befördern, welche eine höhere Bildung bezwecken, als die Primarschulen zu geben im Stande sind; 12. März  
1839.

daß es nothwendig ist, die Bedingungen gesetzlich zu bestimmen, unter welchen der Staat Anstalten dieser Art unterstützen wird;

auf den Vortrag des Erziehungsdepartements und nach geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

**E r s t e r T i t e l.**

Von den Sekundarschulanstalten.

Aufgabe und Organisation der Sekundarschulen.

1. Die Sekundarschulen sind Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, welche den Zweck haben, den Schülern nach erhaltenem genügendem Elementarunterrichte eine gründlichere und umfassendere Bildung zu verschaffen,

12. März 1839. als sie in der Primarschule erhältlich ist, oder ihnen diejenigen Kenntnisse beizubringen, die zur Ausübung eines höhern technischen Berufes vorbereiten.

2. Demnach sollen in den Sekundarschulen gelehrt werden :

- 1) Religion,
- 2) deutsche und französische Sprache,
- 3) Mathematik,
- 4) Geographie,
- 5) Geschichte und vaterländische Staatseinrichtung,
- 6) Naturkunde (Naturgeschichte und Naturlehre),
- 7) Technologie,
- 8) Landwirthschaft,
- 9) Buchhaltung,
- 10) Schreiben,
- 11) Zeichnen,
- 12) Singen.

Der Unterricht in den alten und in andern als den obgenannten lebenden Sprachen, so wie in der Gymnastik, kann mit der Sekundarschule in Verbindung gebracht werden, ist aber auf keinen Fall obligatorisch.

Für Mädchen-Sekundarschulen kann das Erziehungsdepartement in den einzuführenden Lehrfächern Ausnahmen gestatten.

Die Ausdehnung, Stufenfolge und Behandlung obiger Fächer, so wie die für den Eintritt der Schüler erforderlichen Vorkenntnisse wird das Erziehungsdepartement je nach Umständen durch besondere Reglemente bestimmen.

3. Der Lehrkurs der Sekundarschule dauert wenigstens vier Jahre und wird gleichmäßig auf wenigstens vier Klassen vertheilt, von denen aber je zwei unter demselben Lehrer stehen können, so lange der Unterricht nicht darunter leidet.

4. In jeder Sekundarschule sollen wenigstens zwei, da wo die Zahl der Schüler sechszig übersteigt, drei, und wo sie mehr als einhundert beträgt, vier Lehrer angestellt werden. 12. März 1839.

5. Keine Sekundarschule darf eröffnet werden, wenn nicht wenigstens dreißig Schüler zum Eintritt in dieselbe bereit sind.

6. Die in den Sekundarschulen einzuführenden Lehrmittel und Schulbücher sollen der Genehmigung des Erziehungsdepartements unterliegen.

#### Errichtung und Unterhalt der Sekundarschulen.

7. Es bilden in der Regel diejenigen Gemeinden des gleichen Amtsbezirks, welche sich zur Errichtung einer Sekundarschule vereinigen, einen Sekundarschulkreis. Ausnahmsweise können aber auf das Gutachten des Erziehungsdepartements mit Genehmigung des Regierungsrathes auch Gemeinden, welche verschiedenen Amtsbezirken angehören, einen Sekundarschulkreis bilden, wenn in den betreffenden Amtsbezirken noch keine Sekundarschule vorhanden ist, oder die vorhandenen von den betreffenden Gemeinden nicht gehörig benutzt werden können.

8. Wenn an einen bereits gebildeten Sekundarschulkreis später noch andere Gemeinden sich anschließen wollen, so ist der Sekundarschulkreis gehalten, diese aufzunehmen. Sollten sich hierbei Anstände über den Antheil an den vorhandenen Hilfsmitteln der Sekundarschule erheben, so hat das Erziehungsdepartement dieselben zu untersuchen und darüber zu entscheiden.

9. Die Gemeinde, in welcher die Sekundarschule errichtet wird, hat unentgeltlich für ein zweckmäßiges

12. März 1839. Schullokal, so wie für Beleuchtung, Heizung und Unterhalt desselben zu sorgen. Wenn mehrere Gemeinden das Lokal für die Sekundarschule zu geben wünschen, so entscheidet nach eingeholtem Gutachten des Erziehungsdepartements der Regierungsrath, welche den Vorzug haben soll.

10. Wo die Gemeinden die Errichtung und Unterhaltung einer Sekundarschule nicht übernehmen wollen, oder wo die errichteten Anstalten dem Bedürfnisse nicht entsprechen, können an deren Stelle Privatvereine treten, auf welche alsdann die Bestimmungen dieses Gesetzes ebenfalls ihre Anwendung finden, mit Ausnahme der §§. 7, 8 und 9.

11. In jedem Amtsbezirke hat in der Regel nur eine Sekundarschule Anspruch auf Unterstützung des Staates. Wird jedoch das Bedürfnis der Errichtung einer zweiten solchen Anstalt vom Erziehungsdepartement anerkannt, so kann auch diese ausnahmsweise vom Staate unterstützt werden. Der Regierungsrath entscheidet über diese Unterstützungen auf eingeholtes Gutachten des Erziehungsdepartements, an welches die Betreffenden ihre Begehren um eine Beisteuer zu richten haben.

12. Um die Unterstützung des Staates zu erhalten, haben sämtliche Sekundarschulkreise folgende Verpflichtungen und Bedingungen einzugehen:

- 1) den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes, so wie den Reglementen und sonstigen Weisungen des Erziehungsdepartements genau nachzukommen;
- 2) dem Erziehungsdepartement das spezielle Organisationsreglement der Anstalt zur Genehmigung oder Abänderung, so wie die jährlichen Rechnungen zur Einsicht und Genehmigung einzusenden;

- 3) dafür zu sorgen, daß in den Primarschulen des Kreises theils im besondern die Schüler zum Eintritt in die Sekundarschule die gehörige Vorbereitung erhalten, theils im allgemeinen der Unterricht auf keine Weise durch die Sekundarschule gefährdet werde, sondern den Forderungen des Primarschulgesetzes vollständig entspreche ;
- 4) die Anstalt in ihrem äußern und innern Bestande so zu unterhalten und mit allem Nöthigen zu versehen, daß der Unterricht einen ungehinderten und guten Fortgang habe, und hierzu auf wenigstens vier Jahre die erforderlichen Mittel aufzuweisen.

12. März  
1839.

13. Der Staat übernimmt die Hälfte der Lehrerbesoldungen jeweilen auf wenigstens vier Jahre.

Wenn Gemeinden oder Privatvereine, welche eine Sekundarschule zu errichten wünschen, die in diesem Gesetze aufgestellten pekuniären Bedingungen nicht vollständig erfüllen können, und das Bedürfniß einer solchen Schule vom Erziehungsdepartement anerkannt wird, so kann denselben überdieß auf den Vorschlag des Erziehungsdepartements durch den Regierungsrath eine außerordentliche Unterstützung jeweilen auf die nämliche Dauer von vier Jahren zu Theil werden.

Nach Ablauf des Termins soll der Regierungsrath diese Unterstützungen fortsetzen, wenn die Anstalt ihren guten Fortgang gehabt hat, und der Sekundarschulkreis oder der betreffende Privatverein sich noch ferner zu den gesetzlichen Leistungen verpflichtet. Nur steht es dem Regierungsrathe frei, auf das Gutachten des Erziehungsdepartements je nach Umständen die Sekundarschule an einen andern Ort zu verlegen.

14. Sekundarschulen, welche keine Unterstützung von Seite des Staates erhalten, fallen als Privatanstalten



12. März 1839. unter das Gesetz über den Privatunterricht und werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht beschlagen.

## Zweiter Titel.

### Von den Sekundarschülern.

15. Um in eine Sekundarschule aufgenommen zu werden, hat jeder Schüler folgende Bedingungen zu erfüllen:

- 1) daß er wenigstens das zehnte Altersjahr zurückgelegt habe;
- 2) daß er die Vorkenntnisse besitze, welche durch das vom Erziehungsdepartemente zu erlassende Reglement (§. 2) werden bestimmt werden;
- 3) daß er das für die Anstalt bestimmte Schulgeld entrichte.

16. Das jährliche Schulgeld für eine Sekundarschule darf den Betrag von Fr. 40 nicht übersteigen und soll für alle Schüler gleich sein, kann aber für auswärts wohnende Schüler vermindert und ausgezeichneten erweislich armen Schülern ganz erlassen werden.

## Dritter Titel.

### Von den Sekundarschullehrern.

17. Die Sekundarlehrerstellen können nur nach vorhergegangener Ausschreibung definitiv besetzt werden.

18. Nach erfolgter Ausschreibung der Stelle haben sich die Bewerber für eine Sekundarschule an dem Orte selbst, wo die Anstalt sich befindet, einer vom Erziehungsdepartemente zu veranstaltenden öffentlichen Prüfung über die Fächer zu unterziehen, die sie zu lehren gedenken.

19. Bei bekannten ausgezeichneten Leistungen eines Bewerbers kann demselben vom Erziehungsdepartemente

auf Verlangen der betreffenden Wahlbehörde die Prüfung erlassen werden.

12. März  
1839.

20. Bei ungenügendem Ergebnisse der Ausschreibung oder der Prüfung kann mit Zustimmung des Erziehungsdepartements die Stelle auf ein Jahr provisorisch besetzt werden. Nach abgelaufener Frist kann entweder die Schule neu ausgeschrieben oder der bisherige provisorische Lehrer definitiv angestellt werden, worüber das Erziehungsdepartement nach eingeholtem Gutachten der Sekundarschuldirektion zu entscheiden hat.

21. Die Sekundarlehrer werden durch die im speziellen Organisationsreglemente der Anstalt aufgestellte Wahlbehörde ernannt, unter Vorbehalt der Bestätigung durch das Erziehungsdepartement. Wird die Bestätigung vom Erziehungsdepartement verweigert, so soll die Wahlbehörde eine andere Wahl treffen.

Die Anstellung der definitiv gewählten Lehrer geschieht für die Zeit, für welche der Bestand der Schule bei ihrer Ernennung gesichert war.

22. Die Pflichten der Sekundarlehrer, so wie die Art und Weise, wie dieselben nicht nur den Unterricht zu ertheilen, sondern auch den Zweck der Erziehung der Kinder möglichst zu fördern haben, sollen durch das spezielle Organisationsreglement der Anstalt bestimmt werden.

23. Die Sekundarlehrer haben die Befugniß, über die Bedürfnisse der Anstalt der Direktion und nöthigen Falls auch dem Erziehungsdepartement direkt ihre Anträge zu bringen.

24. Die Sekundarlehrer können durch einen motivirten Beschluß des Erziehungsdepartements nach erhaltenem Gutachten der betreffenden Sekundarschuldirektion in ihren Schulverrichtungen eingestellt werden.

12. März  
1839.

Die Abberufung derselben hingegen geschieht durch den Regierungsrath auf den motivirten Antrag des Erziehungsdepartements nach erhaltenem Gutachten der betreffenden Sekundarschuldirektion.

## **Vierter Titel.**

### **Von den Sekundarschulbehörden.**

#### **Sekundarschuldirektion.**

25. Für jede Sekundarschule besteht eine Direktion, deren Wahl und Zusammensetzung durch das spezielle Organisationsreglement der Anstalt bestimmt, und deren Präsident vom Erziehungsdepartement frei gewählt wird. Sie leitet die Anstalt, wacht über den guten Fortgang derselben und über die Vollziehung der Reglemente, beaufsichtigt den Unterricht, wohnt den regelmäßigen Censuren, Prüfungen und Beförderungen bei, entscheidet in wichtigen Disziplinarfällen und hat das Recht, ihre Anträge vor das Erziehungsdepartement zu bringen.

#### **Erziehungsdepartement.**

26. Das Erziehungsdepartement hat die obere Leitung sämmtlicher Sekundarschulen des Kantons, die unter dieses Gesetz fallen, läßt sie demnach durch die Schulkommissarien beaufsichtigen, korrespondirt mit den Schuldirektionen, läßt sich von denselben alljährlich Bericht erstatten und Rechnung ablegen, und ertheilt ihnen die nöthigen Aufträge und Weisungen. Insbesondere hat es auf möglichst größte Uebereinstimmung im Unterricht und in den Lehrbüchern in sämmtlichen Sekundarschulen hinzuwirken.

27. Beschwerden gegen alle vom Erziehungsdepartement, in Folge der ihm durch dieses Gesetz übertragenen

Befugnisse, getroffenen Verfügungen und Anordnungen können bei dem Regierungsrathe angebracht werden, welcher, nach angehörtem Berichte dieser Behörde, endlich darüber entscheidet. 12. März 1839.

#### Uebergangsbestimmung.

28. Da, wo in einem Amtsbezirke bis jetzt mehr Sekundarschulen vom Staate unterstützt worden sind, als die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes es zulassen, wird der Regierungsrath diese Unterstützung noch auf zwei Jahre fortzusetzen ermächtigt, nach deren Verlauf aber für diejenige dieser Sekundarschulen, welche derselbe bezeichnen wird, jeder Beitrag von Seite des Staates aufhört.

29. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt, welches von nun an in Kraft tritt. Dasselbe soll in beiden Sprachen gedruckt, auf gewohnte Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, Bern, den 12. März 1839.

Der Landammann,  
**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,  
**Hünertwadel.**

**D e f r e t**  
über  
die Suragewässer-Korrektion.

Der Große Rath der Republik Bern,  
12. März 1839. In Betrachtung, daß von der projektirten Korrek-  
tion der Suragewässer und von der Austrocknung der  
Mööser des Seelandes in sanitarischer, landwirthschaft-  
licher und commerzieller Beziehung die größten Vor-  
theile zu erwarten sind;  
in Erwägung ferner, daß solche Unternehmungen  
zweckmäßiger durch Privatgesellschaften als durch Regie-  
rungsbehörden ausgeführt werden;  
auf den Antrag der zu diesem Zwecke niedergesetzten  
Spezialkommission, und auf geschehene Vorberathung  
durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Die Gründung schweizerischer Privatgesellschaften  
für die Tieferlegung und Korrektion der Suragewässer  
und für die Austrocknung der Mööser des Seelandes  
ist unter folgenden Bedingungen gestattet:

- 1) Jede der betreffenden Gesellschaften, die sich zu  
diesem Zwecke bildet, hat durch ihre Bevollmäch-  
tigten spätestens bis zum 1. Jenner 1841 dem  
Regierungsrathe die Statuten der Gesellschaft und  
die Garantie, welche sie dem Staate und dem  
Lande geben kann, nebst den Plänen und Vor-  
schlägen über die Art und Weise, wie das Unter-  
nehmen von ihr ausgeführt werden solle, vorzu-  
legen.

2) Erfolgt bis zum vorerwähnten Termine die Eingabe nicht, oder wird die dargebotene Garantie als ungenügend zurückgewiesen, oder werden die Ausführungspläne verworfen, so können von diesem Zeitpunkte an auch von ausländischen Gesellschaften zu gleichem Zwecke Eingaben von dem Regierungsrathe angenommen werden.

12. März  
1839.

3) Sind die oben angeführten Bedingungen (§. 1) erfüllt, die Statuten der Gesellschaft wie deren Pläne geprüft und genehmigt, die dargebotene Garantie als zulässig und genügend vom Regierungsrathe anerkannt worden, so soll die Ermächtigung der Gesellschaft durch den Regierungsrath beim Großen Rathe nachgesucht werden.

2. Der Regierungsrath erhält den Auftrag, ungesäumt ein Gesetz über die Entsumpfungen und ein Expropriationsgesetz zu bearbeiten, und dieselben dem Großen Rathe vorzulegen.

3. Der Regierungsrath wird sofort eine Kommission von drei Mitgliedern erwählen, welche die Eigentumsverhältnisse und Nukniefsungsrechte des Entsumpfungs- und Stromkorrektionsgebiets untersuchen, und zugleich Vorschläge über die Theilung desselben unter die betheiligten Kantone und im Kanton Bern selbst unter die Betheiligten bringen soll.

4. Spätestens in der zweiten Hälfte der Wintersitzung von 1841 hat der Regierungsrath dem Großen Rathe über den Gang der Angelegenheit Bericht abzustatten, und die alsdann nothwendigen Maßregeln vorzuschlagen.

5. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekretes beauftragt. Dasselbe tritt von nun an

12. März 1839. in Kraft, und soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern, den 12. März 1839.

Der Landammann:

**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber:

**Hünerwadel.**

## **D e k r e t**

über

die Aufhebung der Kollaturrechte.

Der Große Rath der Republik Bern,

in Betracht:

12. März 1839. Daß es, nachdem die Ausübung sämtlicher Hoheitsrechte an den Staat übergegangen, im Interesse sowohl des Staates als einer geordneten Kirchenverwaltung liegen muß, die gegenwärtig noch bestehenden Kollaturrechte einzelner Korporationen oder Partikularen aufzuheben;

auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Alle in den Händen einzelner Korporationen oder Partikularen befindlichen Kollaturrechte sind von nun an aufgehoben.



2. Es soll von dem Kollator dem Staate übergeben werden alles, der betreffenden Kollaturpfarre laut den darüber vorhandenen Pfarrurbarien oder sonstigen Titeln zuständige, bewegliche und unbewegliche Vermögen mit den dazu gehörigen Rechten und darauf haftenden Beschwerden. Unter diesem Vermögen sind auch alle diejenigen Nukungen oder Beiträge begriffen, die dem Pfarrer kraft bestehender Uebung oder besonderer Verträge als Pfarreinkommen ausgerichtet werden, insofern dieselben nicht durch den Fortbestand der bisherigen Kollatoren bedingt sind. In Bezug auf die Verhältnisse der Kollaturpfarre Oberwyl bei Büren wird der Regierungsrath angewiesen, sich mit der Regierung von Solothurn zu verständigen.

12. März  
1839.

3. Alle am 1. Jenner 1840 verfallenen Nukungen einer Kollatur gehören dem bisherigen Nukungsberechtigten; die an diesem Tage oder von diesem Tage an verfallenden bezieht der Staat.

4. Der Staat ertheilt keine Entschädigung für die Aufhebung der Kollaturrechte und für die Einziehung (Inkamation) des zu den Kollaturen gehörigen und durch die Verordnung vom 6. Jenner 1808 beschlagenen Vermögens. Ueber andere dieser letztern Verordnung nicht widerstreitende allfällige Ansprachen der Kollatoren auf ganze oder theilweise Mitbenutzung des Kollaturvermögens, so wie über Streitigkeiten in Betreff der Ausmittlung und Uebergabe desselben entscheidet das Civilgericht.

5. Vom 1. Jenner 1840 an übernimmt der Staat die Besoldung des Pfarrers nach den über die Besoldung der Geistlichkeit der Republik Bern vorhandenen oder noch zu erlassenden allgemeinen Gesetzen.



12. März  
1839.

6. Die Einverleibung der bisherigen Kollaturpfarreien in das Progressivsystem geschieht nach Vorschrift der §§. 9 und 11 des Gesetzes vom 7. Mai 1804.

7. Die Wahlart der Geistlichen für diese Kollaturpfarreien ist fortan die gleiche, wie für die übrigen Pfarreien des Kantons. Der Regierungsrath wird nach Vorschrift des erwähnten Gesetzes vom 7. Mai 1804 bestimmen, welche derselben nach freier Wahl, und welche nach dem Altersrange zu besetzen sind.

8. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekretes beauftragt; er wird in Bezug auf die Uebergabe und Uebernahme der Kollaturen, auf die künftige Verwaltung des Kollaturvermögens, und auf die besondern finanziellen Verhältnisse der Geistlichen, auf gleichem Fuße wie für die übrigen Pfarreien das Angemessene verfügen.

Vorstehendes Dekret soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern, den 12. März 1839.

Der Landammann:

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber:

**Hünerwadel.**

---

**D e f r e t**  
über  
die Abänderung einiger Paragraphen der  
Militärverfassung.

Der Große Rath der Republik Bern,  
in Betrachtung:

Daß die im §. 4 litt. a und b der Militärverfassung vom 14. Christmonat 1835 aufgestellten allzu zahlreichen Enthebungen vom persönlichen Dienste, verbunden mit den Bestimmungen der §§. 99 und 100, der Ergänzung der Offiziere für die wirklich bestehenden und noch zu errichtenden Korps nachtheilig entgegengewirkt haben, dießfalls also geeignete Vorkehrungen nothwendig geworden sind ;

12. März  
1839.

ferner in der Absicht, dem Wehrstande auch während des Kantondienstes ähnliche Vortheile mit denjenigen zufließen zu lassen, welche demselben im eidgenössischen Dienste zu Theil werden, und hiedurch zugleich die Administration und Komptabilität bei den Kantonaltruppen in Einklang mit den Vorschriften der eidgenössischen Reglemente zu setzen ;

nach Anhörung der Vorträge des Regierungsrathes und des Militärdepartements,

beschließt:

I. Die §§. 4, 99 und 100 der Militärverfassung vom 14. Christmonat 1835 werden abgeändert wie folgt:

## §. 4.

12. März 1839. Der Verpflichtung zum persönlichen Militärdienste im Auszuge sind enthoben:

der Landammann;  
 die Mitglieder des Regierungsrathes;  
 die Mitglieder des Obergerichtes;  
 der Staatschreiber;  
 ein Sekretär der französischen Kanzleisektion;  
 der Obergerichtschreiber;  
 ein Sekretär für jedes Departement.  
 der Standesbuchhalter;  
 der Standeskassier;  
 der Ober-Zoll- und Ohmgeldverwalter;  
 der Bankdirektor;  
 der Salzhandlungsverwalter;  
 der Direktor der Zuchtanstalten;  
 der Centralpolizeidirektor;  
 der Staatsanwalt;  
 einer der beiden Untersuchungsrichter für Kriminal- und Polizeivergehen in der Hauptstadt.

Alle diese insofern sie bei ihrer Ernennung nicht bereits Stabsoffiziere sind, besondere Umstände vorbehalten, worüber der Regierungsrath zu entscheiden hat.

Diejenigen Beamteten und Angestellten der Postverwaltung, welche von der Postdirektion dem Militärdepartemente jährlich Behufs der Enthebung bezeichnet werden;

die Professoren und Lehrer sämtlicher durch das Gesetz aufgestellten höheren Unterrichtsanstalten;  
 die Geistlichen beider Konfessionen; es sei denn, daß sie besoldete Civilstellen bekleiden oder als Feldprediger in Anspruch genommen werden;  
 die Direktoren oder Lehrer der Normalanstalten;

die angestellten Schullehrer;  
 die Studierenden an den durch das Gesetz aufgestellten höheren Unterrichtsanstalten während der Dauer ihrer dortigen Studien, sofern sie sich bei den Studentenkörpers eingetheilt befinden;  
 die Zöglinge der Schullehrerseminarien;  
 die durch das Dekret vom 4. Juli 1823 anerkannten Wiedertäufer und ihre Nachkommen, insofern sie sich zu den in der damaligen Zeit bei ihrer Sekte in Betreff des Tragens von Waffen herrschenden Grundsätzen bekennen, und nicht freiwillig persönlich Militärdienste leisten. Die von denselben an die Staatskasse zu bezahlenden Dispensationsgebühren sind alljährlich vom Regierungsrathe, ohne Rücksicht auf §. 19 der Militärverfassung, zu bestimmen.

12. März  
 1839.

Ferner sollen nur in ihrem Berufsfache für den Militärdienst verwendet werden:

die patentirten Aerzte und Wundärzte;  
 die patentirten Apotheker;  
 die patentirten Pferdeärzte.

#### §. 99.

Der Regierungsrath ist ermächtigt, auf den Antrag des Militärdepartements schon im ersten Jahre der Auszögerdienstpflicht diejenigen Militärs zu Offizieren irgend einer Waffengattung zu ernennen, welche nach bestandener Instruktion in den vorgenommenen Prüfungen sich hinlänglich über ihre theoretischen und praktischen Kenntnisse ausgewiesen haben.

#### §. 100.

Die Offiziere aller Waffengattungen haben zu dienen:

a. Die Ober- und Unterlieutenants bis zum sechs- unddreißigsten Altersjahre beim Auszuge, und

12. März  
1839.

bis zum vierzigsten in der Landwehr erster oder zweiter Klasse ;

b. die Hauptleute bis zum vierzigsten Altersjahre im Auszuge, und bis zum fünfundvierzigsten in der Landwehr erster und zweiter Klasse ;

c. die Stabsoffiziere bis zum fünfzigsten Altersjahre, ohne Unterschied der Milizklasse.

II. An die Stelle der §§. 114 und 115 des nämlichen Gesetzes treten nachfolgende Bestimmungen :

§. 114.

Die Miliztruppen aller Waffengattungen beziehen im aktiven Kantondienste, in der Instruktion und in andern gesetzlich bestimmten Fällen den Sold, die Mundportionen und Fouragerationen nach den dießfälligen eidgenössischen Besoldungstabellen.

Fouragerationen werden indessen nur für effektiv gehaltene Pferde geliefert.

§. 115.

Das gesammte militärische Rechnungswesen der Kantonaltruppen soll nach den dießfälligen eidgenössischen Vorschriften eingerichtet werden.

III. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Gesetzes beauftragt. Dasselbe tritt von nun an in Kraft, soll auf gewohnte Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, Bern, den 12. März 1839.

Der Landammann,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**Hünerwadel.**

**D e k r e t**  
über  
den Nydeckbrückenbau.

Der Große Rath der Republik Bern,

Auf das an ihn gestellte Ansuchen der Aktiengesellschaft für den Nydeckbrückenbau in Bern;

13. Merz  
1839.

auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach  
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Sobald die neu zu erbauende Nydeckbrücke in Bern von den Posten befahren wird, so soll der Aktiengesellschaft ein jährlicher, dem Brückengelde der Passagiers, Kondukteurs, Postillons und Postwagen entsprechender Beitrag aus der Staatskasse zur statutengemäßen Verwendung verabreicht werden.

2. Der Staat übernimmt zweihundert Aktien für den Bau der erwähnten Brücke.

3. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekrets, welches in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll, beauftragt.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern, den 13. Merz 1839.

Der Landammann,

**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**Hünerwadel.**

## K r e i s s c h r e i b e n

an

alle Regierungsstatthalter und Gerichtspräsidenten  
im französischen Landestheile, wegen Versieg-  
lung von Verlassenschaften.

I t.

13. März  
1839.

Da sich im Jura Zweifel darüber erhoben haben, ob die Versiegelung der Verlassenschaften von den Maires oder aber von den Gerichtspräsidenten vorzunehmen sei, so hat sich der Regierungsrath veranlaßt gefunden, Ihnen über diesen Gegenstand folgende Weisung zu ertheilen.

Der Artikel 907 des Code de procédure civile français verordnet, daß die Versiegelung der Verlassenschaften von den Friedensrichtern vorgenommen werden solle. In Frankreich besorgt aber der Friedensrichter nicht nur gerichtliche, sondern auch administrative und polizeiliche Einrichtungen und ist demnach ebensowohl eine administrative als eine richterliche Behörde. Unter diese administrativen Funktionen gehört nun namentlich auch die Versiegelung der Verlassenschaften. Da nun in unserm Kantone der Gerichtspräsident eine rein richterliche Behörde ist, und ihm wegen der verfassungsmäßigen Trennung der vollziehenden und richterlichen Gewalt durchaus keine administrativen Befugnisse zustehen, so fällt die Versiegelung der Verlassenschaften nicht in dessen Attribut, sondern vielmehr in diejenige der

Vollziehungsbehörden, und zwar namentlich in den Geschäftskreis der Unterstatthalter, die übrigens auch im deutschen Kantonstheile in der Regel dieses Geschäft besorgen.

13. März  
1839.

Da es nun aber in dieser Beziehung in den Bezirken des Leberberges verschieden gehalten wird, und es nothwendig ist, daß bei dergleichen Versiegelungen ein gleichförmiges Verfahren stattfinde, so haben wir angemessen erachtet, zu verfügen:

Daß die Versiegelung der Verlassenschaften im Jura ordentlicher Weise durch den jeweiligen Unterstatthalter der betreffenden Gemeinde vorgenommen werden solle, welcher jedoch in Verhinderungsfällen den Maire oder einen andern Vorgesetzten der betreffenden Gemeinde hiemit beauftragen kann. Als Gebühr hiefür haben sie zu beziehen, was der §. 8 des zwölften Titels des Emolumententarifs vom 14. Brachmonat 1813 festsetzt.

Bern, den 13. März 1839.

Namens des Regierungsrathes,

Der Schultheiß,

**C. Neuhauß.**

Der zweite Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**



## B e s c h l u ß

über

### Verkündigung von Ehen militärpflichtiger Personen.

15. März  
1839.

Der Regierungsrath der Republik Bern,  
In Vollziehung des §. 1 des Gesetzes über die  
Militärorganisation vom 14. Dezember 1835 und in  
Berufung auf den Artikel 5 der Satzung 52 des Per-  
sonenrechtes;

auf angehörten Rapport des Militärdepartements  
und der Polizeisektion des Justiz- und Polizeideparte-  
ments,

beschließt:

1. Jeder Geistliche im Kanton Bern soll, bevor er  
die Verkündigung der Ehe eines im militärpflichtigen  
Alter befindlichen Mannes annimmt, sich von demselben  
förmlich bescheinigen lassen, daß er auf die eine oder  
andere Weise die Militärpflicht erfülle, insofern er nicht  
gesetzlich davon ausgenommen ist.

2. Diese Bescheinigung wird geleistet:

- a. von jedem, der sich im auszügler- oder im reserve-  
pflichtigen Alter befindet, wenn er den Grad eines  
Offiziers bekleidet, durch Vorweisung seines Bre-  
vets, sonst aber durch Vorweisung seines Decompten-  
oder Dienstbüchleins;
- b. von jedem in der noch bestehenden Landwehr Einge-  
theilten durch Vorweisung einer Erklärung seines  
Instruktors;
- c. von einem Führer, Postläufer und Arbeiter durch  
Vorweisung eines Zeugnisses seines Instruktors;

- d. von jedem zum Militärdienst Untüchtigen durch Vorweisung seiner Dispensation. 15. Merz 1839.

3. Dieser Beschluß soll auf die übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 15. Merz 1839.

Namens des Regierungsrathes,  
Der Schultheiß,  
**C. Neuhaus.**  
Der erste Rathsschreiber,  
**J. F. Stapfer.**

## **V e r o r d n u n g**

für

die Vollziehung des Dekrets über die Aufhebung  
der Kollaturrechte.

Der Regierungsrath der Republik Bern,

In Vollziehung des von dem Großen Rathe unterm 12. Merz 1839 erlassenen Dekretes über die Aufhebung der in den Händen einzelner Korporationen und Privaten befindlichen Kollaturrechte und ihre Uebergabe an den Staat, 26. April 1839.

verordnet:

1. Die dem Staate zu übergebenden Kollaturpfarreien sind: Biglen, Büren, Segenstorf, Oberwyl bei Büren, Stettlen, Bächigen, Heimiswyl, Dießbach bei Thun, Spiez und Worb.

26. April  
1839.

2. Es soll über jede der obigen Kollaturen ein Inventarium der dazu gehörenden Vermögensstücke aufgenommen und in zwei Doppelten ausgefertigt werden, wovon das eine dem Kollator und das andere nebst den dazu gehörenden Urbarien und sonstigen ausschließlich darauf bezüglichen Titeln dem Staate zugestellt werden soll.

3. Das Finanzdepartement wird besondere Kommissarien bezeichnen, um in Verbindung mit dem Kollator diese Inventarien aufzunehmen, welche die genaue und vollständige Angabe und Beschreibung aller Vermögensgegenstände, Rechte und Beschwerden der betreffenden Kollatur enthalten sollen.

4. Diese Inventarien sollen bis längstens am 1. Herbstmonat 1839 von dem Abgeordneten des Finanzdepartements, dem Kollator und dem Pfarrer unterzeichnet, dem Finanzdepartement vorgelegt, und nach deren Genehmigung die förmliche Uebergabe, und für die Liegenschaften, so wie für die dinglichen Rechte und Dienstbarkeiten die gerichtliche Zufertigung veranstaltet und ausgefertigt werden.

5. Nach erfolgter Ausmittlung und Uebergabe einer Kollatur wird das Finanzdepartement sofort auf folgendem Fuße für die Verwaltung des Kollaturvermögens sorgen:

- a. Die Gebäude werden dem Pfarrer zur fernern ihrem Zwecke entsprechenden Benutzung überlassen.
- b. Das Erdreich, mit Ausnahme der Waldungen, und die zur Kollatur gehörenden Weid- und Allmentrechte werden dem Pfarrer gleich den übrigen Geistlichen des Kantons pachtweise zur Benutzung nach daherigen allgemeinen Vorschriften überlassen, und zwar die Gärten und eine halbe Sucharte

Pflanzland unentgeltlich, das übrige gegen einen billigen Zins. Das Finanzdepartement wird daher über obige Gegenstände eine Schätzung ihres Kapitalwerthes und jährlichen reinen Ertrages aufnehmen lassen, und dem Pfarrer den Betrag des letztern als Pachtzins auf seiner Besoldung jährlich abrechnen.

26. April  
1839.

- c. Dem Pfarrer verbleibt der fernere Bezug der Primizen, da, wo deren zu beziehen sind, nach einem billigen Anschlage, der ihm ebenfalls auf der Besoldung anzurechnen ist.
- d. Ebenso verbleibt dem Pfarrer der Bezug fixer oder urbarisirter Kollaturbeiträge unter Anrechnung auf der Besoldung.
- e. Die Waldungen und Holzrechte sind der Aufsicht und Verwaltung der Forstkommision zu überweisen. Aus diesen Waldungen und Holzrechten werden dem Pfarrer als Maximum jährlich zwölf Klafter Tannenholz angewiesen, und da, wo dieselben nicht hinreichen, aus der Staatswaldung ergänzt.
- f. Sämmtliche Lehengefälle und Zehnten sollen derjenigen Amtsschaffnerei zum Bezug und zur Verwaltung übergeben werden, in deren Bezirk die Kollatur liegt; die Weingefälle der Pfarrei Spiez sollen ausnahmsweise von der Amtsschaffnerei Thun bezogen werden, es sei denn, daß sie dem Pfarrer gegen einen verhältnißmäßigen Abzug an seiner Besoldung überlassen werden können. Das Lehenkommissariat hat für die Eintragung aller dieser Einkünfte in die Heisch- und Zehntrödel zu sorgen. Allfällige Kleinzehnten sollen vom Jahre 1840 hinweg aufgehoben sein.

26. April  
1839.

g. Die übergebenen Pfrundkapitalien sind dem obrigkeitlichen Zinsrodel einzuverleiben.

6. Durch den Eintritt der im Art. 1 hievor spezifizierten zehn Kollaturpfarreien in das Progressivsystem wird die Zahl der Klassenstellen der Progression, in Befolgung der Vorschrift des Art. 3 des Gesetzes vom 18. Christmonat 1824, vermehrt wie folgt:

Die erste	Klasse	.	um	Stellen	2
„ zweite	„	.	„	„	2
„ dritte	„	.	„	„	1
„ vierte	„	.	„	„	1
„ fünfte	„	.	„	„	1
„ sechste	„	.	„	„	1
„ siebente	„	.	„	„	2
					<hr/>
					Stellen 10

7. Die Dotationssumme für Besoldung der reformierten Geistlichkeit wird für obige zehn in die Progression tretenden Pfarreien vermehrt um die Summe der sechszehntausend Franken.

8. Unter den vom Staate übernommenen Kollaturpfarreien werden Oberdießbach, Büren, Worb und Biglen nach freier Wahl, Zegenstorf, Oberwyl, Stettlen, Bächigen, Spiez und Heimiswyl nach dem Range besetzt.

9. Gegenwärtige Verordnung soll den betreffenden Departementen und den Kollatoren sofort zur Vollziehung mitgetheilt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 26. April 1839.

Namens des Regierungsrathes,  
Der Schultheiß,  
**C. Neuhaus.**  
Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

# D e k r e t

über

## die Herabsetzung des Ohmgelds für geistige Getränke.

Der Große Rath der Republik Bern,

In der Absicht, die Erhebung des Ohmgeldes von geistigen Getränken auf zweckmäßigere Grundlagen zu stellen; 8. Mai  
1839.

in Betrachtung, daß nach der gemachten Erfahrung eine Ermäßigung dieses Ohmgeldes nothwendig ist;

auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Von jeder neuen Schweizermaß geistiger Getränke wird ein Ohmgeld bezahlt von einem Rappen von jedem nach der Beck'schen Probe sich erzeigenden Geistigkeitsgrade.

2. Liqueurs und geistige Getränke in Flaschen, welche nicht mit dieser Probe gewogen werden können, zahlen als Ohmgeld einen Baken auf die Flasche von einer halben Schweizermaß Halt, und, wenn sie in größern Gefäßen eingeführt werden, zwei Baken die Maß.

3. Der Regierungsrath ist beauftragt, eine Revision der verschiedenen das Ohmgeld betreffenden Gesetze und Verordnungen zu veranstalten. Unterdessen bleiben die dießfalls bestehenden Verordnungen, welche nicht durch obige Bestimmungen abgeändert werden, in Kraft.

8. Mai  
1839.

4. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekretes, wodurch dasjenige vom 30. Wintermonat und 1. Christmonat 1838 aufgehoben wird, beauftragt. Dasselbe tritt von nun an in Kraft, soll auf übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Sitzung des Großen Rathes, Bern den 8. Mai 1839.

Der Landammann,  
**M. v. Tüllier.**

Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

## D e k r e t

über

die Revision der Civil- und Kriminalgesetzgebung.

10. Mai  
1839.

Der Große Rath der Republik Bern,  
Auf den Vortrag der kombinierten Großenrathskommission, bestehend aus dem diplomatischen Departemente, der Justizsektion und der Gesetzgebungskommission,  
beschließt:

1. Die Revision sowohl der Civilgesetzgebung als der Kriminalgesetzgebung soll möglichst beschleunigt werden.
2. Zu diesem Ende wird eine permanente Gesetzgebungskommission von 21 Mitgliedern niedergesetzt. Dieselbe wird von dem Großen Rathe durch öffentliche Abstimmung frei aus allen Staatsbürgern gewählt. Die Wahl des Präsidenten bleibt der Kommission überlassen.



3. Diese weitere Kommission wählt aus ihrer Mitte eine engere Kommission von fünf Mitgliedern, um die der ersten vorzulegenden Gesetzesentwürfe vorzuberathen.

10. Mai  
1839.

4. Die engere Kommission ist ermächtigt, einen oder mehrere Redaktoren mit angemessenem Gehalte anzustellen.

5. Jeweilen vor Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs sind dem Großen Rathe durch die Gesetzgebungskommission die Grundzüge des Entwurfs zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen.

6. Die Gesetzgebungskommission hat das von der vormaligen Regierung unterm 10. Dezember 1818 erlassene Berathungsreglement einer Revision zu unterwerfen, dasselbe den jetzigen Verhältnissen anzupassen und dem Großen Rathe zur Sanktion vorzulegen.

7. Die bisherige Gesetzgebungskommission soll in Hinsicht auf den von ihr bereits bearbeiteten Entwurf eines Strafgesetzbuchs die ihr übertragenen Funktionen fortsetzen.

8. Dieses Dekret soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern, den 10. Mai 1839.

Der Landammann,  
**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

---



---

**V e r o r d n u n g**  
über  
die Verlegung der Herbstkommunion.

---

Der Regierungsrath der Republik Bern,  
20. Mai 1839. In Vollziehung des Dekrets des Großen Rathes vom 8. Dezember 1838, und in der Absicht, die Feier der Herbstkommunion dem Vettage näher zu bringen, beschließt:

1. Die Herbstkommunion wird von nun an jeweiligen an den zwei dem eidgenössischen Vettage unmittelbar vorangehenden Sonntagen gefeiert werden.

2. Zu den Gerichtsferien gehören sieben Tage vor dem ersten bis sieben Tage nach dem zweiten Kommunionstage im Herbstmonat; dagegen ist zufolge Großrathsbeschlusses vom 8. Dezember leßthin, das vierte Glied der Sakung 116 des Civilprozesses aufgehoben.

Gegeben in Bern, den 20. Mai 1839.

Der Schultheiß,  
**C. N e u h a u s.**

Der zweite Rathsschreiber,  
**M. v. Stürler.**

---

# Kreis schreiben

des

## Regierungsrathes über die Entrichtung der Heirathseinzuggelder.

Herr Regierungstatthalter!

Nachdem der Große Rath durch das Dekret vom 20. Mai 30. Wintermonat 1838 den Grundsatz der Gleichstellung der Schweizerbürger aus den reziprozirenden Kantonen mit den eigenen Kantonsangehörigen in Bezug auf die Entrichtung des Heirathseinzuggeldes festgesetzt hatte, beeilte sich der Regierungsrath, von den Regierungen der sämtlichen Mitstände über die in Betreff des Einzuggeldes in den einzelnen Kantonen bestehenden Verhältnisse Aufschluß zu verlangen, damit die Vollziehung jenes Dekrets den Gemeinden erleichtert werde.

Es sind nunmehr von den sämtlichen Mitständen die verlangten Aufschlüsse eingelangt, und aus den dießfalligen amtlichen Berichten geht hervor, daß in den Kantonen Zürich, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf die einheirathenden Bernerinnen in Bezug auf die ökonomischen Leistungen den dortseitigen Kantonsangehörigen gleichgestellt seien, so daß die Angehörigen dieser Kantone bei ihrer Heirath mit einem hiesigen Kantonsbürger der Gemeinde des Lehtern das nämliche Einzuggeld zu entrichten haben, welches von den eigenen Kantonsbürgerinnen, die sich im Falle der Entrichtung eines Einzuggeldes befinden, gefordert wird.

20. Mai  
1839.

Dagegen erzeigt er sich, daß in den Kantonen Uri, Schwyz, Unterwalden (Ob und Nid dem Wald), Glarus, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel (Stadt und Landschaft), Appenzell (beide Rhoden) und Thurgau die einheirathenden Bernerinnen in Hinsicht der ökonomischen Leistungen den dortseitigen Kantonsangehörigen nicht gleich gestellt seien, so daß die Angehörigen dieser Kantone bei ihrer Heirath mit einem hiesigen Kantonsbürger dasjenige Einzuggeld zu bezahlen haben, welches den Schweizerbürgerinnen, die nicht das Recht der Gleichstellung anzusprechen haben, durch das Gesetz zu entrichten auferlegt ist.

Sie werden beauftragt, einem jeden Pfarramte, einer jeden Burgergemeinde und einem jeden Unterstatthalter Ihres Amtsbezirkes zu ihrem Verhalte ein Exemplar dieses Kreisschreibens mitzutheilen, zu welchem Ende die erforderliche Anzahl dem gegenwärtigen Schreiben beigelegt wird.

Bern, den 20. Mai 1839.

Namens des Regierungsraths,

Der Schultheiß,

**C. Neuhaus.**

Der zweite Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

# Kreisreiben

des

Regierungsraths, betreffend die Bekanntmachung  
der Gemeindeversammlungen.

Herr Regierungstatthalter!

Durch das hierseitige Kreisreiben vom 6. Brachmonat 1838 (Gesetze und Dekrete, achter Band, Seite 182) wurde vorgeschrieben, daß die Bekanntmachung der ordentlichen Gemeindeversammlungen keiner Bewilligung des Regierungstatthalters bedürfe, hingegen für außerordentliche Versammlungen diese Bewilligung eingeholt werden solle. Die seitherige Erfahrung hat aber gezeigt, daß diese Vorschrift nicht gehörig gehandhabt werden kann, weil in den Bekanntmachungen selten bemerkt wird, ob es um eine ordentliche oder außerordentliche Versammlung zu thun sei, so daß die Direktion des Amtsblattes nicht weiß, ob sie die ihr zukommenden mit keiner Bewilligung des Regierungstatthalters versehenen Bekanntmachungen aufnehmen soll oder nicht. Nach hierüber angehörtem Vortrage des Departements des Innern haben wir daher nothwendig gefunden, in Abänderung des ob erwähnten Kreisreibens vom 6. Brachmonat 1838, der Direktion des Amtsblattes die Weisung zu geben, in Zukunft keine Bekanntmachungen von Gemeindeversammlungen aufzunehmen, als solche, welche mit der Bewilligung des Regierungstatthalters versehen sind.

27. Mai  
1839.

27. Mai  
1839.

Sie, Herr Regierungsstatthalter, werden hievon die Gemeinden Ihres Amtsbezirkes zu ihrem Verhalte in Kenntniß setzen, ihnen aber zugleich bemerken, daß die reglementarisch festgesetzten ordentlichen Versammlungen der Bekanntmachung durch das Amtsblatt nicht bedürfen, es wäre denn der Fall, daß in denselben außerordentliche Gegenstände behandelt werden sollen.

Bern, den 27. Mai 1839.

Namens des Regierungsraths,

Der Schultheiß,

**C. Neuhauß.**

Der zweite Rathsschreiber,

**M. v. Stürler.**

## **V e r o r d n u n g**

über

den Kornmarkt in Bern.

31. Mai  
1839.

Der Regierungsrath der Republik Bern,

In Betrachtung, daß die Vorschriften der Kornmarktordnung über das obligatorische Messen und Wägen des Getreides, als die Ausmittelung des Brodpreises bezweckend, nach erfolgter Aufhebung der Brodtaxe nicht mehr anwendbar sind, daß jedoch die Ermittlung eines Mittelpreises fernerhin nothwendig bleibt;

auf angehörten Vortrag der Polizeisektion des Justiz- und Polizeidepartements und des Finanzdepartements,  
beschließt:

1. Es wird für den Getreidemarkt der Stadt Bern ein obrigkeitlicher Kornmarktinspektor aufgestellt, welchem

alle auf demselben stattfindenden Verkäufe jeder Art von Getreide mit Angabe des Quantum und Preises angezeigt werden sollen. 31. Mai 1839.

2. Der Kornmarktinспекtor führt hierüber eine detaillirte, sorgfältige Kontrolle.

3. Die Betreffenden sind nicht mehr gehalten, das Getreide auf dem hiesigen Kornmarke messen und wägen zu lassen, es sei denn, daß über die Richtigkeit der Angaben Zweifel obwalten. In diesem Falle soll das Getreide in Hinsicht auf Qualität und Quantität genau untersucht werden, und zwar auf Kosten des im Unrecht Erfundenen.

4. Der jeweilige Mittelpreis wird dadurch bestimmt, daß der Totalbetrag des Erlöses jeder Getreideart durch die Totalzahl der davon verkauften Malter oder Viertel dividirt wird.

Das auf diese Weise auszumittelnde Ergebnis jedes Markttages wird wöchentlich im Amtsblatte angezeigt.

5. Der Kornmarktinспекtor wird auf den Vorschlag des Finanzdepartements durch den Regierungsrath ernannt und bezieht aus der Staatskassa eine jährliche Besoldung von Fr. 250.

6. Auf Widerhandlungen gegen die in gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Vorschriften, ist eine Buße von Franken 4 bis Franken 40 gesetzt. Vergehen, welche unter das Strafgesetz fallen, sollen nach demselben geahndet werden. Die eine Hälfte der Bußen fällt dem Verleider, die andere dem Staate anheim. Sie fallen ganz dem Fiskus zu, wenn der Verleider ein Beamteter ist.

Wenn wegen Armuth eine Buße nicht bezahlt wird, soll sie mit Gefangenschaft abverdient werden und zwar der Betrag von je Franken 4 mit vier und zwanzig Stunden.



31. Mai  
1839.

7. Diese Verordnung, wodurch diejenige vom 17. Dezember 1817 aufgehoben wird, und mit deren Vollziehung das Finanzdepartement beauftragt ist, tritt vom Tage der Bekanntmachung an in Kraft. Dieselbe soll gedruckt, auf übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 31. Mai 1839.

Namens des Regierungsraths,  
Der Schultheiß,  
**C. Neuhaus.**  
Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

## Kreis schreiben

des

Regierungsrathes, betreffend die öffentlichen Versammlungen an Sonntagen.

Herr Regierungsstatthalter!

3. Juni  
1839.

Wir sind auf den Uebelstand aufmerksam gemacht worden, daß die Uebung einreise, öffentliche Zusammenkünfte, wie Gemeinds- und Korporationsversammlungen, Schauspiele und dergleichen an Sonntagen und so zu veranstalten, daß der sonntägliche Gottesdienst und namentlich die Kinderlehren dadurch gestört werden.

Wir ertheilen Ihnen demnach den Auftrag, die Abhaltung von solchen Zusammenkünften an Sonntagen nur insofern zu gestatten, als sie während der gottesdienst-

lichen Verrichtungen nicht stattfinden und dieselben auf 3. Juni  
keine Weise stören. 1839.

Bern, den 5. Brachmonat 1839.

Der Schultheiß,  
**C. Neuhaus.**

Der erste Rathsschreiber,  
**J. F. Stapfer.**

## K r e i s s c h r e i b e n

des

Regierungsrathes über die Einsendung der ärzt-  
lichen Sektionsberichte.

**E i t.**

Das Obergericht hat uns auf den Uebelstand aufmerk- 5. Juni  
sam gemacht, daß ärztliche Sektionsberichte oft erst am 1839.  
Schlusse der Prozedurakten eingesendet werden, wodurch  
jede Nachholung der mangelnden Requisite durch noch-  
malige Besichtigung des Leichnams unmöglich werde.  
Um dem daherigen Mangel gesetzlicher Vorschriften abzu-  
helfen, finden wir uns nun veranlaßt, Ihnen die Weisung  
zu ertheilen, unverzüglich eine Abschrift aller solcher ärzt-  
licher Befinden und Sektionsberichte alsobald nach ihrer  
Ausfertigung dem Sanitätskollegium einzusenden.

Bern, den 5. Brachmonat 1839.

Der Schultheiß,  
**C. Neuhaus.**

Der erste Rathsschreiber,  
**J. F. Stapfer.**



---

**D e k r e t**

über

die Revision der Civilprozeßform und die Bearbeitung eines Handelsgesetzes.

---

25. Juni  
1838.

Der Große Rath der Republik Bern,  
Auf den Vortrag der kombinirten Großrathskommission, bestehend aus dem diplomatischen Departemente, der Justizsektion und der Gesetzgebungskommission,  
beschließt:

1. Die Vervollständigung und Revision der Civilgesetzgebung sowohl als diejenige der Kriminalgesetzgebung soll möglichst beschleunigt, die Civilprozeßform sofort einer neuen Revision unterworfen und ohne längern Verzug zu Bearbeitung eines Handelsgesetzbuches geschritten werden.

2. Dieses Dekret soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 25. Brachmonat 1839.

Der Landammann,  
**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

---

## Freizügigkeitsvertrag

zwischen

der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem  
Herzogthum Anhalt-Bernburg.

### Eidgenössische Erklärung.

Der eidgenössische Vorort ist Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft mit der herzoglich-anhalt-bernburgischen Staatsregierung in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen. 20. Sept. 1839.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Herzogthum Anhalt-Bernburg oder umgekehrt aus dem Herzogthum Anhalt-Bernburg in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

20. Sept.  
1839.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der herzoglich-anhalt-bernburgischen Staatsregierung zwei Mal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Zürich, den ersten Hornung eintausend achthundert neun und dreißig (1839).

Bürgermeister und Staatsrath des Kantons Zürich,  
als eidgenössischer Vorort,  
in deren Namen,

Der Amtsbürgermeister,  
(L. S.) **J. J. Hess.**  
Der Kanzler der Eidgenossenschaft,  
**Am Rthn.**

Für getreue Abschrift,  
der eidgenössische Kanzler,  
**Am Rthn.**

## Erklärung der Landesregierung des Herzogthums Anhalt-Bernburg.

Die herzoglich-anhalt-berenburgische Regierung ist mit dem eidgenössischen Vororte Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen: 20. Sept. 1839.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus dem Herzogthume Anhalt-Bernburg in die schweizerische Eidgenossenschaft oder umgekehrt aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Herzogthum Anhalt-Bernburg gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch

20. Sept. 1839. alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der herzoglich-anhalt-bernburgischen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft zwei Mal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Bernburg, am 19. März 1839.

(L. S.)

Herzoglich-anhaltische zur Landesregierung verordnete Geheimerath, Kanzler, Direktor und Rätthe.

**von Kersten.**

**Nettelbeck.**

Für getreue Abschrift,  
der eidgenössische Kanzler,  
**Am Rhyn.**

## Freizügigkeitsvertrag

zwischen

der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem  
Herzogthum Anhalt-Köthen.

### Eidgenössische Erklärung.

Der eidgenössische Vorort ist Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft mit der herzoglich-anhalt-köthen-schen Staatsregierung in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

20. Sept.  
1839.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Herzogthum Anhalt-Köthen oder umgekehrt aus dem Herzogthum Anhalt-Köthen in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen ohne Rücksicht auf Vermögensexportation entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

20. Sept.  
1839.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der herzoglich-anhalt-köthenschen Staatsregierung zwei Mal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Zürich, den ersten Hornung eintausend achthundert neun und dreißig (1839).

Bürgermeister und Staatsrath des Kantons Zürich,  
als eidgenössischer Vorort,  
in deren Namen,

Der Amtsbürgermeister,

(L. S.) J. J. Seß.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Am Mhyn.

Für getreue Abschrift,  
der eidgenössische Kanzler,

Am Mhyn.



## Erklärung der Landesregierung des Herzogthums Anhalt-Köthen.

Mit höchster Genehmigung Sr. ältestregierenden herzoglichen Durchlaucht zu Anhalt ist zwischen der herzoglich-anhalt-köthenschen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft, wegen einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit, nachstehende Uebereinkunft abgeschlossen worden. 20. Sept. 1839.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus dem Herzogthum Anhalt-Köthen in die schweizerische Eidgenossenschaft oder umgekehrt aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Herzogthum Anhalt-Köthen gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten, Schenkungen eingeführt sind oder noch eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen ohne Rücksicht auf Vermögensexportation entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch



20. Sept. 1839. alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig betrachtet werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der herzoglich-anhalt-köthenschen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Köthen, am 17. Juli 1838.

Herzoglich-anhaltische zur Landesregierung verordnete  
Präsident und Rätthe.

(Sign.) — von Albert.

(L. S.)

(Sign.) — (Unleserlich.)

Für getreue Abschrift,  
der eidgenössische Kanzler,  
Am Rhyn.

## Beschuß des Regierungsraths.

Der Regierungsrath der Republik Bern  
verordnet:

Die vorstehenden am 3. und 27. April 1839 zwischen 20. Sept.  
den respektiven Bevollmächtigten gewechselten Erklärungen 1839.  
über die gegenseitige Freizügigkeit zwischen der  
schweizerischen Eidgenossenschaft und den Herzogthümern  
Anhalt-Bernburg und Anhalt-Köthen, zu denen der  
Große Rath des Kantons Bern, Namens dieses Standes,  
unterm 20. Juni 1839 und 29. November 1838  
seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an in dem  
ganzen Gebiete der Republik in Vollziehung treten und  
zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung der Gesetze  
und Dekrete eingerückt werden.

Bern, den 20. September 1839.

Namens des Regierungsrathes,  
Der Vice-Präsident,  
**Fischer.**

Für den ersten Rathsschreiber,  
**H. Hermann.**

## Freizügigkeitsvertrag

zwischen

der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem  
Königreich Belgien.

### Eidgenössische Erklärung.

20. Sept.  
1839.

Wir, Bürgermeister und Staatsrath des  
Kantons Zürich, als wirklicher Vorort der schwei-  
zerischen Eidgenossenschaft,

urfunden anmit:

Nachdem die am fünfzehnten Christmonat des Jahres  
eintausend achthundert dreißig und acht zu Paris zwischen  
der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich  
Belgien, und zwar Namens der schweizerischen Eidge-  
nossenschaft, durch Herrn Georg von Eschann, schwei-  
zerischem Geschäftsträger bei Sr. Maj. dem König der  
Franzosen *rc. rc. rc.* und von Seite Sr. Maj. des  
Königs der Belgier, durch Seine Excellenz den Herrn  
Carl, Amé, Joseph, Grafen de Hon, königlich-belgi-  
schem außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem  
Minister bei Sr. Maj. dem König der Franzosen *rc. rc. rc.*  
in Bezug auf die gegenseitige Abschaffung des Abzug-  
rechtes zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und  
dem Königreich Belgien abgeschlossene und unterzeichnete  
Uebereinkunft den eidgenössischen Ständen mitgetheilt  
worden ist, so wie nachdem die in die Protokolle des  
eidgenössischen Vororts aufgenommenen Erklärungen  
dieser Kantone sich in hinreichender Anzahl vorfinden,  
um als Beitritt der schweizerischen Eidgenossenschaft zu  
einem solchen Vertrage angesehen werden zu können; —

so bezeugen und versichern wir, Kraft dieser Erklärungen, daß die vorerwähnte Uebereinkunft, so wie dieselbe durch die respektiven Bevollmächtigten unterzeichnet wurde und von Wort zu Wort folgendermaßen lautet:

20. Sept.  
1839.

1. Alle unter dem Namen *Jus detractus*, *gabella hereditaria*, et *census emigrationis* bekannten Abgaben sollen im Fall von Erbschaft, Schenkung, Kauf, Auswanderung, so wie in allen andern Fällen, nicht mehr abgefordert und erhoben werden, so oft es sich um Ausziehung des Vermögens aus den Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Königreich Belgien oder aus diesem in die benannten Kantone, in ihrer ganzen, sowohl gegenwärtigen als zukünftigen Ausdehnung, handelt; indem alle und jede Abgaben dieser Art zwischen den beiden Ländern aufgehoben sein sollen.

2. Diese Bestimmung soll sich nicht nur auf diejenigen Abgaben und Gebühren dieser Art erstrecken, welche bisher den Staatskassen zugefallen sind, sondern auch auf diejenigen, welche bisher von einzelnen Provinzen, Städten, Gerichtsherrlichkeiten, Korporationen, Bezirken, Kreisen oder Gemeinden bezogen worden sein mögen, so daß die respektiven Angehörigen, die ihr Vermögen ausführen, oder denen unter irgend welchem Titel solches in dem einen oder andern Lande zufällt, dießfalls keinen andern Abgaben unterworfen sein sollen, als denjenigen, welche bei Erbschaft, Kauf oder Handänderung von den Einwohnern der schweizerischen Kantone oder des Königreichs Belgien den bestehenden oder in Zukunft in den beiden Ländern zu erlassenden Reglementen und Verordnungen gemäß, gleichfalls entrichtet werden müssen.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ihre Anwendung finden auf die zukünftigen Vermögensanfälle

20. Sept. und auf jede Vermögensexportation im Allgemeinen,  
1839. insofern dieselbe nicht bereits bewerkstelligt ist.

4. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen in dem Zeitraum von zwei Monaten, oder, wenn es möglich ist, noch früher ausgetauscht werden.

Zur Urkund dessen haben die respectiven Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und derselben ihr Familiensiegel beigeschrieben.

So geschehen und doppelt ausgefertigt zu Paris am 15. Christmonat des Jahres 1838.

**Georg von Tschann.**

(L. S.)

**Graf Le Hon.**

(L. S.)

ihrem ganzen Inhalte nach durch die schweizerische Eidgenossenschaft angenommen, gutgeheissen und ratifizirt ist; wir versprechen desnach, daß dieselbe treu und redlich beobachtet werden soll.

Zu Urkund dessen ist gegenwärtiger Akt durch den Amtsbürgermeister, Präsidenten der schweizerischen Tagsatzung und des eidgenössischen Vorortes unterzeichnet, durch den Kanzler gegengezeichnet und mit dem Siegel der schweizerischen Eidgenossenschaft versehen worden, in Zürich, den fünften April des Jahres eintausend achthundert dreißig und neun (5. April 1839).

Im Namen von Bürgermeister und Staatsrath  
des Kantons Zürich,

als eidgenössischer Vorort;

Der Amtsbürgermeister,

(L. S.)

**J. J. Hess.**

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

**Am Rhyn.**

Für getreue Uebersetzung,

Der eidgenössische Kanzler,

**Am Rhyn.**

# Erklärung des Königs der Belgier.

**Leopold**, König der Belgier,  
allen Gegenwärtigen und Zukünftigen Unsern Gruß.

Nach Kenntnißnahme und Prüfung der Uebereinkunft, — unterzeichnet zu Paris am fünfzehnten Christmonat des Jahres eintausend achthundert dreißig und acht, durch unsern mit besondern Vollmachten versehenen Bevollmächtigten und durch den von Ihren Excellenzen, dem Schultheiß und dem Staatsrath des Kantons Luzern, als eidgenössischem Vorort, ebenfalls mit gehörigen Vollmachten versehenen Bevollmächtigten, — welche Uebereinkunft die gegenseitige Befugniß, Verlassenschaften antreten und Vermögen erwerben zu können, zwischen dem Königreich Belgien und der schweizerischen Eidgenossenschaft näher bestimmt, und deren Wortlaut hier folgt :

20. Sept.  
1839.

Seine Majestät der König der Belgier, einerseits, und Ihre Excellenzen der Schultheiß und der Staatsrath des Kantons Luzern, als Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft, andrerseits, von dem Wunsche beseelt, die Grundsätze festzusetzen, nach welchen die respektiven Einwohner der beiden Staaten gegenseitig befugt sein sollen, Verlassenschaften anzutreten und Vermögen zu erwerben, und ihr Vermögen aus dem einen Staate in den andern auszuführen; — haben in dieser Absicht zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich :

Seine Majestät der König der Belgier, den Herrn Carl, Amé, Joseph, Grafen Le Hon, Offizier seines Ordens, Inhaber des eisernen Kreuzes, Großoffizier des königlich-französischen Ordens der Ehrenlegion, Großkreuz des königlich-spanischen Ordens von Carl III, sein außerordentlicher Gesandter und bevoll-



20. Sept. 1839. mächtigster Minister bei Sr. Majestät dem König der Franzosen 2c. 2c. 2c.

und Ihre Excellenzen der Schultheiß und der Staatsrath des Kantons Luzern, als Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft, den Herrn Georg von Eschann, Geschäftsträger der schweizerischen Eidgenossenschaft bei Sr. Majestät dem König der Franzosen 2c. 2c. 2c.

welche nach Auswechslung ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden worden, —

die folgende Uebereinkunft festgesetzt und abgeschlossen haben :

1. Alle unter dem Namen *Jus detractus*, *gabella hereditaria* et *census emigrationis* bekannten Abgaben sollen im Fall von Erbschaft, Schenkung, Kauf, Auswanderung, so wie in allen andern Fällen, nicht mehr abgefordert und erhoben werden, so oft es sich um Ausziehung des Vermögens aus dem Königreich Belgien in die Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft, oder aus diesen in die belgischen Staaten, in ihrer ganzen, sowohl gegenwärtigen als zukünftigen Ausdehnung, handelt; indem alle und jede Abgaben dieser Art zwischen den beiden Ländern aufgehoben sein sollen.

2. Diese Bestimmung soll sich nicht nur auf diejenigen Abgaben und Gebühren dieser Art erstrecken, welche bisher den Staatskassen zugefallen sind, sondern auch auf diejenigen, welche bisher von einzelnen Provinzen, Städten, Gerichtsherrlichkeiten, Korporationen, Bezirken, Kreisen oder Gemeinden bezogen worden sein mögen, so daß die respectiven Angehörigen, die ihr Vermögen ausführen, oder denen unter irgend welchem Titel solches in dem einen oder andern Lande zufällt, dießfalls keinen andern Abgaben unterworfen sein sollen, als denjenigen, welche bei Erbschaft, Kauf oder Hand-

änderung von den Einwohnern des Königreichs Belgien oder der schweizerischen Kantone, den bestehenden oder in Zukunft in den beiden Ländern zu erlassenden Reglementen und Verordnungen gemäß, gleichfalls entrichtet werden müssen.

20. Sept.  
1839.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ihre Anwendung finden auf die zukünftigen Vermögensanfälle und auf jede Vermögensexportation im Allgemeinen, insofern dieselbe nicht bereits bewerkstelligt ist.

4. Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt, und die Ratifikationen sollen in dem Zeitraum von zwei Monaten, oder, wenn es möglich ist, noch früher, ausgewechselt werden.

Zur Urkund dessen haben die respectiven Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und derselben ihr Familiensiegel beigeschrieben.

So geschehen und doppelt ausgefertigt zu Paris am 15. Christmonat des Jahres 1838.

**Graf Le Ron.**

(L. S.)

**G. de Tschann.**

(L. S.)

Genehmigen wir die vorstehende Uebereinkunft in allen und jeden darin enthaltenen Bestimmungen und erklären sowohl für uns als unsere Erben und Nachfolger, daß sie gutgeheißen, angenommen, ratifizirt und bestätigt ist, so wie wir dieselbe durch gegenwärtigen von uns eigenhändig unterzeichneten Akt gutheißen, annehmen, ratifiziren und bestätigen. Wir versprechen bei unserem königlichen Worte, daß wir dieselbe unverbrüchlich beobachten und beobachten lassen werden, ohne jemals dawider zu handeln oder zuzugeben, daß mittelbar oder unmittelbar, aus welcher Ursache oder unter



20. Sept. 1839. welchem Vorwande es immer sein mag, dawider gehandelt werde.

Zu Urkund dessen haben wir unser Siegel diesem Akt beidrücken lassen. Gegeben in unserem Schlosse zu L'Aefen am fünfzehnten Tag des Monats Januar im Jahre 1839.

**L e o p o l d.**

(L. S.)

Für den König:

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten  
und des Innern,  
**de Theur.**

Für getreue Uebersetzung,  
Der eidgenössische Kanzler,  
**Am Rhyn.**

## Beschluss des Regierungsrathes.

Der Regierungsrath der Republik Bern  
verordnet:

Die vorstehenden, am 29. Mai 1839 zu Paris zwischen den respektiven Bevollmächtigten gewechselten, Erklärungen über die gegenseitige Freizügigkeit zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Belgien, zu denen der Große Rath des Kantons Bern am 20. Februar dieses Jahres seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an in dem ganzen Gebiete der Republik

in Vollziehung treten und zu Jedermanns Verhalt in 20. Sept.  
die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden. 1839.

Bern, den 20. September 1839.

Namens des Regierungsrathes,  
Der Vice-Präsident,  
**Tscharner.**  
Für den ersten Rathsschreiber,  
**H. Hermann.**

## **D e k r e t**

über

die Theilung der Gemeinde Thurnen in zwei  
Urversammlungen.

Der Große Rath der Republik Bern,

Auf den Antrag von Regierungsrath und Sechs- 28. Novemb.  
zehner, 1839.

in Betrachtung:

daß nach §. 37 der Verfassung die Kirchgemeinden,  
welche mehr als 2000 Seelen enthalten, in mehrere  
Urversammlungen abgetheilt werden können;

daß sonach der Wunsch der Berggemeinden Riggis-  
berg und Rütli, in dem an 3945 Seelen zählenden  
Kirchspiele Thurnen eine eigene Urversammlung bilden  
zu dürfen, nicht nur gesetzlich begründet ist, sondern  
auch durch ihre Entfernung von letztem Orte noch  
insbesondere empfohlen wird,

beschließt:

1. Die bisherige Urversammlung von Thurnen  
zerfällt fortan in zwei Urversammlungen, wovon die

28. Novemb. 1839. eine, die Gemeinden Kaufdorf, Rümlingen, Kirchthur-  
nen, Mühlethurnen, Lohnstorf und Burgstein umfas-  
send, zu Thurnen, die andere, aus den Angehörigen  
der Gemeinden Riggisberg und Rütli bestehend, zu  
Riggisberg sich versammeln soll.

2. Die kirchlichen und Gemeindsverhältnisse aller  
dieser Ortschaften erleiden hierdurch keine Aenderung.

3. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung  
dieses in den betreffenden Bezirken bekannt zu machenden  
und in die Gesetzesammlung aufzunehmenden Dekrets  
beauftragt.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern, den 28. Wintermonat 1839.

Namens des Großen Rathes,  
Der Landammann,  
**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,  
**Sünerwadel.**

---

## D e k r e t

über

die Trennung der Gemeinde Romont vom Amts-  
bezirk Büren.

---

Der Große Rath der Republik Bern,  
in Betrachtung:

Daß die zu Pieterlen kirchspännige Gemeinde Romont,  
sowohl ihrer geographischen Lage und historischen Ver-

hältnisse als ihrer Sprache nach dem französischen Land- 28. Novemb.  
bestheile angehört; 1839.

daß die Bedürfnisse dieser Gemeinde in Bezug auf Kirche, Schule und Verwaltung mit dem Wunsche ihrer Bevölkerung nach einer Trennung von dem deutschen Bezirke Büren und dem Kirchspiele Pieterlen zusammentreffen;

auf den Antrag von Regierungsrath und Sechszehner,

beschließt:

1. Die Gemeinde Romont wird sowohl in kirchlicher als administrativer Beziehung von dem Amtsbezirke Büren getrennt und fortan dem Amtsbezirke Courtelary einverleibt.

2. Der Regierungsrath ist angewiesen, in einem nachträglichen Dekretsentwurfe die nothwendigen gesetzlichen Bestimmungen zu Vollziehung dieses Beschlusses zu beantragen.

3. Dieses Dekret, wodurch die im §. 1 des Dekrets vom 6. April 1816 eingeflossene entgegengesetzte Bestimmung aufgehoben wird, soll in den Aemtern Büren und Courtelary bekannt gemacht und der Gesetzesammlung einverleibt werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern, den 28. Wintermonat 1839.

Der Landammann,  
**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

## D e k r e t

über

die Stipulirung von Aktenstücken in Fällen, wo  
die Notarien zu den Contrahenten in Verwandt-  
schaft stehen.

Der Große Rath der Republik Bern,  
in Betrachtung:

Der Nothwendigkeit einerseits, den Verwandtschafts-  
28. Novemb. grad näher zu bestimmen, in welchen den Notarien nach  
1839. §. 1 des dritten Titels des zweiten Theils des Emolu-  
mentarifs von 1813 die Abnahme der von verwandt-  
schaftlichen Parteien ihnen übergebenen Verträge unter-  
sagt sein soll; und

andrerseits, dem Uebelstande vorzubeugen, daß eine  
unbedingte Anwendung der aufzustellenden Vorschriften  
hierüber für die betreffenden Contrahenten die Unmög-  
lichkeit zur Folge habe, ihre Verträge verschreiben lassen  
zu können;

auf den Antrag der Justizsektion und nach erfolgter  
Vorberathung durch den Regierungsrath,  
beschließt:

1. Die Stipulation von Verträgen ist, bei Strafe  
der Ungültigkeitserklärung und unter Folge des Scha-  
densersatzes, den Amtsnotarien in allen denjenigen Fällen  
untersagt, in welchen sie mit der einen oder andern der  
contrahirenden Parteien in den durch die Satzung 225  
des Gesetzbuches über das Verfahren in Civilrechtsachen  
bestimmten Graden verwandt oder verschwägert sind.

2. Den Contrahenten wird in Fällen, wo sie wegen  
zu naher Verwandtschaft oder Schwägerschaft sich keines

der in ihrem Amtsbezirke befindlichen Amtsnotarien 28. Novemb. 1839. bedienen können, gestattet, den zu schließenden Vertrag durch einen beliebigen Amtsnotar eines andern benachbarten Amtsbezirks verschreiben zu lassen.

3. Die Amtsnotarien sind in solchen Fällen ausnahmsweise und in Abweichung von der gesetzlichen Regel, wonach Verträge über unbewegliche Sachen durch einen Amtsnotar desjenigen Amtsbezirkes verschrieben werden sollen, wo der Vertragsgegenstand, oder der größere Theil desselben gelegen ist, ermächtigt, Verträge auch über solche unbewegliche Sachen zu verschreiben, welche außerhalb des Amtsbezirkes gelegen sind, auf welchen ihr Patent lautet. Sie sollen sich aber jedesmal den Umstand, daß die Contrahenten wegen verwandtschaftlicher oder schwägerschaftlicher Verhältnisse sich keines der in ihrem Amtsbezirke befindlichen Amtsnotarien haben bedienen können, durch den Amtsschreiber desjenigen Amtsbezirkes, in welchem der Vertragsgegenstand liegt, gehörig bescheinigen lassen, und solches sowohl in dem Konzepte als in der Ausfertigung des Vertrages ausdrücklich anmerken.

4. Im Uebrigen hat der Amtsnotar in einem solchen Falle die gleichen Obliegenheiten zu erfüllen, wie bei andern Verträgen, welche ihm zur Verschreibung aufgegeben werden. Er hat also namentlich dafür zu sorgen, daß der Vertrag innert der gesetzlich vorgeschriebenen Frist dem betreffenden Untergericht zur Fertigung vorgelegt und sodann dem Amtsschreiber zur Einschreibung in das Grundbuch zugestellt werde.

5. Den Amtsschreibern und Untergerichten wird zur Pflicht gemacht, über die pünktliche Befolgung obiger Vorschriften zu wachen.

28. Novemb. 1839. 6. Dieses Gesetz tritt vom Tage seiner Publikation hinweg für denjenigen Theil des Kantons, wo das bernische Civilgesetzbuch eingeführt ist, in Kraft, und soll auf übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern, den 28. Wintermonat 1839.

Der Landammann:

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**Hünerwadel.**

## **R e g l e m e n t**

für

die Gesetzgebungskommission.

4. Dezember 1839. Der Große Rath der Republik Bern,  
in Betracht, daß das vom 10. Christmonat 1818  
datirte Verathungsreglement der damaligen Gesetzgebungs-  
kommission einer Revision bedarf;

auf den Antrag der am 10. Mai 1839 aufgestellten  
weiteren Gesetzgebungskommission,

beschließt:

### **I. Gesetzgebungskommission.**

A. Bildung der weiteren und engeren Gesetzgebungs-  
kommission.

1. Die vom Großen Rathe ernannte weitere Gesetzgebungs-  
kommission wählt die fünf Mitglieder der engeren

Kommission aus ihrer eigenen Mitte, durch unbedingte 4. Dezember  
Stimmenmehrheit, vermitteltst geheimer Abstimmung für 1839.  
jede einzelne Stelle.

2. Jede Kommission ernennt ihren Präsidenten und Vice-Präsidenten. Das Sekretariat beider Kommissionen wird durch einen von der weitem Kommission mit angemessenem Gehalte zu bestellenden Sekretär versehen.

3. Die engere Kommission hat — außer der ihr durch §. 4 des Großrathsbeschlusses vom 10. Mai 1839 erteilten Befugniß zu Anstellung eines oder mehrerer Redaktoren — das Recht, auch von andern Personen Befinden oder Berichte einzuholen, solche zur Berathschlagung beizuziehen und für ihre Arbeiten, Reisen und Versäumnisse billig zu entschädigen. Ihren Berathungen mögen die Mitglieder der weitem Kommission als Zuhörer beiwohnen. Ein Stimmrecht steht jedoch nur den Mitgliedern der engern Kommission selbst zu.

4. Allen Verhandlungen der weitem Kommission wohnt die engere, den Berathungen derselben, welche übrigens jederzeit öffentlich abzuhalten sind, auch der Redaktor bei, Letzterer jedoch auch hier ohne Stimmrecht, falls er nicht Mitglied der Kommission ist.

#### B. Berathung durch die engere Kommission.

5. Die engere Kommission wird jeweilen, bevor sie die Berathung eines Gesetzesentwurfes beginnt, sich durch den Redaktor die Grundzüge desselben vorlegen lassen und diese, wie sie aus ihrer Verhandlung hervorgegangen, nebst einem erläuternden Gutachten, der weitem Kommission zu dem im §. 5 des Beschlusses vom 10. Mai 1839 genannten Zwecke einreichen.



4. Dezember  
1839.

6. Sind diese Grundzüge von der kompetenten Behörde genehmiget worden, so hat die Kommission vor Allem aus den ihr vom Redaktor einzureichenden systematischen Plan seiner Arbeit in Berathung zu ziehen, ohne jedoch an ihre diesförtigen Bestimmungen gebunden zu sein, falls sie bei spätern Verhandlungen eine Abänderung derselben für zweckmäßig erachtet.

7. Wenn der Redaktor hierauf einen oder mehrere Abschnitte eines Gesetzesentwurfes, welche für sich ein zusammenhängendes Ganzes bilden, beendigt hat, so findet eine artikelweise Berathung derselben durch die Kommission Statt, in dem Verstande jedoch, daß mehrere Satzungen, welche in einem unmittelbaren Zusammenhange stehen, gemeinschaftlich behandelt werden können. Der Redaktor soll die Vorschläge zu Abänderungen, welche von der Mehrheit der Kommission für erheblich erklärt werden, aufzeichnen und in einer folgenden Sitzung entweder in neuer Abfassung vorlegen oder Bericht darüber erstatten, wenn er der Abänderung nicht beipflichten kann. Wird in letzterm Falle die Abänderung durch eine Mehrheit der Kommission nochmals beschlossen, so soll der Redaktor in einer folgenden Sitzung die Abfassung derselben vorlegen.

8. Nachdem die sämmtlichen einzelnen Abschnitte eines Gesetzesentwurfes solchermaßen vorberathen sind, muß der ganze Entwurf auf die gleiche Weise einer zweiten Berathung der Kommission unterworfen und hierauf — nebst einem vom Redaktor abgefaßten und von der Kommission genehmigten erläuternden Gutachten — der weitem Gesetzgebungskommission zur fernern Berathung eingesendet werden. Dem Redaktor steht jedoch das Recht zu, seine ursprünglichen Vorschläge, falls dieselben in wichtigern Punkten verworfen worden

wären, in einem besondern Gutachten der weitem Kom- 4. Dezember  
mission ebenfalls vorzutragen. 1839.

### C. Berathung durch die weitere Kommission.

9. Wenn zufolge §. 5 die Grundzüge eines Gesetzesentwurfes von der engern Kommission der weitem vorgelegt werden, so soll diese ungesäumt dieselben prüfen und das Ergebniß ihrer Berathung nebst einer Darlegung der Gründe desselben sofort dem Großen Rathe zur Annahme oder Verwerfung einreichen.

10. Ein zufolge §. 8 an die Kommission gelangter Gesetzesentwurf ist von derselben artikelweise (§. 7) nach Vorschrift der folgenden Paragraphen zu berathen.

11. Der Präsident fordert, nach Verlesung der zu berathenden Satzungen, zuerst den Redaktor zur Berichterstattung über die Gründe und die Form des Vorschlages auf, wobei dieser auch seine ursprünglichen von der engern Kommission verworfenen Vorschläge (§. 8) entwickeln darf, und hernach jedes der Mitglieder der engern Kommission, worauf erst die Umfrage bei den Mitgliedern der weitem Kommission beginnt. Wenn der Präsident oder die Mehrheit der Kommission es nöthig erachtet, so findet eine zweite Umfrage (bei sämtlichen Mitgliedern der Versammlung) Statt. Nach geschlossener Umfrage soll die engere Kommission die gegen den Entwurf gefallenem Bemerkungen widerlegen, falls sie denselben nicht beipflichten kann, zu welchem Ende der Präsident wiederum zuerst den Redaktor und hierauf jedes der Mitglieder dieser Kommission anfragt.

Ist dieser Schlußbericht erstattet, so steht es einzig noch dem Präsidenten frei, seine Meinung zu eröffnen, und es wird zur Abstimmung geschritten.

4. Dezember 1839. 12. Ueber jeden gefallenen Antrag soll abgestimmt werden, ob derselbe erheblich scheine oder nicht; doch kann der Präsident mehrere gleichartige Anträge in einen umfassenden Satz zusammenziehen und einfach darüber abstimmen lassen; bei gleicher Stimmenzahl entscheidet der Präsident.

13. Vorschläge zu Abänderungen, welche erheblich erklärt worden, muß die engere Kommission, mit Zuziehung des Redaktors, auf's Neue prüfen und in einer folgenden Sitzung entweder in neuer Abfassung vorlegen oder Bericht darüber erstatten, falls sie denselben nicht beipflichten kann. Würde alsdann die Abänderung durch eine Mehrheit der weitem Kommission nochmals beschlossen, so hat die engere Kommission in einer folgenden Sitzung einfach die Abfassung derselben vorzulegen.

14. Ist die Berathung des Entwurfes auf vorstehende Weise zu Ende gebracht worden, so reicht die engere Kommission den ganzen Entwurf in seiner neuen Gestalt noch ein Mal der weitem Kommission ein, indem sie denselben mit den nöthig erachteten Anträgen zu nochmaligen Abänderungen begleitet, und es findet nunmehr eine letzte Berathung jedoch einzig über diejenigen Punkte, welche durch diese Anträge in Anregung gebracht werden, nach den Vorschriften der §§. 11 und 12 Statt.

15. Hierauf soll der Entwurf gedruckt, auf angemessene Weise bekannt gemacht und insonderheit an die Mitglieder des Großen Rathes und des Regierungsrathes, an die Gerichtsbehörden und Regierungstatthalter des Kantons ausgetheilt werden, mit der Einladung, Bemerkungen darüber binnen einer Frist, die wenigstens auf vier Monate zu bestimmen ist, dem

Präsidenten der weitem Gesetzgebungskommission ein- 4. Dezember  
zusenden. 1839.

Dem Redaktor liegt ob, ein erläuterndes Gutachten über den Entwurf und die eingelangten Bemerkungen abzufassen. So wie dieses von der weitem Kommission genehmiget worden, soll es ebenfalls gedruckt und an die Mitglieder des Großen Rathes ausgetheilt werden.

## II. Berathung durch den Großen Rath.

16. In den Berathungen des Großen Rathes versteht, nach dem Ermessen der weitem Gesetzgebungskommission, eines ihrer Mitglieder oder der Redaktor die Stelle des Berichterstatters.

17. Die Annahme oder Verwerfung der Grundzüge eines Gesetzesentwurfes (§. 9) geschieht nach den im Allgemeinen für die Berathungen des Großen Rathes geltenden Vorschriften.

18. Bei der Berathung eines zufolge §. 15 an den Großen Rath gelangten Gesetzesentwurfes soll vor Allem aus die Umfrage und Abstimmung über folgende Vorfragen Statt finden:

- 1) ob man auf irgend eine Weise in den Entwurf eintreten, oder aber die Verhandlung verschieben wolle;

hierauf, wenn der Aufschub beschlossen worden:

- 2) in welchem Zeitpunkte die Berathung vorzunehmen sei;

falls aber das Eintreten erkannt worden:

- 3) ob der Entwurf in der vorgelegten Form behandelt oder ob er zu einer andern Bearbeitung zurückgewiesen werden solle.

4. Dezember  
1839.

19. Wird die Behandlung des Entwurfes in vorgelegter Form beschlossen, so soll die Umfrage nicht artikelweise, sondern jeweilen über eine ganze, vom Berichterstatter zu bezeichnende Abtheilung, welche für sich ein Ganzes bildet, geschehen.

20. Jede Umfrage wird durch den mündlichen Vortrag des Berichterstatters eröffnet, welcher die Gründe und die Form des Vorschlages auseinandersetzen und rechtfertigen soll. Dann folgt die allgemeine Umfrage in der gewohnten Form, bis Niemand mehr über den Gegenstand zu reden verlangt.

Nach geschlossener Umfrage giebt der Berichterstatter seinen Schlußbericht, in welchem er die gegen den Entwurf gefallenen Bemerkungen prüfen und widerlegen soll, falls er denselben nicht beistimmen kann. Die anwesenden Mitglieder der Gesetzgebungscommission — sollten sie auch schon in der allgemeinen Umfrage ihre Ansicht ausgesprochen haben — sind befugt, diesen Schlußbericht zu vervollständigen, falls sie noch etwas zur Vertheidigung des Entwurfes anzubringen wünschen.

Hierauf steht es einzig noch dem Landammann frei, seine Meinung zu eröffnen, wenn er darum angefragt wird, und es erfolgt die Abstimmung.

21. Bei der Abstimmung sollen bloß folgende Fragen ins Mehr gesetzt werden:

- 1) Ob die berathene Abtheilung im Ganzen anzunehmen, oder ob sie mit den gefallenen erheblichen Bemerkungen an die Commission zurückzuweisen sei.
- 2) Wenn die Zurückweisung erkannt worden, so soll über jede gefallene Bemerkung, welche den bestimmten Antrag auf eine Abänderung des Sinnes des Entwurfes enthält, besonders abgestimmt werden, ob sie für erheblich erachtet werde oder nicht.

Wird keine einzelne solche Bemerkung durch die 4. Dezember  
Stimmenmehrheit als erheblich erklärt, so ist die bera- 1839.  
thene Abtheilung als im Ganzen angenommen anzusehen.

22. Die Annahme einer Abtheilung im Ganzen geschieht immer unter dem Vorbehalte:

- 1) daß dieselbe bis nach Annahme des Promulgationsbeschlusses, für diejenigen Abänderungen empfänglich bleibt, welche nöthig werden sollten, um sie mit den in nachfolgenden Abtheilungen getroffenen Verfügungen in Uebereinstimmung zu bringen;
- 2) daß Abfassungsverbesserungen (d. h. solche Abänderungen, durch welche vollkommen der gleiche Sinn nur besser ausgedrückt wird) dadurch nicht ausgeschlossen werden.

23. Auf die im §. 22, Nr. 1 genannten Abänderungen kann sowohl die weitere Gesetzgebungskommission als jedes Mitglied des Großen Rathes antragen, jedoch erst vor Berathung des Promulgationsbeschlusses.

Geschieht es durch die Kommission, so soll diese die neue Abfassung der ganzen Abtheilung vorlegen, welche sodann auf die oben beschriebene Weise berathen wird.

Geschieht es durch ein Mitglied des Großen Rathes, so muß über die Erheblichkeit des Antrages sogleich eine besondere Umfrage und Abstimmung gehalten werden. Wird er für erheblich erklärt, so soll ihn die Kommission untersuchen, darüber Bericht erstatten und eine neue Abfassung im Sinne des Antrages beifügen, deren Annahme sie aber mißrathen kann, wenn sie dem Antrage nicht beipflichtet. In diesem Falle, oder wenn in der Umfrage auf Verwerfung der Abänderung angetragen worden, wird durch das Stimmenmehr entschieden, ob man von der Abänderung absteht oder aber darüber eintreten wolle, und — im Falle Eintretens — ob die



4. <sup>1839.</sup> Dezember Abänderung, wie vorgeschlagen, im Ganzen anzunehmen, oder ob sie mit gefallenem für erheblich erachteten Bemerkungen an die Kommission zurückzuweisen sei.

24. Anträge auf bloße Abfassungsverbesserungen (§. 22, Nr. 2), welche von Mitgliedern des Großen Rathes geschehen, werden ohne Abstimmung über deren Erheblichkeit einfach durch den Staatschreiber der weitem Kommission zur Berücksichtigung mitgetheilt.

25. Wenn eine Abtheilung des Entwurfes nach §. 21 oder ein Antrag auf Abänderungen nach §. 23 mit den erheblich erklärten Bemerkungen an die weitere Gesetzgebungskommission zurückgewiesen wird, so soll diese, unter Zuziehung des Redaktors, den zurückgewiesenen Gegenstand neuerdings berathen, indem sie auch auf die angetragenen Abfassungsverbesserungen gehörige Rücksicht nimmt, und denjenigen Vortrag an den Großen Rath abfassen, den sie zum allgemeinen Besten dienlich findet, ohne dabei an die mitgetheilten Bemerkungen und Anträge auf Abfassungsverbesserungen gebunden zu sein. Ihr neuer Vorschlag der betreffenden Abtheilung des Entwurfes oder zu Abänderung einer angenommenen Abtheilung soll alsdann jeweilen auf die für die erste Behandlung vorgeschriebene Weise berathen werden.

26. Der Vorschlag des Promulgationsbeschlusses ist erst zuletzt und auf die gleiche Weise wie der Entwurf selbst zu berathen.

Gegeben in Bern, den 4. Christmonat 1839.

Namens des Großen Rathes,

Der Landammann,

**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**Hünerwadel.**

# D e k r e t

über

die Entschädigung der Mitglieder der Gesetz-  
gebungskommission.

Der Große Rath der Republik Bern,

In der Absicht, den Mitgliedern der engern und 4. Dezember  
weitem Gesetzgebungscommission eine, ihren daherigen 1839.  
Auslagen, Zeitversäumnissen und Arbeiten angemessene,  
Entschädigung zuzusichern;

in Erwägung jedoch, daß Beamte, welche als solche  
vom Staate bereits eine bedeutende Besoldung ziehen,  
ohnehin schon die Pflicht haben, Zeit und Kenntnisse  
möglichst ausschließlich im Interesse des Staates zu  
verwenden;

nach angehörtem Vortrag der am 10. Mai 1839  
aufgestellten weitem Gesetzgebungscommission,

beschließt:

1. Die Mitglieder der engern und weitem Gesetz-  
gebungscommission werden, — wenn sie nicht als Staats-  
beamte bereits eine Besoldung von Fr. 2500 oder mehr  
beziehen, — für jede Sitzung, welcher sie von Amtes  
wegen beigewohnt, mit zwölf Franken, und überdieß,  
wenn sie weiter als eine Stunde von der Hauptstadt  
entfernt wohnen, hinsichtlich der gehaltenen Auslagen  
nach dem Maßstabe von zwei Franken für jede Stunde  
Distanz entschädigt.



4. Dezember 1839. 2. Diejenigen Mitglieder, welche als Staatsbeamte eine jährliche Besoldung von Fr. 2500 oder mehr beziehen, haben jeweilen Anspruch auf die Hälfte der im §. 1 bestimmten Entschädigungssummen.

3. Dieses Dekret tritt sogleich in Kraft. Es soll gedruckt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 4. Dezember 1839.

Namens des Großen Rathes,  
Der Landammann,  
**M. v. Tillier.**  
Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

## D e k r e t

über

den Zolltarif im Leberberge.

Der Große Rath der Republik Bern,  
Infolge seines Beschlusses vom 26. Juni 1839 und  
auf die von der Tagsatzung unterm 23. August dieses  
Jahres erhaltene Ratifikation des nachstehenden Zoll-  
tarifs für die leberbergischen Aemter,

verordnet:

1. Während der Dauer der Jahre 1840 und 1841, also vom 1. Jenner 1840 bis zum 31. Dezember 1841 soll in den leberbergischen Amtsbezirken der Zoll und das Weggeld bezogen werden wie folgt:

**Grenzzoll.**4. Dezember  
1839.

	Trans. sit.	Ein- tritt.	Aus- tritt.
	Krz.	Krz.	Krz.
a. Jede Gattung von Waaren, ohne Unterschied von Werth und Qualität, welche die Grenzbüreaux der leiberbergischen Nemter betritt, zahlt für den ganzen Weg vom Centner	8	8	8
b. Eisen, Stahl, rohes, gegossenes, verarbeitetes und geschlagenes Eisen, vom Centner	8	8	4
c. Wein, Obstwein, Bier, Essig, Branntwein und andere gebrannte Wasser, zahlen vom Centner, die Maß zu 4 Pfund gerechnet	4	4	4
d. Viehwaare, als:			
Pferde, Ochsen, Kühe über 2 Jahre alt, per Stück	6	6	6
Füllen und Kälber unter 2 Jahren	4	4	4
Ziegen, Schaafe und magere Schweine	1	1	1
Fette Schweine	4	4	4
e. Diejenigen Artikel, welche hienach bezeichnet sind, und nicht als Kaufmannswaare betrachtet werden können, zahlen bei ihrem Eintritt oder Austritt den Zoll vom vorgespannten Pferde, wie folgt:			
Reiter, von jedem Pferde	—	4	4
Pferd, Maulesel, oder beladener Esel, per Stück	—	4	4
Kutsche, Chaise, oder Char-à-banc, vom vorgespannten Pferde	—	4	4
Dauben, Zaunstecken, Rebstecken, Schindeln, vom vorgespannten Pferde	—	5	5
Asche, vom vorgespannten Pferde	—	5	5

4. Dezember  
1839.

	Grenzzoll.		
	Trans- sit.	Ein- tritt.	Aus- tritt.
Kalk, Gyps, vom vorgespannten	Krz.	Krz.	Krz.
Pferde . . . . .	—	3	3
Bachsteine, Ziegel, vom vorge- spannten Pferde . . . . .	—	4	4
Töpferwaare, Glaswaare, vom vorgespannten Pferde . . . . .	—	8	4
Irdenes Geschirr, feines, vom vorgespannten Pferde . . . . .	—	10	6
Sensen und Sicheln, vom vorge- spannten Pferde . . . . .	—	20	12
Obst, grünes und gedörrtes, vom vorgespannten Pferde . . . . .	—	5	5
Heu und Stroh, vom vorge- spannten Pferde . . . . .	—	5	5
Meubeln und Hausrath, vom vorgespannten Pferde . . . . .	—	20	20
Gabeln und Rechen, vom vorge- spannten Pferde . . . . .	—	4	2

### Zollfrei sind:

Getreide, Mehl und Hülsenfrüchte aller Art, Bau- und Brennholz und Kohlen, und in Bezug auf Aus- und Durchfuhr die Lebensmittel und Landeserzeugnisse; alles dieses, insofern es für die eidgenössischen Stände und nicht für das Ausland bestimmt ist.

2. Die früher bestandenen mit dem gegenwärtigen Tarife in Widerspruch stehenden Verfügungen und Tarife werden anmit aufgehoben und sollen keine weitere Anwendung mehr finden.

3. Das Finanzdepartement ist mit der Vollziehung dieses Dekrets beauftragt, welches in beiden Sprachen

gedruckt und auf gewohnte Weise bekannt gemacht 4. Dezember  
werden soll. 1839.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,  
Bern den 4. Dezember 1839.

Der Landammann,  
A. v. Tillier.

Der Staatschreiber.  
Hünerwadel.

## **D e f r e t**

über

die Holzausfuhr aus dem Leberberge.

Der Große Rath der Republik Bern,

In Betracht der Nothwendigkeit, den falschen Be- 6. Dezember  
stimmungsangaben des aus dem Leberberge auszufüh- 1839.  
renden Bauholzes auf zweckmäßige Weise zu steuern,  
auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach  
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,  
beschließt:

1. Für alles aus dem Leberberg aus dem Kanton  
auszuführende Bauholz haben die Fuhrleute, wenn es  
nicht nach dem Auslande, sondern nach einem eidgenös-  
sischen Kanton bestimmt ist, eine schriftliche Erklärung  
der Person, an die es bestimmt ist, vorzuweisen, dahin  
gehend, daß dieses Holz zum eigenen dortigen Gebrauche,  
und nicht zum Handel nach Außen bestimmt sei und

6. Dezember verwendet werden solle. Diese Erklärung muß von den 1839. Behörden des bestimmten Ortes beglaubigt und besiegelt sein.

2. Die Grenzbeamten werden angewiesen, von allem Bauholze, für welches keine solchen vorschriftmäßigen Bescheinigungen vorgewiesen werden können, diejenigen Gebühren zu erheben, welche im leberbergischen Forstgesetz vom 4. Mai 1836 für die Ausfuhr des Holzes nach dem Auslande bestimmt sind.

3. Der Regierungsrath wird mit der Vollziehung gegenwärtigen Dekrets beauftragt, welches vom 1. Jenner 1840 an in Kraft tritt, auf übliche Weise bekannt gemacht und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, Bern, den 6. Dezember 1839.

Der Landammann,  
**N. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,  
**Hünerwadel.**

### **Formular Erklärung.**

Ich Endesunterzeichneter erkläre andurch an Eidesstatt, daß das von dem Fuhrmann N. N. von (Ort, wo das Holz versendet wird) nach (Bestimmungsort) aus dem Kanton auszuführende Bauholz, bestehend in . . . . . (Beschreibung des Holzes) zum hiesigen Gebrauch ausschließlich bestimmt ist, und keineswegs zur Wiederausfuhr verwendet werden soll; in Kraft dessen

gegenwärtige Erklärung ausgestellt und eigenhändig 6. Dezember  
 unterzeichnet worden ist, zu N. N. . . . . den 1839.  
 . . . . . 18 . .

(Unterschrift.)

Die Richtigkeit obiger Unterschrift, so wie, daß vor-  
 stehender Erklärung, von deren Richtigkeit wir uns  
 gehörig überzeugt haben, in allen Theilen voller Glau-  
 ben beigemessen werden könne, bezeugt N. N. . . .  
 den . . . . . 18 . .

## D e k r e t

über

die Trennung der Gemeinde Wahlen vom Kirch-  
 spiel Laufen.

Der Große Rath der Republik Bern,

Nach Anhörung des vom Regierungsrath empfohle- 7. Dezember  
 nen Vortrages des Erziehungsdepartements über die 1839.  
 kirchlichen Verhältnisse der mit der Stadt Laufen pfarr-  
 genössigen Gemeinde Wahlen und auf das Ansuchen  
 dieser letztern um Lostrennung aus ihrem bisherigen  
 Pfarrverbände,

beschließt:

1. Die Gemeinde Wahlen wird ihrem bisherigen  
 Pfarrverbände mit der Stadt Laufen enthoben, und  
 bildet von nun an eine eigene Kirchgemeinde.

7. Dezember 1839. 2. Dem für dieselbe anzustellenden Geistlichen sollen alle einem katholischen Pfarrer zustehenden Pflichten und Verrichtungen obliegen.

3. Demselben wird vom Staate eine Besoldung dritter Klasse, d. h. von 540 Schweizerfranken jährlich entrichtet. Dagegen liegt es der Gemeinde ob, die Pfarrei mit Land-, Holz- und Allmentberechtigung gehörig auszustatten.

4. Die dritte Klasse der katholischen Pfarreien im Jura wird um eine Stelle vermehrt.

5. Das vorhandene Kirchenvermögen der bisherigen Kirchgemeinde Laufen wird an seinem Bestimmungsorte unberührt und unvertheilt gelassen.

6. Der Regierungsrath ist mit Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt, welcher in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes in Bern, den 7. Dezember 1839.

Der Landammann,

**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**Hünerwadel.**

## D e k r e t

über

die Errichtung einer Helferei im Kurzenberg.

Der Große Rath der Republik Bern,

Nachdem er einem vom Regierungsrathe empfohlenen Vortrage des Erziehungsdepartements entnommen, daß die bisherige Anordnung, zufolge welcher die Kirchgemeinde Oberdießbach durch einen Pfarrer und einen daselbst stationirten Helfer bedient wurde, sich zu Er-  
 zweckung einer gehörigen Seelsorge ungenügend erzeigt hat;

7. Dezember  
1839.

in Betrachtung der Nothwendigkeit, für den Religionsunterricht der zur Kirchgemeinde Oberdießbach gehörigen Einwohner der Ortschaften im Kurzenberge durch eine besondere Einrichtung zu sorgen,

beschließt:

1. Der zur Kirchgemeinde Oberdießbach gehörige Kurzenberg wird in kirchlicher Beziehung von ihr getrennt, und bildet einen besondern Helfereibezirk.

2. Dem für diesen Helfereibezirk unter dem Namen eines Helfers anzustellenden Geistlichen sollen alle einem Pfarrer zustehenden Pflichten und Verrichtungen obliegen.

3. Er wird für seinen Helfereibezirk die erforderlichen Civilstandsregister führen.

4. Die Besoldung für diese nach freier Wahl zu besetzende Stelle wird festgesetzt auf baare Fr. 1000 nebst einer den Verhältnissen angemessene Entschädigung für Wohnung, so lange keine solche besonders angewiesen wird, und vier Klafter Tannenholz.



7. Dezember 1839. 5. Der Gottesdienst wird bis auf weiters im Schul-  
hause zur Linden abgehalten werden.

Der Unterhalt des Gebäudes liegt den zum Helferei-  
bezirk gehörigen Ortschaften und Höfen ob.

6. Der Regierungsrath ist mit Vollziehung dieses  
Dekretes beauftragt, das in die Sammlung der Gesetze  
und Dekrete aufgenommen werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes  
in Bern, den 7. Dezember 1839.

Namens des Großen Rathes,

Der Landammann,

**M. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**Hünerwadel.**

## G e s e t z

über

den Loskauf der Weiddienstbarkeiten.

12. Dezemb. 1839. Der Große Rath der Republik Bern,  
In Betrachtung, daß die in großer Zahl bestehenden  
Weiddienstbarkeiten die Freiheit der Grundeigenthümer  
beschränken und die Verbesserung des Landes hemmen,

verordnet:

1. Alle gegenwärtig noch bestehenden Weiddienst-  
barkeiten sind im Umfange des alten Kantonstheiles,  
von der Erscheinung dieses Gesetzes hinweg, loskäuflich,  
mit Ausnahme derjenigen Weiddienstbarkeiten, welche

auf wirklichen Weiden haften, so lange diese letztern 12. Decemb. vom Eigenthümer selbst als Weiden benutzt werden. 1839.

2. Eben so findet der Loskauf nicht Statt, wenn die bisherige Benutzungsart anderer Grundstücke des Berechtigten durch die Fortdauer des Weidrechtes bedingt ist.

3. Der Eigenthümer eines weidpflichtigen Grundstückes, welcher die Weiddienstbarkeit loskaufen will, muß diese Absicht dem Besitzer des Weidrechtes rechtlich ankündigen, und wird durch diese Ankündigung zur Bezahlung einer vertragsmäßig oder nach den Grundsätzen dieses Gesetzes richterlich zu bestimmenden Loskaufssumme verpflichtet.

4. Ist der Eigenthümer des pflichtigen Grundstückes eine vom Staate anerkannte Korporation, so kann der Loskauf nur in Folge eines Korporationsbeschlusses geschehen, der in derjenigen Form gefaßt werden muß, welche nach den allgemeinen Gesetzen und dem besondern Reglemente der Korporation für Beschlüsse solcher Art vorgeschrieben ist.

5. Bei weidpflichtigen Grundstücken, welche von mehreren Eigenthümern unvertheilt besessen werden, kann das Weidrecht nur dann abgelöst werden, wenn die Mehrheit der Miteigenthümer es beschließt.

6. Haftet das Weidrecht auf mehreren Grundstücken, die im getrennten Besitze verschiedener Eigenthümer sind, so kann jeder Eigenthümer sein Grundstück besonders loskaufen. Sind indessen die pflichtigen Grundstücke gewöhnlich nicht eingefristet, und wird die Weiddienstbarkeit nicht von der Mehrheit der Eigenthümer losgekauft, so sind diejenigen Besitzer, welche ihr Eigenthum

12. Decemb. 1839. davon befreien, verpflichtet, wenn sie dasselbe gegen den Weidgang auf den übrigen Grundstücken gesichert haben wollen, es in eigenen Kosten einzufristen.

Für Beschädigungen, deren Grund darin liegt, daß sie ihr Eigenthum entweder gar nicht oder nicht gehörig eingefristet haben, steht ihnen kein Klagrecht zu.

7. Beschließt die Mehrheit der Eigenthümer solcher Grundstücke, die gemeinsam weidpflichtig und nicht eingefristet sind, den Loskauf der Weiddienstbarkeit, so ist dieser Beschluß auch für die Minderheit verbindlich. In diesem Falle sind aber diejenigen, welche dem Beschlusse beistimmen, verpflichtet, die Loskaufssumme für die Uebrigen, wenn diese es verlangen, vorzuschießen. Jeder dieser Letztern muß dagegen für seinen beziehenden Antheil der Loskaufssumme einen zu vier vom Hundert verzinslichen Schuldschein ausstellen, dessen Kapital jedoch von den Gläubigern erst nach Verfluß von zehn Jahren aufgekündet werden kann, es sei denn, daß der Schuldner drei unbezahlte Zinse auflaufen lasse. Bis zur gänzlichen Ausbezahlung soll das durch den Loskauf befreite Land der Schuldner unterpfändlich verhaftet bleiben.

8. Diese Vorschrift findet auch im Falle des Art. 5 Anwendung, wenn die Mehrheit der Miteigenthümer unvertheilter Grundstücke den Loskauf beschließt.

9. Der Eigenthümer eines Grundstückes, welches zum Theil unter die im Art. 1 ausgesprochene Regel, zum Theil unter die ebendasselbst bestimmte Ausnahme fällt, ist befugt, das Weidrecht in so weit abzulösen, als letztere nicht Anwendung findet. Verlangt es indeß in einem solchen Falle der Weidberechtigte oder die Mehrheit der Weidberechtigten, so muß das ganze Weidrecht losgekauft werden.

10. In allen in den Art. 5, 6, 7 und 9 bestimmten Fällen, wo nicht aus einem besondern Grunde eine andere verbindliche Norm besteht, ist die Mehrheit nach dem Verhältnisse der Antheile zu berechnen (Satz. 396 des Civilgesetzbuches). 12. Dezemb. 1839.

11. Die Loskaufssumme ist, wenn die Parteien sich nicht gütlich darüber verständigen können, durch gerichtliche Schätzung auszumitteln. Die Veranstaltung der Schätzung ist Sache des Richters, in dessen Gerichtsbezirk das weidpflichtige Grundstück ganz oder zum größern Theil gelegen ist.

12. Sind die Parteien vierzehn Tage nach erfolgter Loskaufsankündigung (Art. 3) über die Loskaufssumme nicht einig, so kann jede derselben die Schätzung anbegehren, und der Richter ist schuldig, nach Empfang dieses Begehrens ohne Verzug drei unparteiische beeidigte Sachverständige zu ernennen. Die Schätzung selbst geschieht nach folgenden Grundsätzen:

13. Die Loskaufssumme soll nach dem reinen Nutzen bestimmt werden, welchen die Weiddienstbarkeit dem Berechtigten gewährte, ohne Rücksicht auf den Nachtheil, welcher für den Eigenthümer des pflichtigen Landes mit ihrer Ausübung verknüpft war.

14. Für Weidrechte, welche alljährlich auszuüben waren, bildet der zwanzigfache Werth des mittlern Jahresertrages die Loskaufssumme. Bei Weidrechten, welche nicht alljährlich, sondern nach einem bestimmten Wechsel von Jahren auszuüben waren, ist diese Summe nach Verhältniß der Zahl der unberechtigten Jahre herabzusetzen, so daß zum Beispiel die Loskaufssumme für ein je im dritten Jahre auszuübendes Weidrecht nur einen Drittheil des zwanzigfachen Werthes der Schätzungssumme eines Jahresertrages ausmachen würde.

12. Decemb.  
1839.

15. Bei Weidrechten, welche nicht stets in gleichem, sondern nach einem gewissen Wechsel von Jahren oder auch in einem und demselben Jahre zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Maße ausgeübt würden, ist vorerst der Nutzen jeder Ausübungsart besonders zu schätzen, und sodann der mittlere Ertrag eines jeden Jahres und mittelst dessen der Werth des ganzen Weidrechtes auszumitteln. Der Ertrag eines Jahres kommt heraus, wenn der Werth der verschiedenen Ausübungsarten dieses Jahres zusammengerechnet wird: der mittlere Jahresertrag, wenn der Werth des Weidrechtes in allen einzelnen Jahren, in denen die Ausübung desselben eine verschiedene war, zusammengerechnet und durch die Zahl dieser Jahre dividirt wird.

16. Die Loskaufssumme muß, auf Begehren des Berechtigten, baar bezahlt werden, und bis zu vollständiger Entschädigung bleibt der Berechtigte im vollen Genuße seines Rechtes.

17. Die Kosten des Loskaufs einer Dienstbarkeit sind vom Eigenthümer des pflichtigen Grundstückes einzig zu bezahlen: sollte aber zwischen den Parteien über den Loskauf Streit entstehen, so hat über die Kosten dieses Streites der kompetente Richter zu erkennen.

18. Sowohl zu den Kosten des Loskaufs als zur Loskaufssumme selbst hat bei Grundstücken, die im unvertheilten Besitze mehrerer Personen sind, jede nach Verhältniß ihres Antheils am gemeinsamen Eigenthume beizutragen: gegen den oder die Besitzer des Weidrechtes haften aber alle Miteigenthümer solidarisch.

19. Durch dieses Gesetz, welches von nun an in Kraft tritt, sind alle frühern, auf den Gegenstand desselben bezüglichen, gesetzlichen Bestimmungen für den

alten Kantonstheil aufgehoben. Dasselbe soll gedruckt, 12. Decemb. 1839.  
auf übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes  
in Bern, den 12. Christmonat 1839.

Namens des Großen Rathes,  
Der Landammann,  
**M. v. Tillier.**  
Der Staatschreiber,  
**Hünervadel.**

## **D e k r e t**

über

die Aufhebung der Geschlechtsbeistandschaften  
im Jura.

Der Große Rath der Republik Bern,

In Berücksichtigung der im Jura vielfach ausgesprochenen Wünsche, daß die dem weiblichen Geschlechte durch das Institut der Beistandschaften auferlegte Beschränkung aufgehoben werden möchte;

in Anwendung des Dekrets vom 22. Brachmonat 1839;  
auf den Antrag des Justizdepartements und nach  
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,  
beschließt:

1. Die Vorschriften des bernischen Civilgesetzbuches über die ordentliche oder Geschlechtsbeistandschaft der nicht in der Ehe lebenden volljährigen Weibspersonen, sind für diejenigen Bezirke des Jura, in welchen die

12. Decemb. französische Civilgesetzgebung in Kraft besteht, aufgehoben.  
1839.

2. Das gegenwärtige Gesetz bezieht sich auf alle im Art. 1 bezeichneten Weibspersonen, welche in den bemeldten Surabezirken verburgert sind, gleichviel, wo sie sich aufhalten.

Weibspersonen, welche zugleich in einer Gemeinde verburgert sind, für welche die Vorschriften über die Geschlechtsbeistandschaft fortbestehen, bleiben fortdauernd diesen Vorschriften unterworfen.

3. Es bleiben jedoch sämtliche Gesetze über das Vormundschaftswesen, welche sich nicht auf die ordentlichen oder Geschlechtsbeistandschaften beziehen, in den bemeldten Bezirken für Manns- und Weibspersonen gleichmäßig in Wirksamkeit.

4. Die Verrichtungen der ordentlichen Geschlechtsbeistände hören mit dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, auf.

5. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Jenner 1840 in Kraft. Der Regierungsrath ist mit dessen Vollziehung beauftragt, und es soll dasselbe in dem betreffenden Kantonstheil auf gewohnte Weise bekannt gemacht, so wie auch in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes in Bern, den 12. Christmonat 1839.

Der Landammann,

**A. v. Tillier.**

Der Staatschreiber,

**Hünertwadel.**



# I n s t r u k t i o n

über

die Einrichtung der Büreaux und Archive der  
Regierungsstatthalter, der Amtschreiber, der  
Amtsgerichte und Gerichtspräsidenten und der  
Amtsgerichtschreiber.

Der Regierungsrath der Republik Bern  
in Betrachtung:

Daß die in unserer Staatsverfassung ausgesprochene Trennung der Gewalten durch unsere Gesetzgebung bereits vollzogen sei, indem für jeden Amtsbezirk ein Regierungsstatthalter für die vollziehende Gewalt, und ein erstinstanzliches Gericht für die richterliche Gewalt aufgestellt worden; 20. Decemb. 1839.

daß jede dieser Behörden eine eigene Kanzlei mit Anweisung ihres Geschäftskreises erhalten habe;

daß in Folge dessen die frühern gemeinschaftlichen Amts- und Amtschreibereibüreaux und Archive getrennt und ausgeschieden worden, und zwar in die Büreaux und Archive des Regierungsstatthalters und seiner Kanzlei, und in die Büreaux und Archive des erstinstanzlichen Gerichts und seiner Kanzlei;

daß unter diesen wesentlich veränderten Umständen die Instruktion für die Amtschreiber vom 19. Juni 1818 über Einrichtung der Amts- und Amtschreibereiarchive nicht mehr genüge, sondern einer Revision bedürfe, in so fern diese nicht schon durch das Gesetz vom 3. Dezember 1831 und durch dasjenige vom 18. Dezember 1832 statt



20. Dezembr. 1839. gefunden, und in so weit es namentlich die Büreaux und die Archive auf den Oberämtern betrifft; auf den Antrag des Justizdepartements,

verordnet:

### **Allgemeine Vorschriften.**

1. Die Büreaux und die Archive sind so einzurichten und zu ordnen, daß die Beamten, zu deren Behuf und unter deren Aufsicht sie stehen, sich im Stande befinden, mit möglichster Leichtigkeit das Ganze zu übersehen, um in vorkommenden Fällen sowohl sich selbst als andern Behörden und Beamten so wie auch dem Publikum die möglichst beförderliche Auskunft zu verschaffen.

Ebenso soll diese Einrichtung und Ordnung dazu dienen, sowohl bei dem oft wiederkehrenden Wechsel von Beamten, den Antretenden die Erlangung der Kenntniß der Büreaux und Archive, so wie deren Visitationen durch Regierungskommissarien, zu erleichtern. Und endlich die Büreaux und Archive vor Verlüsten und Schaden sicher zu stellen.

2. Zu dem Ende sollen dieselben in Hauptfächer geordnet, und die vorhandenen Bände 2c. 2c. je nach der Natur ihres Inhalts und ihrer äußern Form in fernere Abtheilungen abgesondert, und sowohl diese als die Hauptfächer mit geeigneten Aufschriften versehen werden.

Nach der nämlichen Ordnung muß über jedes Bureau und Archiv ein vollständiges Inventarium aufgenommen und fortgesetzt werden. Jedes Inventarium soll ein zweckmäßiges Titelblatt haben; jedoch sind die Eigennamen der Beamten nicht beizufügen. In jedem

Inventarium soll ein Exemplar der gegenwärtigen In- 20. Decemb.  
struktion enthalten sein. 1839.

3. Die Einrichtung und Ordnung der Büreau- und Archive des Regierungsstatthalters und des Gerichtspräsidenten, so wie des Amtschreibers und des Amtsgerichtschreibers, liegt in der Obliegenheit der zwei Letztern; ebenso die Aufnahme und Fortsetzung der Büreau- und Archivinventarien (§. 15). Die darüber ertheilten Vorschriften machen Regel, insofern deren Befolgung möglich ist; allein für diejenigen Büreau- und Archive, wo nicht alle in dieser Instruktion bezeichneten Manuale, Kontrollen, Theken &c. vorhanden sind, oder wo außer den bezeichneten noch mehrere sich vorfinden oder auch künftig infolge neuer Verordnungen und Vorschriften oder auf andere Weise hinzukommen, besonders aber in den Amtsbezirken des Sura \*), kann der Amtschreiber und Amtsgerichtschreiber sich bei der Einrichtung und Ordnung nach den Zuständen des Büreau- und Archivinhalts oder auch nach dem Büreau- und Archivlokal richten.

4. Die Grundbücher, Urbare, Manuale, Kontrollen, Theken (Pappendeckelbehälter) &c. sollen stehend geordnet, mit deutlichen Inhaltsaufschriften und mit Nummern oder Lettern auf den Rücken bezeichnet und so viel möglich gleichförmig verfertigt werden.

5. Für alle Manuale, Kontrollen oder andere Bücher, welche in Zukunft neu angefangen oder errichtet werden, wird als Regel das Folioformat und ein solider Einband vorgeschrieben. Ausnahmen können nur dann statt finden, wenn die äußere Beschaffenheit einer

---

\*) Gesetz vom 18. Dezember 1832. §. 43.

20. **Dezemb.** bereits bestehenden Anzahl von Manualen, Kontrollen  
1839. oder Theken es wünschbar machen.

6. Alle Grundbücher, Manuale und Kontrollen sollen so viel immer möglich der Zeitfolge nach geführt sein und jedenfalls weder Lücken noch weiße Blätter enthalten.

7. Die Manuale, hauptsächlich aber die Grundbücher, Cessionenmanuale, so wie die Spruchmanuale, müssen jedes mit einem besondern Register versehen sein, das jedesmal nach seiner Beendigung revidirt und mit einem Zeugniß versehen werden soll: „daß die Revision „des Registers statt gehabt habe, und daß dasselbe richtig „und vollständig sei.“ Dann folgt die Unterschrift.

Hingegen für die Nachschlagungs- und Ablosungsmanuale sind keine Register nothwendig, da diese Manuale mit den Grundbüchern in solchem Zusammenhang stehen, daß die Register derselben mit Innbegriff der im Text zu machenden Randcitats die Register im Nachschlagungs- und Ablosungsmanuale überflüssig machen.

In allen Grundbüchern soll in Zukunft ein Drittheil des Folioblattes als Randspatium bleiben, damit die nöthigen Randcitats über Nachschlagungen früherer Verträge, welche Rechte auf Grundeigenthum zum Gegenstand haben, so wie über Ablosungen oder Cessionen desto zweckmäßiger gemacht werden können.

Da wo die Nachschlagungen, Ablosungen und Cessionen nicht in das Grundbuch selbst eingetragen werden können, weil das Buch nicht wohl von einem einzigen Kopisten nachgeführt werden kann, wenn viele Handänderungen und Verpfändungen für den nämlichen und denselben Untergerichtsbezirk statt finden; — sollen für jeden Untergerichtsbezirk besondere Manuale über Nachschlagungen, Ablosungen und Cessionen angefangen

und geführt werden, sobald die laufenden Manuale dieser 20. Decemb. 1839. Art zu Ende geschrieben sind.

8. Die Grundbücher der Untergerichtsbezirke, die Manuale, Kontrollen, Theken 2c. jeder besondern Abtheilung, sollen fortlaufende Nummern oder Lettern erhalten, abgesehen davon, ob in der Verwaltung des Regierungsstatthalteramts, des Richteramts oder deren Kanzleien die Personen wechseln \*).

Damit aber jeder Zeit der verantwortliche Beamte bekannt sei, sollen alle neue Beamten gehalten sein, bei ihrem Amtsantritt in ein jedes laufende Grundbuch oder Manual 2c. die Erklärung zu schreiben; „Hier fängt „meine Amtsverwaltung an.“ Dann ist Ort, Zeit und Unterschrift beizufügen.

9. Auch soll weder der Regierungsstatthalter noch der Gerichtspräsident noch deren Kanzleien im bereits bestehenden Organismus der Büreaux und Archive wesentliche Veränderungen vornehmen, sie haben dann darüber ihren Antrag bei der Justizsektion gestellt und deren Autorisation ausgewirkt.

10. In die gedachten Theken werden Akten geordnet, die ihrer Natur nach nicht in Bände gebunden werden können. Auch werden dergleichen Akten bisweilen in Bünde geordnet werden müssen. Sowohl Theken als Bünde sind mit Inhaltsverzeichnissen zu versehen und dieselben vorn in die Theken oder Bünde zu legen.

---

\*) Ein normaler Zusammenhang von Amtsverwaltungen dieser Art muß so beschaffen sein, daß wenn z. B. der Regierungsstatthalter oder Amtschreiber A. mit einem Manual, einer Kontrolle oder Theke über irgend eine Abtheilung bei Nummer V. oder Littera E. geblieben, der folgende Regierungsstatthalter oder Amtschreiber B. die Nummer V. oder Littera E. vollenden und dann mit Nummer VI. oder Littera F. fortfahren muß.

20. Decemb.  
1839.

11. Die vorhandenen Bücher, Aktensammlungen u. s. w. sollen nicht ohne Noth aus den Archiven in die Büreau genommen werden. In der Regel soll nur Dasjenige in den Büreau sein, was zum steten Gebrauch erforderlich ist, ohne durch Oeffnung des Archives zu viele Störungen in die Geschäfte zu bringen, und ohne die Archive selbst zu Büreau zu machen und ihre Sicherheit dadurch zu gefährden.

12. Auch in den Bezirken Neuenstadt und Laufen, wo eigene Amtsverweser, und wo erstinstanzliche Gerichte vorhanden sind, soll diese Instruktion ihre Anwendung finden, in so fern es der Geschäftskreis dieser Behörden möglich macht. (§. 3 hievor).

13. Für Nichtbeobachtung dieser Instruktion würden die faumseligen Beamten zur Verantwortung gezogen und rückständige Arbeiten auf ihre Kosten durch die Justizsektion angeordnet werden. Im Falle die Beamten dergleichen Kosten nicht selbst bezahlen könnten, würden ihre Amtsbürgen dafür in Anspruch genommen werden.

14. Diejenigen Kontrollen und Manuale, welche jeder Amtschreiber und Amtsgerichtschreiber noch in der Eigenschaft eines Notars oder Amtsnotars führt, sind in gegenwärtiger Instruktion nicht beschlagen.

15. Die nach §. 3 dem Amtschreiber und Amtsgerichtschreiber obliegende Aufnahme und Fortsetzung der Inventarien soll so geschehen, daß zwischen den Hauptfächern und fernern Abtheilungen leere Zwischenräume bleiben, damit diese Büreau- und Archivinventarien von Zeit zu Zeit vervollständigt werden können, ohne daß bei jeder Vervollständigung eine gänzliche Umarbeitung erforderlich ist.

## Besondere Vorschriften.

20. Decemb.  
1839.

A. Das Bureau und Archiv des Regierungsstatthalters enthalten nachfolgende Hauptfächer und Abtheilungen:

### I. Allgemeine Verwaltungsgegenstände.

1. Amts- und Gemeindsmarchbeschreibungen sammt Plänen.

2. Register über Beamte und Angestellte.

3. Verzeichniß über die vorhandenen Effecten, Bibliothek, als Gesetze etc.

4. Mandaten- und Instruktionenbuch.

5. Sammlung der Eidesformeln, wofern solche nicht in der öffentlichen Sammlung der Gesetze und Dekrete vorhanden sind.

6. Korrespondenz.

a. Das Missivenbuch.

b. Sammlung der einlangenden Schreiben.

Ueber diese Abtheilungen werden folgende besondere Vorschriften aufgestellt:

ad a. Das Missivenbuch enthält alle die wichtigern abgehenden Schreiben, deren wörtliche Eintragung nöthig gefunden wird. Ausgenommen sind jedoch solche Schreiben, welche im Original zurückgelangen, einer amtlichen oder Voruntersuchung beigelegt werden, oder solche Schreiben, welche vor ihrem Abgange direkt in der Aktensammlung des betreffenden Geschäfts nach Adresse, Inhaltsangabe und Datum angemerkt oder sogar beigelegt werden. Ferner sind von der Eintragung in das Missivenbuch ausgenommen: bloße

20. Decemb.  
1839.

Requisitorien für Citationen und Armuthscheine, wenn nicht die Sache von besonderer Wichtigkeit zu sein scheint.

ad b. Die einlangenden Schreiben sind nach Behörden chronologisch zu ordnen und mit einem Register zu versehen, welches (ohne ausführliche alphabetische Ordnung nach Personen oder Sachen) lediglich ein Verzeichniß aller Schreiben nach Behörden, Datis und kurzer Inhaltsangabe enthalten und hinten in jedem Band eingeheftet sein soll.

## II. Finanzgegenstände.

(Diese werden laut Verfügung des Finanzdepartements vom 22. Juni 1833 von den Amtsschaffnern aufbewahrt.)

## III. Polizeigegenstände.

### a. Sicherheitspolizei.

1. Kontrolle der eingelangten Anzeigen über Verbrechen und Vergehen, nebst monatlichen Berichten des Gerichtspräsidenten über die stattgefundenen Verfügungen.

2. Sammlung der amtlichen und Voruntersuchungen, so wie namentlich auch der Untersuchungen über gefundene Leichname verunglückter Personen und über Brandunglücke, wofern ein solches Geschäft nicht zur Hauptuntersuchung dem Richter zugewiesen worden.

3. Kontrolle über Pässe und über die erteilten Empfehlungen zu Pässen ins Ausland.

4. Fremdenkontrolle.

5. Vagantenregister.

6. Kontrolle über Transportbefehle.



7. Kontrolle über Armenfuhren.

20. Decemb.

8. Sammlung der monatlichen Gefangenschafts-  
rapporte. 1839.

9. Verzeichniß über Gefangenschaftseffekten.

Ueber diese Abtheilungen werden folgende besondere Vorschriften gegeben:

ad Art. 2. Diese Sammlung von Untersuchungsakten ist neu, und soll nach einem oder mehreren Jahrgängen in Theken geordnet und mit Inhaltsverzeichniß begleitet werden. Ueberdieß muß jedes für sich bestehende in die Theken kommende Geschäft dieser Art auch schon für sich geheftet, deutlich überschrieben und mit Nummern versehen werden, damit das Inhaltsverzeichniß der Theken mit dem Geschäft leicht in Verbindung gesetzt werden könne.

ad Art. 8. Diese Sammlung der Gefangenschaftsrapporte hat hingegen schon lange bestanden, aber dieselbe erscheint in den Archiven selten gehörig geordnet, daher wird anbefohlen, daß die Gefangenschaftsrapporte, sobald 4 bis 8 Jahrgänge vorhanden sind, solid eingebunden werden, weil diese Sammlung es ist, welche in Verbindung mit dem vom Richteramte zu führenden Bußensrodel ein vollständiges Strafregister des betreffenden Amtsbezirks ausmacht, das sehr häufig bei Kriminal- und andern Untersuchungen über frühere Bestrafungen Auskunft geben muß.

#### b. Wohlfahrtspolizei.

1. Bevölkerungstabellen.
2. Verzeichniß über die Wiedertäufer.
3. Verzeichniß über die Juden.



20. Decemb.  
1839.

4. Konzessionenbücher, worin auch die Baubewilligungen einzutragen sind.

5. Kontrolle über ertheilte Marktpatente.

6. Kontrolle über Bäcker und Brodverkäufer.

7. Verzeichniß der patentirten Jäger.

8. Kontrolle der Bewilligungen zum Ausschanken an Markttagen.

9. Sammlung der Schriften in Bezug auf das Sanitätswesen.

10. Sammlung der Berichte und Schriften über den Zustand des Armenwesens.

11. Kontrolle über die Ablegung der Gemeindecrechnungen.

12. Holzrödel und Forstsachen.

13. Tabellen und Schriften, welche überdieß in statistischer Beziehung aufgenommen sind, wie z. B. über den Viehstand &c.

14. Schriften über Bauangelegenheiten.

#### IV. Administrativrichterliche Gegenstände.

1. Verhandlungs- und Spruchmanuale.

2. Refursskontrolle.

3. Kontrolle über Deposita, wozu auch Schriften gehören, welche Bezug haben auf Beweise zum ewigen Gedächtniß in Administrativstreitigkeiten.

#### V. Strafvollziehungsgegenstände.

1. Obergerichtliche Straffsentenzen.

2. Sammlung der Urtheile anderer Gerichtsstellen.

3. Abbüßungsrödel in Konsistorialsachen.

Ueber diese Strafvollziehungsgegenstände sind jedoch noch folgende besondere Vorschriften zu beobachten:

- ad Art. 1. Diese obergerichtlichen Sentenzen werden kraft 20. Decemb. bestehender Verfügung vom 9. Juli 1832 nach 1839. stattgefundenen Vollziehung dem Richteramt übermacht, welches deren Sammlung besorgt.
- ad Art. 2. Dergleichen Urtheile werden nur in so weit vom Regierungsstatthalteramt gesammelt, als solche demselben Behufs der Vollziehung übermacht aber nicht wieder zurückgesendet werden.
- ad Art. 3. Hauptsache ist, daß die Strafen in Konsistorialsachen vollzogen werden, und daß darüber zu jeder Zeit eine genaue Uebersicht möglich sei. Was hingegen die Führung des Abbüßungsrodels betrifft, so soll es dem Regierungsstatthalteramt frei stehen, mit dem Richteramt sich darüber zu verständigen, ob solche durch den Amtschreiber oder Amtsgerichtschreiber geführt werde, und welcher von diesen Sekretärs die Verantwortung auf sich habe, weil es genügt, wenn ein richtig geführtes Exemplar vorhanden ist.

#### VI. Militärgegenstände.

1. Inventar über Militärgeräthschaften.
2. Verzeichniß über Pensionirte nebst Beilagen, wofern nicht der Amtschaffner solche hat.
3. Protokoll über Militärdispensations- und Exarationsverhandlungen.
4. Sonstige Militärakten.

#### B. Das Bureau und Archiv der Amtschreiberei enthalten:

1. Instruktionenbuch.
2. Protokoll (Konzept) über die administrativrichterlichen Verhandlungen.

20. Decemb. 1839. 3. Grundbücher und ältere Hypothekenmanuale, nach Kirchhören geführt und geordnet.
4. Ablosungs- und Cessionenmanuale.
5. Nachschlagungsmanual.
6. Kontrolle über alle zur Eintragung in das Grundbuch eingelangten Akten. Kontrolle über die Stipulations- oder Handänderungsgebühren für den Staat, welche zugleich die Quittungen der betreffenden Finanzbeamten enthalten soll.
7. Kontrolle über Avisbriefe bei Handänderungen, Gantsteigerungen und amtlichen Güterverzeichnissen. (Satz. 443, 491 und 657.) Bezüglich auf amtliche Güterverzeichnisse können die Avisirungen jedoch im Protokoll selbst angemerkt werden.
8. Kontrolle über Gebühren des Staats, der Staatskanzlei &c., wofern solche Gebühren eingehen.
9. Amtliche Güterverzeichnisse.
10. Kontrolle über die dem Amtsgerichtsschreiber abgelieferten amtlichen Güterverzeichnisse zum Behufe gerichtlicher Liquidation, nebst Bescheinigungen über diese Ablieferung.
11. Protokoll über Vermögensliquidationen.
12. Kontrolle über Erbrechtsausschlagungen von Notherben, und Erklärungen von gesetzlichen Erben über Erbschaftsannahmen.
13. Manual über zugebrachtes Gut.
14. Vogtrödel, worin auch die verwandtschaftlichen Konstituentschaften eingetragen werden sollen.
15. Vogtrechnungsmanual, worin auch die vormundtschaftlichen Güterverzeichnisse einzutragen sind.
16. Manual über die vom Vollziehungsbeamten erlassenen Publikationen, Verbote &c.
17. Manual über Gesellschaftsverträge.

18. Kontrolle über eingelangte Oppositionen über 20. Dezemb. 1839.  
 allerhand Konzessionsbegehren.

19. Protokoll von solchen Notarien, welche wegen Absterben oder aus irgend einem andern Grund ihren Beruf niedergelegt haben.

20. Brandassuranzlagerbücher, Rechnungen &c.

21. Kontrolle über Bürgschaften der Amtsnotare und Weibel.

22. Kontrolle über alle hinter den Amtschreiber gelegten streitigen Sachen, aufzubewahrenden Schriften &c.

23. Ältere Akten, wie z. B.

a. Kontrolle über Patente zum Kleinhandel.

b. Huldigungsregister.

c. Beneficia Inventarii Beilagen von den letzten zehn Jahren, welche den Betheiligten nicht herausgegeben werden. Nach Anlage der Vorschrift des §. 12 litt. D. hienach geordnet.

24. Bureaueffecten, Gesetze, Bücher und andere Drucksachen und ein Verzeichniß darüber.

C. Das Bureau und Archiv des Amtsgerichts und Gerichtspräsidenten soll in nachfolgende Hauptfächer und Abtheilungen geordnet und abgesondert sein.

1. Register über richterliche Beamte des Bezirks, als Amtsrichter, Suppleanten, Amtsgerichtschreiber, Amtsgerichtsweibel, Unterweibel, Gantmeister, Pfandschäher. Ferner über Fürsprecher, Prokuratoren und Rechtsagenten.

2. Mandaten- und Instruktionenbuch und andere Schriften, die Gerichtsbarkeit betreffend.

3. Amtsgerichtsmanuale und

20. Decemb. 1839. 4. Audienzmanuale, nebst den Protokollen. §. 9 des Gesetzes vom 3. Dezember 1831.

Die laufenden Manuale und Protokolle können jedoch zum täglichen Gebrauch in der Gerichtsschreiberei liegen (§. 11 der allgemeinen Vorschriften hievor).

5. Korrespondenzbücher des Richteramtes, als:

- a. Missivenbuch. In dasselbe sind jedoch ausnahmsweise nicht einzutragen: alle Schreiben, die im Original zurückkommen oder in Abschriften oder im Auszug zu einer Kriminal- oder polizeilichen Untersuchung oder in einem Konsistorial- oder andern Geschäft zu der Aktensammlung gelegt werden. Eben so wenig sind bloße Requisitorien für Citationen, für Armuthscheine in das Missivenbuch einzutragen, wenn nicht die Sache von besonderer Wichtigkeit zu sein scheint.
- b. Sammlung der einlangenden Schreiben, und zwar diejenigen von Regierungsbehörden nach den verschiedenen Diasterien geordnet. Hiervon werden jedoch ausgenommen diejenigen Schreiben, welche zu einer Untersuchung oder sonstigen Aktensammlung gelegt werden.

6. Bußenrodel, in chronologischer Ordnung geführt und mit einem Namensregister über die Bestraften oder Freigesprochenen versehen. Mit Ausnahme der obergerichtlich ausgefallten Strafen und der sogenannten Abbüßungen und andern Konsistorialstrafen soll der Bußenrodel ein vollständiges Strafregister ausmachen. Selbst diejenigen Straffälle, für welche besondere polizeirichterliche Sentenzen den Untersuchungsakten angefügt sind, sollen im Bußenrodel unter dem Datum der Sentenz mit Namen des Bestraften oder Freigesprochenen, nebst Anführung des Straf- oder Verdachtgrundes,

der Strafe oder Genugthuung, kürzlich eingetragen und 20. Decemb. registriert werden. 1839.

Dieser Bußenrodel kann zugleich als die Kontrolle dienen, welche durch §. 32 des Gesetzes vom 18. Dezember 1832 vorgeschrieben ist, wofern sie nicht auch zugleich als Rechnung über die eingehenden Gelder dienen soll. (Hienach D. §. 5.)

7. Kontrolle über Polizei- und Kriminalfachen (Gesetz vom 3. Dezember 1831 §. 47. Kreisschreiben vom 19. Oktober 1832 und Gesetz vom 18. Dezember 1832 §. 33).

8. Sammlung der obergerichtlichen Civilurtheile und

9. Sammlung der Abschriften obergerichtlicher Strafurtheile, welche nach stattgehabter Vollziehung durch das Regierungsstatthalteramt dem Richteramt zukommen sollen. (Kreisschreiben vom 9. Juli 1832.) Ueber diese zwei Sammlungen §§. 8 und 9 sind Verzeichnisse zu verfertigen und fortzusetzen.

10. Sammlung der Polizei- und Kriminalanzeigen, welche nicht zu den Untersuchungsakten selbst kommen. Auf dergleichen Anzeigen sollen die Vorkehrungen kürzlich verbalisirt werden, welche zur Entdeckung des Thäters ic. gemacht werden. Auch über diese Sammlung von Anzeigen ist ein Namensverzeichnis zu führen.

11. Sammlung der polizeirichterlichen Prozeduren, jede mit angefügter Sentenz. Hiezu kommen auch diejenigen Voruntersuchungen, welche nach §. 28 des Gesetzes vom 3. Dezember 1831 dahin fallen oder eingestellt werden.

12. Refursenkontrolle.

13. Moderationenbuch.

20. Decemb. 1839. 14. Kontrolle üben die hinter den Richter deponirten Gelder, Effekten, Schriften, Beweisurkunden zum ewigen Gedächtniß.

15. Sammlung der Akten in Eheeinstellungs-, Ehescheidungs- und in Schwangerschaftssachen, wofern solche nicht den Partien gehören und an dieselben ausgeliefert werden.

16. Abbüßungsrodel in Konsistorialsachen, wenn dessen Führung durch den Amtsgerichtsschreiber übernommen wird (siehe A., Abschnitt V., Art. 3 hievor).

17. Ein geheim zu haltendes Manual, worin die Namen derjenigen Väter von unehelichen Kindern eingetragen werden, denen das Beneficium silentii erteilt wird. Ebenso sollen die darauf bezüglichen Aktenstücke sorgfältig in das Manual eingestekt und aufbewahrt werden (Kreis Schreiben vom 3. August 1832).

18. Die Schriften, wodurch Anwölde und der Amtsgerichtsweibel ihre Bürgschaften leisten, worüber der Amtsgerichtsschreiber die Kontrolle führt, und weshalb derselbe allfällig nothwendige Eingaben besorgt und in der Kontrolle anmerkt.

19. Büreaueffekten, Gesetze, Bücher, Amtsblatt und andere Drucksachen, und ein Verzeichniß darüber.

#### D. Das Bureau und Archiv der Amtsgerichtsschreiberei enthalten:

1. Mandaten- und Instruktionsbuch, soweit solches den Amtsgerichtsschreiber betreffen kann.

2. Das laufende Amtsgerichtsmanual, und

3. Das laufende Audienzmanual des Richters, nebst laufenden Protokollen (§. 9 des Gesetzes vom 3. Dezember 1831).



4. Kontrolle über die Bürgschaften der Anwälde 20. Decemb. 1839.  
und Amtsgerichtsweibel und über deshalb gemachte Ein-  
gaben in amtlichen Güterverzeichnissen und Geldstagen  
(Kreisschreiben vom 11. März 1833 und Gesetz vom  
1. Juli 1835 §. 6).

5. Kassabuch, enthaltend folgende drei Kontrollen:

- a. Kontrolle über Gebühren des Obergerichts (Kreisschreiben vom 15. August 1832).
- b. Kontrolle über Stempelvisa der Kriminal- und Polizeiakten (Stempelgesetz vom 20. März 1834 §. 12).
- c. Kontrolle über alle übrigen Gebühren und Gelder, deren Einkassirung, Ablieferung, Vertheilung und Verrechnung dem Amtsgerichtschreiber obliegt (Gesetz vom 18. Dezember 1832 §§. 31 und 32).

Die Quittungen für alle diese Gelder sollen so viel möglich in der Kontrolle selbst enthalten sein. Auch soll aus diesen Kontrollen ersichtlich sein, ob und welche Staatsgebühren noch im Rückstande seien.

6. Kontrolle über alle hinter den Amtsgerichtschreiber gelegten Effekten, Schriften etc., sei es zum Behuf einer Rechtsversicherung, sei es zur Einsicht und Abschriftshebung zu Händen bestimmter oder unbestimmter Personen, oder sei es auch zu andern Zwecken, die in der Kontrolle jeweiligen anzuzeigen sind, nebst den nöthigen Namen und Datis.

7. Publikationen mit Register.

8. Manual über die vom Richter bewilligten Civilverbote.

9. Protokoll über Cant- und Geldtagssteigerungen mit Register. Die Geldtagssteigerungen sind jedoch nur in dieses Protokoll einzutragen, wenn das daherige



20. Dezemv. Verbal nicht zu den Geldstagsakten gelegt werden kann.  
1839. In diesem Protokoll sind auch die durch §. 35 des Gesetzes vom 18. Dezember 1832 anbefohlenen Mittheilungen anzumerken.

10. Geldstagsrödel.

11. Kontrolle über Avisbriefe.

12. Geldstagschriften von den letzten fünf und zwanzig Jahren. Von jedem Geldstage sind die Schriften in möglichst gleichförmig wohl zusammen gebundene Päcklein, und — wenn eine große Schriftenmasse vorhanden ist — auch in Kistlein zu ordnen. Jedes Päcklein oder Kistlein erhält nebst der Nummer des Geldtags auch den Namen des Geldtagers. Im Archive sind diese Geldstagschriften nach fortlaufenden Nummern so zu ordnen, zu legen oder aufzustellen, daß Nummer und Namen leicht ins Auge fallen und leicht zu finden sind. Ueber diese Päcklein und Kistlein mit Geldstagschriften soll ein genaues Verzeichniß in zwei Doppeln geführt werden, wovon das eine im Bureau das andere aber im Archive zum Gebrauche dient. Werden Schriften für längere Zeit aus dem Archiv genommen oder an Jemand ausgeliefert, so ist dieses in beiden Doppeln anzumerken. Die allfällig nöthigen Kistlein können aus der Geldstagsmasse erhoben oder dafür die Auslagen in den Geldstagskosten verrechnet werden.

13. Andere Bücher und Schriften, so jeden Orts vorhanden sein mögen und der Amtsgerichtsschreiberei angehören.

14. Büreaueffekten, Gesetze, Bücher und andere Druckschriften und ein Verzeichniß darüber.

Durch gegenwärtige Instruktion wird die Instruktion vom 19. Juni 1818 aufgehoben. Dieselbe tritt

---

von ihrer Bekanntmachung an in Kraft, soll in beiden 20. Dezemb.  
Sprachen gedruckt den betreffenden Beamten zur Voll- 1839.  
ziehung zugestellt und in die Sammlung der Gesetze,  
Dekrete und Verordnungen einverleibt werden.

Bern, den 20. Christmonat 1839.

Der Schultheiß,  
**C. N e u h a u s.**

Der zweite Rathsschreiber,  
**M. v. Stürler.**

---

